

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 2,00 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich, 28 Mk. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat, eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgezeigte Annoncenzeile oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gesellschaftliche Berichtigungen und Berichtigungen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das heißt: 2 Zeilen (je 20 Pfg. für die erste Zeile, 10 Pfg. für die zweite Zeile) 10 Pfg. für die dritte Zeile, 5 Pfg. für die vierte Zeile, 5 Pfg. für die fünfte Zeile, 5 Pfg. für die sechste Zeile, 5 Pfg. für die siebte Zeile, 5 Pfg. für die achte Zeile, 5 Pfg. für die neunte Zeile, 5 Pfg. für die zehnte Zeile. Für die nächtliche Nummer und für die Sonntagsnummer werden die Gebührensätze halbiert. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1953.

Donnerstag, den 30. April 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1981.

Die Wahlen in Frankreich.

Paris, 28. April. (Eig. Ber.)

Ein abschließendes Urteil über die Bedeutung der Stammwahlen für die politische Entwicklung der nächsten Jahre wird nicht vor der Durchführung des zweiten Wahlgangs gefällt werden können — und auch da nur mit angemessenem Vorbehalt. Denn die politische Etikette der Gewählten besagt noch nichts Gewisses über ihr wirkliches Verhalten im Parlament. Erst bis die Neugewählten Fühlung miteinander bekommen und über ihre Zugehörigkeit zu den konstituierten Gruppen bestimmt haben werden, wird es möglich sein, die denkbaren Majoritätsbildungen und die durchführbaren Aktionsprogramme ins Auge zu fassen. Vorläufig dienen die meisten „Statistiken“ nur dazu, die für den zweiten Wahlgang erwünschte Stimmung zu erzeugen. Da es ja immer eine Anzahl von Wählern gibt, die mit der siegreichen Partei gehen, sind die Parteien bemüht, dem Ergebnis des ersten Wahlgangs eine für sie möglichst günstige Deutung zu geben. Und da sehr viele Kandidaten ihre Programme wie ihre Parteizugehörigkeit in einer vorläufigen Unbestimmtheit und Allgemeinheit gelassen haben, bietet das vorgestrichene Resultat den politischen Redekünstlern ein weites Feld dar. Die Regierung ordnet die Ziffern in der Weise, daß ein Mandatsverlust für die gemäßigten Republikaner herauskommt, die gemäßigte Presse veröffentlicht Aufstellungen, die das Gegenteil besagen, und wenn der „Radical“ höhnisch fragen kann, wo denn die berühmte „Föderation der Linken“ hingekommen sei, die das ganze Parlament in den Tod steden wollte und sich jetzt nur mit der immateriellen Existenz eines über den gemäßigten Parteien schwebenden Geistes begnügt, so ist das Ergebnis für die „unifizierten“ Radikalen auch sehr mager. Und unstrittig hat die reaktionäre Presse recht, wenn sie den Radikalen vorwirft, in ihrer Campagne das Programm von Pan den mannigfaltigen Apparaturen unterzogen zu haben.

Clemenceau selbst stellt heute im „Comme libre“ fest, daß abgesehen von den Sozialisten und von der Rechten alle Parteien vor den Wählern mit einer tolen Mischung der Ideen und Vorschläge erscheinen. Die Indisziplin aber zeigt sich auch in der Ferkelung der Parteien und der mit der Zunahme der Gruppen zunehmenden Zerplitterung der Wähler. 251 Stimmwahlen — eine noch nicht erreichte Zahl — sind ihre Folge. Das einzige Mittel aber, dieser Entwicklung, die die parlamentarische Arbeit immer mehr desorganisiert, entgegenzuwirken: die Wahlreform, lehnt Clemenceau in doktrinärem Verbissem nach wie vor ab.

Enttäuscht vom Wahlergebnis können eigentlich nur diejenigen sein — sofern es solche Optimisten gegeben haben sollte — die auf eine Kammer gehofft haben, die die Kraft zu mächtigen Vorstößen im Sinn einer radikalen, sozialpolitisch fortgeschrittenen Demokratie haben würde — nach einer Wahlkampagne, worin das ganze Bestreben der Regierungsparteien darauf hinausging, mit heiler Haut davonzukommen. Man wird von ihnen keine heroische Entschlossenheit zu erwarten haben, weder in der Steuerfrage, die ja allerdings infolge der Situation des Budgets einer Lösung vermittelt einer stärkeren Heranziehung der Besizenden nicht mehr entgegen kann, noch in der Militärfrage, die man einstweilen für vertagt ansehen muß, bis die Latachen der Bevölkerungsbewegung die einschüchternden Elemente des Offizierskorps selbst dazu bewegen werden, eine rationellere Organisation der Nationalverteidigung vorzuschlagen und die weitere Erklarung der sozialistischen Partei den Bürgerlichen die Bereitschaft zur Reform abzwingt.

Für die sozialistische Partei sind die Ergebnisse des Sonntags überaus günstig. Sie hat Mandate und Stimmen in einem ganz bedeutenden Verhältnis gewonnen. Das letztmal hatte sie 29 Deputierte im ersten Wahlgang erlangt, diesmal 40. Und besonders erfreulich ist, daß darunter keine Zufallsiege sind. 36 Mandate waren in ihrem Besitz, drei waren es früher gewesen. Brunet in Paris hat den Wahlkreis Brousses, Coisanz (Montluçon) und Durre ihre 1910 verlorenen Wahlkreise zurückgeholt. Eine Reihe von Mandaten, die das letztmal im zweiten Wahlgang eingetroffen wurden, kam diesmal im ersten Anlauf in den Besitz unserer Genossen. So ist Jaurès mit fast 2000 Stimmen Mehrheit gewählt worden. Guesde in Roubaix ist glatt erwählt. Verloren wurde im ersten Wahlgang kein einziges Mandat — die Niederlage Weyers in Voulogne ist nicht als Verlust zu buchen, da der Kandidat einige Tage vor der Wahl wegen seiner Anbändelungen mit den Merkmalen und seiner antisemitischen Demagogik von der Parteiföderation Pas-de-Calais gestrichen worden war. Vereinzelt Mandatsverluste in der Stichwahl sind wohl nicht ausgeschlossen, aber sie werden überreich wettgemacht werden. Brade und Rouanet in Paris, Albert Thomas in seinem Vorortwahlkreis, Delory und Chesquiere im Norden sind der Wiederwahl sicher. Und zahlreiche neue Mandate, in industriellen wie in ländlichen Bezirken können heute schon als gewonnen angesehen werden. Sehr günstig ist unter anderem die Situation im neuen Wahlkreis Secour V, wo Jean Longuet einen großen Vorsprung hat und auf Unterstützung fortgeschrittener Radikalen zählen darf. Im ganzen wird die Partei es wohl auf etwa 90 Mandate bringen — ein Gewinn von rund 20.

Erfreulich sind nicht nur diese Siege der geeinigten Partei, sondern auch die Niederlagen gewisser Parteischädiger. In Revallois-Verret, seinem alten Wahlkreis, bekam der Genosse Willm, der Antimus Briands, 6695 Stimmen, der sozialistische Kandidat Genosse Bon 6717. Willm wird wohl das Mandat bekommen, aber nur mit Hilfe der Merkmalen. Allemane aber ist im 11. Arrondissement, den er lange vertreten hat und wo ihm viele persönliche Beziehungen geblieben sind, mit 1271 Stimmen an die fünfte Stelle getreten. Der Kandidat der geeinigten Partei bekam 1300 Stimmen. Allemane hat nur den Trost, daß er diesen Arbeiterbezirk völlig desorganisiert hat. Die ganze famose „Arbeiterpartei“ hat im Seine-Departement nur etwas über 3000 Stimmen aufgebracht. Auch Millerand ist die Partei hart an den Leib gerückt. Er bekam 6243 gegen 4955 (das letzte Mal 2696) sozialistische Stimmen.

Der Stimmengewinn beträgt rund 280 000, davon 55 000 im Seine-Departement. Die anderen Parteien haben Stimmen verloren, die Partei gewonnen — und sehr bedeutend gewonnen, wenn man in Betracht zieht, daß ihr der in anderen Ländern aus der Bevölkerungszunahme folgende Zuwachs fehlt. Sie gewinnt in den ländlichen wie in den industriellen Wahlkreisen und in dem lange gleichgültigen Paris. Die Welle des Antiparlamentarismus läßt kaum noch Tropfen zurück. Und das Anwachsen des Sozialismus bedeutet die steigende Macht der Idee des Friedens und der Annäherung zwischen den Völkern. Hierin liegt eine Bedeutung der Wahlen, die über die politischen Interessen des Sozialismus im engeren Sinne noch hinausreicht.

Waffenstillstand?

Die Stimmung in Washington scheint optimistisch zu sein. Man glaubt, daß Argentinien, Brasilien und Chile, die die Vermittlungsoption unternommen haben, auf die Abdankung Huertas dringen werden. Auch soll in der mexikanischen Deputiertenkammer die Ansicht überwiegen, daß die Abdankung rätlich sei. Die nächsten Schritte der Vermittler gelten der Erwirkung eines Waffenstillstandes. Und Herr Wilson hat sich bereit erklärt, seine Zustimmung zu einem Waffenstillstand zu geben.

Die Friedensvermittlung.

Washington, 29. April. Die Friedensvermittler waren gestern zusammen und verhandelten sich erst am frühen Morgen. Ueber das Ergebnis äußerten sie sich nicht, doch schienen sie optimistisch gestimmt zu sein.

Waffenstillstand.

Washington, 29. April. Der brasilianische Volschaffter teilte dem Staatssekretär Bryan mit, daß der nächste Schritt der vermittelnden Mächte dahin zielen werde, einen Waffenstillstand zu erwirken.

Aus authentischer Quelle wird mitgeteilt, daß die Vereinigten Staaten mit einem Waffenstillstand einverstanden sind, falls ihnen zugesichert wird, daß keine Ausschreitungen gegen Amerikaner vorkommen.

Die Haltung der Rebellen.

El Paso, 29. April. Wie aus Chihuahua berichtet wird, sind Villa und Carranza übereingekommen, daß die Rebellen mehr Zuschauer bei den mexikanisch-amerikanischen Wirren bleiben sollen, außer wenn das Gebiet der Rebellen angegriffen werden sollte.

Die Flucht der Ausländer.

Washington, 29. April. Konteradmiral Fletcher meldet, daß gestern Abend 109 Amerikaner und 28 andere Ausländer aus dem Binnenlande in Veracruz angekommen seien. So gut wie alle Ausländer in der Nähe von Durango und Torreon haben das Land verlassen. Zwei von dem britischen Gesandten Carden bestellte Sonderzüge, welche die englische und die amerikanische Flagge führten, haben gestern Abend mit Flüchtlingen die Hauptstadt verlassen. Unterwegs werden sie noch weitere 600 Flüchtlinge aufnehmen. Bundesstruppen und sechs Vertreter der verschiedenen Gesandtschaften begleiten die Züge. Ein britisches Kriegsschiff in Puerto Mexico wird bis zur Ankunft der amerikanischen Transportschiffe den Schutz der Flüchtlinge übernehmen. Die Hauptstadt war gestern ruhig. Seit Sonntag sind keine Kundgebungen vorgekommen.

Auf falscher Fährte.

„Eine Lösung der Arbeiterfrage unter Konfervierung des kapitalistischen Wirtschaftssystems ist ein aussichtsloses Beginnen.“ Dieser Satz ist nicht — dem Artikel eines sozialdemokratischen Blattes oder der Rede eines sozialdemokratischen Agitatoren entnommen. Er findet sich in den Spalten eines sehr staatsbehaltenden, auf Autorität, Ordnung und Justiz bedachtten Blattes; in dem jüngsten Heft der „Historisch-politischen Blätter“, der alten angesehenen Zeitschrift des deutschen Merkantilismus (Band 153, Heft 8, und zwar in dem Artikel eines ungenannten Verfassers, betitelt: „Die Aussichtslosigkeit der heutigen Arbeiterpolitik“. Der Verfasser ist von der Wichtigkeit des obigen Satzes

so sehr überzeugt, daß er ihn in immer neuen Wendungen wiederholt: „Eine Arbeiterpolitik und Sozialreform auf dem Boden des industriellen Kapitalismus und der industriellen Arbeitsweise ist aussichtslos. Sisyphusarbeit.“ Und er spottet weidlich über diejenigen, die unter Hinnahme des herrschenden Wirtschaftssystems von der „Versöhnung von Kapital und Arbeit“ reden und sich hierbei der grundlosen Hoffnung hingeben, daß diese naive Mahnung oder gedankenlose Phrase Erfolg haben werde.“

Der Verfasser sieht den Grund dafür darin, daß man die Arbeiterfrage aus dem Zusammenhange mit der allgemeinen sozialen Frage herausnimmt und sie gesondert behandeln zu können glaubt, daß man wirksame Arbeiterpolitik ohne eine gründliche Aenderung unserer ganzen sozialen Verfassung treiben will. Jede Wirtschaft, sei sie nun einfacher oder verwickelter Art, sei als Organismus stets einheitlich; in ihr verbänden sich die beiden Grundfaktoren: das ursprüngliche Kapital, d. h. die dem Menschen zugängliche Natur, und das Naturprodukt mit der Arbeit zu einheitlicher Wirkung. Und einheitlich wie die wirtschaftliche müsse auch die soziale Organisation sein, auch hier bleibe die enge Verbindung von Kapital und Arbeit die grundlegende Bedingung.

Der wahre Verfassungscharakter Kapitalisten und Arbeiter, verbindet, ergänzt und verleiht die Interessen von Kapital und Arbeit, kennt auch keine scharfe Trennung der beiden erstere und gibt auch dem beschloßen Arbeiter die Möglichkeit, in die Reihe der Besizenden und zugleich Arbeitenden emporzusteigen. Im Falle den Arbeitern eine besondere Organisation zugehört wird, kann das nur in rechtlicher und wichtiger Einordnung in den Gesamtstand und Beruf erfolgen, niemals im Sinne einer Kampfesstellung gegen die übrigen, besizenden Berufsstände. Wie der Berufsstand ist das Volk oder die Gesellschaft eines Landes als eine organische Einheit aufzufassen, welche nicht in sich feindlich gegenüberstehende Klassen auseinandergerissen werden darf, sondern die in sich ergänzende Stände gegliedert sein und bleiben muß.“

Der Verfasser sieht das Heil des Volkes in der „großen Sozialität“, die zwar auch Verschiedenheiten und Gegensätze aufweist, aber doch nur solche, die sich ausgleichen und harmonisch verbinden lassen.“ Sein Ziel ist ein gesunder, die egoistischen Triebe dämmender „Vollsozialismus“, wie er sich „unter dem Einflusse eines lebendigen Christentums und unter dem Einflusse von einer staatssozialistischen Gemeinschaft in der Mildezeit des katholischen Mittelalters entwickelte“. Diese Gedanken und Ziele sind nichts Neues. Wir finden sie bei den katholischen Sozialpolitikern des vorigen Jahrhunderts in genau derselben Form, wie man bei Bischof Ketteler, Kaplan Hise und vielen anderen nachlesen kann. Diese Männer empfanden die Unvereinbarkeit der Grundlehren des Christentums mit den Erfindungen des modernen Kapitalismus. Sie sahen auch, daß er über den Kapitalismus hinaus notwendigerweise zum Sozialismus führe, aber machten sie mit diesem auch in der Kritik der bestehenden Zustände und der Bekämpfung gewisser Mängel auf wirtschaftlichem und sozialen Gebiet ein Stück Weges zusammengehen, so schenken sie den Sozialismus seiner Grundzüge und seines Endzieles wegen doch mehr als den Kapitalismus. So erfanden sie denn einen „christlichen Sozialismus“, der Staat und Gesellschaft noch rückwärts, ins Mittelalter hinein, revolutionisieren sollte, der sein Endziel formte nach einem mittelaltersähnlichen Ideal: keine Klassenunterschiede oben und kein allzu geistliches Massenelend unten; keine Aufhebung der Ausbeutung, aber doch nur eine Ausbeutung in gemäßigten Grenzen; keine Abschaffung der Klassen und Stände, aber doch harmonisch patriarchalisches Zusammenwachsen nach christlich-deutschen Grundsätzen, d. h. unter wirbestimmendem Einfluß der Kirche — ein künstlich und kirchlich temperierter Kapitalismus das Ganze!

Der Mitarbeiter der „Historisch-politischen Blätter“ hat recht: die „Zufriedenstellung des Lohnarbeiters“ seine Ausbeutung mit der bestehenden Gesellschaftsordnung“ ist durch die von der Regierung und den Parteien betriebene Sozialpolitik nicht erreicht worden. Das kommt nach seiner Ansicht daher, daß man die Arbeiterfrage vorwiegend finanziell und materiell aufgefah, daß man nicht verstanden hat, „sich in die Seele des Arbeiters hineinzudenken“ und sich niemals die Frage vorgelegt hat, „ob er bei seiner Arbeit eine innere Befriedigung, ein soziales Glück finden könne“. Die Ruhe und das anspruchlose Glück, die nach des Verfassers Ansicht einstens im Mittelalter vorherrschten, gehören in der modernen Arbeiterwelt zu den ungenannten und ungenannten Dingen, und aus dem „fröhlichen und stolzen Handwerksgehilfen der Vergangenheit“ ist der „innerlich freudlose und abhängige Fabrikarbeiter“ geworden. Und so kommt er zum Schluß:

Die als Arbeiterfrage bezeichnete soziale Frage isten, heißt den Begriff des Nur-Arbeiters beseitigen, heißt die unmittelbare oder doch mittelbare Verbindung von Arbeit und Kapital wieder herstellen, heißt damit unter ganzes Industriesystem von Grund aus umformen und insbesondere die heutige geisttötende Arbeitsteilung beseitigen, heißt endlich und vor allen Dingen, die schummernden religiösen Ideale im Arbeiterherzen wieder erwecken und die Bedeutung der irdischen und materiellen Arbeit für das irdische und geistige Leben in ihrer Größe, ihrem Ernste und ihrem Hoffnungsgehalte vor die Seele stellen.“

Es lohnt sich nicht, das Benige, was an dem kritischen Teil des Artikels zutrifft, und das viele Falsche in den Voraussetzungen und Schlussfolgerungen des Verfassers besonders hervorzuheben und eingehend zu erörtern. Der Artikel erhält seine Bedeutung durch den Ort, an dem er steht, nämlich in der immer noch angehenden merkmalen Zeitschrift, den „Historisch-politischen Blättern“. Vor acht Jahren, am 1. März 1906, fand in dieser Zeitschrift ein anderer, seitdem sehr viel besprochenen Artikel mit der Lampenfremdigen

Uebersicht: „Wir müssen aus dem Turm heraus!“ Sein Verfasser, Dr. Julius Bahem, gilt als der geistige Führer derjenigen Richtung im deutschen Sozialismus, die von einer Rückkehr ins Mittelalter nichts wissen, die mit vollen Segeln hinein in den kapitalistischen Gegenwartsstaat, die an seinem Reichtum, seinen Reizen und Würden teilnehmen will und die als Ausgleich die Arbeiter durch die W. Labbächer, durch etwas Sozialreform und Gewerkschaftsbewegung mit diesem Gegenwartsstaat zu versöhnen gedenkt. Die „Historisch-politischen Blätter“ haben seitdem Artikel von der Art des Bahemischen nicht mehr gebracht; sie sind, wenn auch nicht mit offener Parteinahme, mehr und mehr auf die Seite der Integrität gerückt, die es mit Leo XIII. sah aus der Englischen Aemur novarum halten, daß jede hinweisende Gesellschaft, falls sie erneuert werden soll, zu ihrem Ursprunge, d. h. zum Mittelalter und zur Kirche zurückkehren muß. Der Mitarbeiter wendet auf die Nacher der heutigen Arbeitersozialpolitik das Wort aus Hamlet an: „Sie schlagen lustig an auf falscher Fährte.“ Gewiß sind diejenigen im Irrtum, die mit sozialpolitischen Zugeständnissen die Arbeiter für den Gegenwartsstaat zu gewinnen gedenken. Aber nicht minder sind diejenigen auf falscher Fährte, die da glauben, die Gegenwart auf den Zustand des Mittelalters bringen und die Arbeiter des zwanzigsten Jahrhunderts zur Teilnahme an diesem wunderlichen Plan gewinnen zu können.

Vom Temperament zur Organisation.

Brüssel, im April. (Fig. Ver.)

Der erste Generalstreik von 1893, dieser prachtvolle Ausdruck des jähren Volkswillens, der sturmgleich das Jenseitswahrrecht hinwegjagte, hat dem belgischen Sozialismus im Ausland eine gleichsam dauernde Gloriette verliehen. „Belgisch reden“ war Jahre hindurch der populäre Ausdruck für revolutionäres Wollen und Aufstehen mit politischer Unbill. Nur wollten manche, die die sozialistische Bewegung in Belgien verfolgten und näher prüften, einen Widerspruch finden zwischen der blendenden Außenfront, die die ganze Periode bis zum Generalstreik auszeichnete und den organisatorischen Verhältnissen der Partei, wie sie sich in den späteren Jahren ihrer gewerkschaftlichen und politischen Verbände ausdrückte. Die Beurteilung der Sachlage ist verständlich und liegt nahe genug, aber der Widerspruch wird sich für den, der ihm historisch nachspürt — zu welchem Zweck das Buch des Genossen Vertran „Histoire de la Democratie et du Socialisme en Belgique“ (Geschichte der Demokratie und des Sozialismus in Belgien) zu empfehlen ist, ziemlich auflösen. Das belgische Proletariat, dem sein trauriger Ruhm, das schlechteste bezahlte, ausgedehnteste Europas zu sein, noch immer anhaftet, und der in seinen Konsequenzen fortwirkt, ist unverhältnismäßig spät zum Bewußtsein seiner Befreiungsaufgabe erwacht und später noch erfolgte seine Einordnung als diszipliniertes Heer in die Internationale. Das erste Programm der belgischen Sozialisten datiert aus dem Jahre 1877 und im Jahre 1885 wurde die belgische Arbeiterpartei gegründet. Schwach, ungleich und sprunghaft und eigentlich nur von der blämischen Bevölkerung getragen, äußerte sich vorerst das politische Streben und soziale Bewußtsein der Arbeiterklasse. Bist man in dem erwähnten Vertran'schen Buch über die Entstehung und stufenweise Entwicklung der Arbeiterpartei, so findet man umschwer den psychologischen Schlüssel zu manchem, was von ferne betrachtet frappiert. In der ganzen Entwicklungslinie des belgischen Sozialismus tritt aber ein Moment, blickartig Wesen und Kern der Arbeiterbewegung beleuchtend und erklärend, immer wieder hervor: der Durchbruch eines prachtvollen Kollertemperaments, das die Revolten — Streiks von 1886 geschaffen, das die Sturmzüge des Generalstreiks von 1893 entzündet und schließlich im Generalstreik der 400 000 im Vorjahr zu herrlicher Höhe emporgestiegen ist. Hier aber zeigt sich, schon kräftig abgezeichnet, was man als Geist einer neuen Epoche im belgischen Sozialismus und Parteilieben ansprechen möchte: neben dem Temperament organisatorische Kraft und Disziplin; noch der früher lodernde Wille, aber abgegrenzt, aufs klarste vorgezeichnet, in Bewußtheit und Zielstrebigkeit gebannt.

Der Oskongress der belgischen Arbeiterpartei hat diesen „neuen Geist“ aufs glänzendste bestätigt. Nicht nur in dem Sinne, daß die Parteiberichte das Erfahren der Partei in den verschiedensten Richtungen künden: alle Föderationen verzeichnen — mit Ausnahme von fünf — erste Fortschritte: die Zahl der angeschlossenen Gruppen hat sich von 1208 des Vorjahres auf 1877 erhöht — dies trotz des fortschreitenden Zentralismus, der doch die Gruppenzahl verringert. Die Herrschaften haben sich von den selbstverständlichen Rückwirkungen des Generalstreiks mehr als „erholt“ und zeigen gegen das Vorjahr ein Aufsteigen um, absolut genommen, mehr als 8000 Mitglieder, zum Kammer der Alerikalen, die die Gewerkschaften durch den Generalstreik zugrunde gerichtet hofften. Die Bildungsarbeit der Partei geht mächtig vorwärts, die Kurse und die Schülerviertel nehmen zu, neue Institutionen entstehen, die Arbeiten weiter zu führen; die Presse wurde außerordentlich ausgebaut, ein neues blämisches Tagesblatt wird dieser Tage erscheinen.

Als höchst zu wertendes Symptom in all diesen Erscheinungen steht aber dieser Parteitag selbst. Er war still, vielleicht nüchtern zu nennen gegen den der Generalstreikperiode, aber er war bezeichnend durch den ersten Arbeitseifer, der um so bezeichnender ist, als er in der Hauptphase der Frage der Parteiorganisation galt, die die Teilnehmer einen vollen Verhandlungstag hindurch in größter Spannung hielt, wie dies früher einmal wohl nur einem ähnlichen Ereignis der Stunde gelungen wäre. Die Eingabe der Kammer an den Gegenstand, die leidenschaftliche Verfechtung ihrer Wesen, war nicht minder charakteristisch und erfreulich. Denn all das zeigt — neben vielerlei Erscheinungen, die zu kennezeichnen wir uns hier versagen müssen — die Einmündung des Temperamentsstils in den organisatorischen, den die Gewerkschaften mit ihrer Zentralisationsarbeit so erfolgreich eingeleitet haben.

Die Debatte hat kein Resultat gebracht und es ist nicht zu behaupten. Es ist nebenbei noch bezeichnend in dem erwähnten Sinn, daß der vortweggenommene Beschluß des Kongresses, zu seiner endgültigen Abstimmung über die Projekte zu schreiten, die Leidenschaft der Stimmung um nichts beeinträchtigt hat: man socht für die Idee, für ihre Klarlegung, für den Erfolg der Partei. . . . Daß keine Abstimmung erfolgt ist, hat kein doppelt Gutes: die Frage bedarf noch der Diskussion, der Ausreifung, und die Debatte hat hierzu außerordentliche Anregungen und wertvolle Fingerzeige geliefert. Das andere Wichtige ist, daß sich die Organisationen nun mit der Frage der Parteiorganisation weiter befassen, die Mitglieder nicht vor Beschlässe, sondern vor das Problem selbst stellen und so deren Interesse immer mehr auf die Lebensfragen der Partei, auf ihre Existenznotwendigkeiten und Bedürfnisse und auf ihre politische und finanzielle Fundierung einstellen.

Bei aller Verschiedenheit der Pläne und Vorschläge für die organisatorische Neugestaltung der Partei, war gleichwohl bei allen

Nedern das gleiche Streben sichtbar der unzureichenden politischen Organisation lebensfähigere Formen zu geben, die politische Propaganda zu stärken, die politische Erziehung der Massen in die Hand zu nehmen und überhaupt den ganzen organisatorischen Apparat den Bedürfnissen der Parteidwicklung und den Aufgaben des Sozialismus entsprechend umzugestalten.

Auch haben alle auf das Verhältnis hingewiesen, das sich darin ausdrückt, daß von der Gesamtmitgliederszahl der angeschlossenen Gruppen nur 5,6 Proz. — von etwa 284 000 Mitgliedern nicht ganz 16 000 — politisch organisiert sind. Nicht minder waren die Nedern alle einig darin, daß die derzeitige Beschäftigung der Kongresse auf Grund der Gruppenvertretung, die Kampfgruppen und Versammlungs- und Sportvereine gleiches Recht und gleichen Einfluß sichert, unhaltbar ist. Das Kommissionsprojekt verlangte die Vertretung durch die Wahlkreise. Alle Kritiken und Vorschläge stimmten darin überein, daß die Kongresse in Zukunft weniger zahlreich besetzt, solider vorbereitet und auf einen den Parteierfordernissen Rechnung tragenden Vertretungssystem aufgebaut werden muß. — Auch in der finanziellen Frage herrschte Einigkeit in dem Sinne, daß für entsprechende reguläre Einkünfte der Partei gesorgt werden müsse. Nur ein Nedner sprach sich gegen höhere Beiträge der politischen Organisationen aus. Das Charakteristische indes an der Debatte war die Einmütigkeit der Nedner vor allem in diesem Punkt, daß das bisherige Verhältnis von Partei und Gewerkschaft im Sinne des Zusammenarbeitens und einer einheitlichen Aktion aufrecht zu erhalten ist. Tatsächlich hat der Kongress auch in seiner Resolution ausgesprochen, daß diese Auffassung auch für die künftige Organisationsausgestaltung maßgebend bleiben muß. Ein einziger Nedner, der selbst erklärt hat, daß er gewohnt ist, in der Minorität zu sein — hat einer Abtrennung der Gewerkschaften vom Parteikörper das Wort geredet. —

So darf man nach allem sagen: wenn auch nicht Einstimmigkeit in bezug auf die Wege, so herrschte doch volle Einmütigkeit in den Absichten, eine Reorganisation in dem angedeuteten Sinne herbeizuführen.

So läßt alles hoffen, daß der belgische Sozialismus nach so vielerlei Siegen, die das Temperament und der revolutionäre Wille des Volkes vorbereitet haben, in nicht ferner Zukunft auch den einer erstarkten modernen Organisation buehen wird.

Politische Uebersicht.

Militärverwaltung und Reichstag.

Die Regierung hat gleich zu Beginn des neuen Sessionsabschnittes den Beweis geliefert, daß sie nicht die mindeste Lust hat, den Willen des Reichstages irgendwie anzuerkennen. Sie hat ganz besonders gezeigt, daß sie genau so wie in den Tagen der Zoberndebatte entschlossen ist, die Willkür der Militärverwaltung über die Rechte der Volksvertretung zu stellen. Man erinnert sich wohl des Beschlusses, den der Reichstag kurz vor den Oskongress gefaßt hat, als es sich um die Erwerbung eines Terrains im elegantesten Viertel Berlins zu Zwecken des Militärkabinetts handelte. Der Reichstag lehnte sich gegen dieses Vorgehen auf und stellte das Gelände und das Gebäude dem Reichsschatzamt zur Verfügung, während er zugleich gesetzliche Maßnahmen forderte, die derartige Mißbräuche unmöglich machen sollen. Der Kriegsminister war mit einem blauen Auge dahingekommen, und es war erlaubt zu vermuten, daß er sich in dieses nicht allzu bittere Schicksal fügen würde. Aber weit gefehlt! Jetzt eben ist dem Reichstag ein neuer Ergänzungsetat vorgelegt worden, in dem wiederum allen Wünschen des Militärkabinetts voll Rechnung getragen wird.

Herr v. Falkenhayn begründete diese neue Vorlage in biedermännischem Tone, indem er versicherte, die Auflösung des Grundstücks durch das Reichsschatzamt habe kein Ergebnis gehabt, und es bleibe wirklich nichts anderes übrig, als das Militärkabinett dort unterzubringen. Nicht im entferntesten denke die Heeresverwaltung daran, über diese Frage etwa einen großen Streit zu provozieren. Genosse Stüden, der die Angelegenheit von Anfang an mit großem Eifer verfolgt hat und sie in all ihren komplizierten Einzelheiten genau kennt, erwiderte dem Kriegsminister mit aller Deutlichkeit, daß tatsächlich hinter der neuen Vorlage nichts anderes steckt als die Absicht, dem Willen des Reichstages zum Trotz die Herren vom Militärkabinett im Tiergartenviertel anzusiedeln. Der Reichstag ist durch den Herrn v. Lyndner tatsächlich brüskiert, der sich nun einmal in den Kopf gesetzt hat, unbedingt in der Viktoriasraße wohnen zu wollen. Die Auffassung unseres Genossen wurde von dem Fortschrittler Rieling unterstützt, der gleichfalls erklärte, daß es sich wegen des Budgetrechts des Reichstages um eine politische Frage handelt. Der Etat wurde darauf der Budgetkommission überwiesen.

Bei der fortgesetzten Debatte über das Impfwesen vertrat Genosse Thiele seinen impfgenerischen Standpunkt, während der Präsident des Reichsgesundheitsamts, Herr Humm, das Impfwesen als ein bewährtes Saugmittel gegen die Gefahren der Wodenseuche bezeichnete. Auch der Zentrumsarzt Dr. Gerlach sprach sich für den Impfwang aus. Genosse Bernstein vertrat mit guten Gründen die gleiche Anschauung, während der Zentrumsabgeordnete Dr. Pfeiffer wiederum gegen das herrschende Gesetz sich wandte.

Die überlange und recht akademische Debatte, die den Reichstag zwei Tage seiner kostbaren Zeit gekostet hat, endete mit der Annahme des Antrages des konservativen Anstalts, der die Petitionen, soweit sie die Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der rechtlichen und wissenschaftlichen Grundlage des geltenden Impfgesetzes verlangen, dem Reichskanzler zur Berücksichtigung, in ihrem übrigen Inhalt zur Ermägung überweist. Die Einlegung einer paritätischen Kommission aus Impfgenern und Impffreunden wurde unter großer Heiterkeit des Hauses mit Stimmengleichheit im Sammelstimmungsabgelehnt. Morgen steht an erster Stelle eine heute von unseren Genossen eingebrachte Interpellation über die medienburaische Verfallungssfrage, worin das Reichstagswahlrecht für Medienburg verlangt wird.

Kirchliche Unbilligkeit und Kirchenaustrittsbewegung.

Den herrschenden Klassen, die die Kirche als ein Instrument zur Unterdrückung und Ausbeutung des Volkes betrachten, liegen die Kirchenaustritte schwer im Magen. Davon legt Zeugnis ab die am Mittwoch im preussischen Abgeordnetenhaus fortgesetzte Beratung des Kultusetats, die die Frömmster und Muder in eine gereizte Stimmung versetzte, wo man sie sonst an ihnen nicht gewohnt ist und wie sie sich nur durch ihr böses Gewissen erklärt. Allerdings ging Genosse Adolf Hoffmann, der sich zu wiederholten Malen

über die Kirchenaustrittsbewegung verbreitete und nachdrücklich die Trennung der Kirche vom Staat forderte, nicht gerade glimpflich mit den offiziellen Vertretern der Staatskirche um. Gestützt auf ein umfangreiches Material, dessen Richtigkeit anzuzweifeln auch die Gegner nicht wagten, schilberte er die innige Verbindung von Kirche und Kapitalismus und bewies schlüssig, wie es um die soziale Betätigung im christlichen Staat bestellt ist. Man baut Kirchen, die leer stehen bleiben, weil man durch Vernachlässigung der Grundzüge des echten Christentums dem Volke die Religion bereubelt. In Kirchen ist Ueberschuß, aber an Kruppen, Siedenhäusern, Krankenhäusern und ähnlichen Anstalten fehlt es. Dazu die Unbilligkeit der obersten Kirchenbehörden, die liberale Pastoren, wie Traub, aus ihrem Amte entfernen, aber nichts dagegen haben, wenn Geistliche von den Charaktereigenschaften des bekannten Pfarrers Luther aus Stahndorf weiter dem Volke das Gegenteil von dem predigen, woran sie im Innersten ihres Herzens glauben.

Eine wertvolle Ergänzung fanden die Hoffmann'schen Ausführungen durch eine zwar kurze, aber deshalb nicht minder wirkungsvolle Rede des Genossen Braun, der eine gründliche Abrechnung mit dem famosen Abg. Hedenroth vollzog. Wenn Herr Hedenroth nach dieser Abfuhr noch nicht einsteht, wie schlecht es ihm ansteht, sich als Apostel der Wahrheit aufzuspielen, dann ist ihm nicht zu helfen. Wohl den empfindlichsten Schlag verlegte Braun diesem typischen Vertreter einer Richtung, die Verfechtungen einzelner Sozialdemokraten zu verallgemeinern und der Partei zur Last zu legen pflegt, durch die Aufzählung von Fällen, in denen Amtsbrüder des Herrn Hedenroth sich schwere Verbrechen haben zu Schulden kommen lassen.

Auch der Pole v. Trampczinski und der Däne Riffen legten anschaulich die Art und Weise dar, wie die Kirche dem Staat in ihrem unbilligen Kampfe gegen Polen und Dänen zu Hilfe eilt.

Ein zu diesem Etat gestellter Antrag Cassel (Sp.) und v. Lampe (nat.) auf Unterstützung leistungsschwacher Synagogenverbände wurde, nachdem sich u. a. die Sozialdemokraten aus prinzipiellen Gründen dagegen erklärt hatten, einer Kommission überwiesen.

Zu Beginn der Sitzung beriet das Haus in erster Lesung den Ratragsetat betreffend den Erwerb des neben dem Abgeordnetenhaus gelegenen Grundstücks. Die bürgerlichen Parteien hatten den Wunsch, den Etat debattelos an die Budgetkommission zu bringen, aber Genosse Liebknecht machte ihnen einen Strich durch ihre Rechnung, indem er der Sage die Schelle umhing und nachwies, daß es sich in Wirklichkeit darum handelt, die vom Reichstag einigen Beamten wegen ihrer sonderbaren Geschäfte mit Herrn v. Winterfeld auferlegte Regresspflicht auf den preussischen Etat zu übertragen. Zwar bestritt der Minister die Wichtigkeit dieser Behauptung, aber bestreiten ist noch nicht widerlegen. In der zweiten Lesung wird unsere Fraktion auf die Frage zurückkommen.

Donnerstag: Fortsetzung der Beratung des Kultusetats.

Der bayerische Waldschnee-Kredit.

In vorgezückter Abendstunde nahm am Dienstag die bayerische Abgeordnetenkammer den Regierungsantrag an, den sogenannten Waldschnee-Kredit dem Verkehrsministerium zu entziehen und dem Ministerium des Innern zu übertragen. Dagegen stimmten nur die Bayernbündler und ein kleiner Teil des Zentrums, während vereinzelte Liberale sich der Abstimmung entzogen. Damit hat endlich die Abgeordnetenkammer ihren Beschluß erneuert und bekräftigt, daß mit dem Ausbau des Waldschnees zugleich die staatliche Elektrizitätsversorgung des Landes, soweit das Privatkapital sich dieser noch nicht bemächtigt hat, unternommen werden soll. Auch die Reichsratskammer dürfte kaum wagen, sich diesem Beschlusse zu widersetzen. Doch selbst dann, wenn der Beschluß Rechtskraft erlangt hat, wird noch immer die Öffentlichkeit mit größter Aufmerksamkeit darüber wachen müssen, daß das Werk nicht weiter verschleppt wird; denn das Elektrizitätskapital wird trotz des parlamentarischen Beschlusses im Kampf gegen die staatliche Elektrizitätspolitik schwerlich erlahmen, hat doch noch in letzter Stunde der liberale Münchener Kommerzienrat Schön versucht, dem Elektrizitätskapital zu Hilfe zu kommen, indem er Fragen an die Regierung stellte, die nichts weniger beabsichtigten, als die Ausschöpfung des Waldschnee-Kredits zu sichern, bevor es noch begonnen. Er wünschte nämlich Auskunft darüber zu haben, ob — bei Verögerung des Ausbaues des staatlichen Unternehmens — der Staat es Gemeinden und Privaten verweigern würde, ihrerseits Wasserkraft auszubauen. Die Anfragen konnten keinen anderen Zweck haben, als das Privatkapital zu ermuntern, ruhig weitere Gebiete der Elektrizitätsversorgung an sich zu reißen, damit es für den Staat nicht mehr viel zu tun gabe. Der Regierungsvorsteher gab vernünftigerweise, auch nach Wiederholung dieser Fragen, keine Antwort. Im übrigen war das Interesse an den Debatten ziemlich erschöpft, da das Ergebnis nicht mehr zweifelhaft war.

Bemerkenswert waren die Ausführungen des Genossen Gentner über die sehr ungünstigen Erfahrungen, die man in Oberfranken bei den Verträgen mit dem Elektrizitätskonzern gemacht hat.

Ein bayerischer Leg Heinze.

Die Kammer der Reichsräte hat einstimmig den vom Abgeordnetenhaus angenommenen Antrag betr. Bekämpfung der Unfruchtbarkeit zugestimmt. In diesem wird die Regierung ersucht, mit allen gesetzlichen Mitteln die zunehmende Unfruchtbarkeit hauptsächlich in den Großstädten zu bekämpfen und ferner beim Bundesrat dahin zu wirken, durch eine Aenderung der Reichsgewerbeordnung Unterlagen zu schaffen zur Bekämpfung ansteckender Schaulenherausstellungen und der Reklame für Antikonzeptionsmittel, Antimiereknuppen und Dars usw.

Im Laufe der Beratung wies der Minister des Innern Freiherr v. Soden energisch die Behauptung des Abg. Freiherrn von Cramer-Reit zurück, daß München ein Hauptherd der antichristlichen Agitation sei.

Auch ein Jubiläum.

In diesen Tagen, nämlich am 23. April, war es gerade ein Jahr her, daß der Reichstag infolge der Entschlüssen über den Kruppandal Beschluß, eine Untersuchungskommission einzusetzen. Die Regierung machte diesem Beschluß des Reichstages Obstruktion und berief schließlich nach langem, langem Zögern an Stelle der vom Reichstag beschlossenen Untersuchungskommission die famose „Rüstungskommission“, die aus einer höchst gemischten Gesellschaft gebildet wurde, zu der aber der Urheber der ganzen Sache, Genosse Liebknecht nicht zugelassen werden sollte!

Trotzdem am 23. April 1913 Reichstag, Zentrum und Nationalliberale die tapfersten und prinzipiellsten Erklärungen für das Recht einer parlamentarischen Untersuchungskommission und den Ernst ihres Nachprüfungsrechtes abgegeben hatten, war diesen Parteien der in den diversen Krupp-Prozessen (trotz gefälliger Vorführung der Behörden und Gerichte) aufgedeckte Korruptionsschmutz so peinlich, daß ihnen die Lust zu weiterer Reinigung berging und sie

sch täglich unterworfen, als die Regierung die Untersuchungs-
kommission in eine Vertuschungs- und Bemäntelungskommission
verwandelt, eben die berüchtigte Rüstungskommission.

Diese Untersuchungskommission ist nun inzwischen zweimal zu
kurzen Tagungen zusammengetreten, bei denen sie sich von so ge-
nannten Sachverständigen allerhand erzählen ließ. Nun soll sie bis
zum Herbst vertagt werden. Man sollte sie gleich in infinitum ver-
tagten, denn irgend etwas Vernünftiges kommt bei der ganzen
Komodie doch nicht heraus. Die sozialdemokratische Fraktion tat
nur zu gut daran, sich an dem ganzen Schwindel überhaupt nicht zu
beteiligen.

Aus dem Seniorenkonvent des Reichstags.

Im Seniorenkonvent äußerten am Mittwoch die sozialdemo-
kratischen Mitglieder den Wunsch, am 1. Mai die Sitzung des
Reichstags ausfallen zu lassen. Alle Parteien lehnten dies ab.

Dann wurde beschlossen, daß in dieser Woche der Etat des Aus-
wärtigen Amtes auf die Tagesordnung gesetzt wird. Ferner soll ver-
sucht werden, vor Eintritt der Sommerferien noch folgende Geset-
zentwürfe fertigzustellen: den Entwurf über den Kolonialgerichts-
hof, die Anträge der Budgetkommission zur Duellfrage, die Er-
gänzung des Handelsgesetzbuchs (Konkurrenzkaufel betreffend),
das Gesetz zur Förderung des Baues von Kleinwohnungen. Ge-
gebenenfalls soll noch erledigt werden: Der Gesetzentwurf über die
Gebühren für Zeugen und Sachverständigen vor Gericht, der Ge-
setzentwurf über die Änderung des Militärstrafgesetzbuchs (§§ 60,
70 u. a.). An den Reichstag sollen ferner einige neue Geset-
zentwürfe gelangen, so das Gesetz über die Entschädigung der Al-
tenrenten, das Kennzeichengesetz, ein Gesetz über die Besteuerung
ausländischer Weine. Der Konvent kam überein, daß besonders das
Kennzeichengesetz, dann das Gesetz über die Entschädigung der Al-
tenrenten und die Besoldungsvorlage, die eigentlich gemeinsam
erledigt werden müßten, soweit als möglich gefördert werden sollen.

Die Sitzungen sollen nur bis zum 20. Mai dauern. Die Frage,
ob Vertagung oder Schluß des Reichstags eintreten wird, ist noch
nicht erledigt. Sollte der Reichstag geschlossen werden, so würden
mindestens zehn der jetzt schon zur Beratung vorgelegten Geset-
zentwürfe unter den Tisch fallen.

Wie der „Berliner Lokal-Anzeiger“ erzählt, ist sich die Regie-
rung dahin schlüssig geworden, den Reichstag nicht zu schließen, son-
dern ihn bis zum Herbst zu vertagen.

Staatssekretär Mühl verhandelte Dienstagabend mit den Ver-
tretern der bürgerlichen Parteien über die Besoldungsnovelle. Wie
man hört, ist eine bürgerliche Mehrheit vorhanden, die bereit ist,
jenen Teil der Kommissionsbeschlüsse preiszugeben, die zu den Un-
stimmigkeiten zwischen Regierung und Reichstag geführt haben.

Das katholische Volk wird irre.

In Nr. 15 der „Allgemeinen Rundschau“ sagt Rechtsanwält
Ruh, daß die Studenten aus dem katholischen Adel es nicht für
„händelgemäß“ hielten, in katholische Studentenvereine ein-
zutreten, sondern die schlagenden Verbindungen bevorzugen:

Die nicht gewollte Mischung der Sache ist die, daß das
katholische Volk irre werden muß. Es wird sich natur-
gemäß zweierlei sagen. Zunächst: Soll das, was für die
höhen katholischen Herren nicht gut genug ist (die
katholische Korporation), für uns und unsere Söhne recht sein?
Sodann: wenn die Kinder der hohen katholischen Familien des
Wandels schlagenden Verbindungen ungehörig ange-
hören können, warum soll dies unseren jungen Leuten verboten
sein? Das Duell und die Krenur in jeder Form, das Satis-
faktionsprinzip sind nun einmal nach göttlichem und kirch-
lichem Gesetz verboten und mit harten kirchlichen Strafen
belegt.

Diese göttlichen und kirchlichen Gesetze sind dem katholischen
Adel selbstredend nicht soviel wert wie die Karriere, die den Corps-
brüdern winkt.

Der Professor auf Kündigung.

Dem ersten Rektor der Berliner Handelshochschule Professor
Dr. Jankow, hauptamtlichen Dozenten für Staatswissenschaften,
ist plötzlich vom Vorkurskollegium der Kaufmannschaft die Lehr-
tätigkeit gekündigt worden. Jankow und seine Kollegen betrachten
die Kündigung als Maßregelung, während die Kulleisten durch
die Kündigung nach ihrer Vorstellung nur den Abschluß eines
neuen Vertrages in geänderter Form beabsichtigten. Welche Un-
stimmigkeiten der Kündigung zugrunde liegen, geht aus den Er-
klärungen beider Parteien nicht hervor.

Religionsdebatte im badischen Landtag.

In der Kommission für Justiz und Verwaltung der Zweiten
badischen Kammer brachte am Dienstag die freisinnige Fraktion
den Antrag ein, diejenigen Lehrer von dem Pflichtunterricht der
Religion in Volksschulen ohne dienstliche Rücksicht zu befreien,
welche aus Gründen der Ueberzeugung darum nachsuchen. Nach
zweistündiger Debatte lehnte die Kommission mit den Stimmen
des Zentrums, der Konservativen und der Nationalliberalen gegen
zwei sozialdemokratische und einer freisinnigen Stimme den Antrag
ab. Böhm gab den sozialdemokratischen Abg. Ged darin recht,
daß vor dem neuen Schulgesetz ein Gewohnheitsrecht in Baden
bestand, nach welchem Schullehrer auf Wunsch ihrer Eltern vom
Religionsunterricht befreit werden konnten.

Im Plenum gab am Dienstag Minister Böhm die Erklärung
ab, die vorhandenen freisinnigen Lehrer würden noch gebildet;
Anhänger des Freisinn fänden aber in den Seminaren keine
Aufnahme mehr.

Eine traurige Maifeier.

Der neue Statthalter Herr v. Dallwitz trifft ausgerechnet
am 1. Mai in Strahburg ein, um sein neues Amt zu übernehmen,
nachdem er gestern das Ministerium des Innern verlassen hat.

Zum Mülheimer Polizeistandal.

Der Mülheimer Bürgermeister gab zu der von unserer Kölner
Parteiorgan, der „Rheinischen Zeitung“, gebrachten Meldung über
einen Polizeistandal in Mülheim folgende Erklärungen ab:

Mülheimer Kriminalbeamte sind vor einiger Zeit von einer
Partei denunziert worden, gegen welche die Mülheimer Kriminal-
Polizei strafrechtlich einschreiten mußte. Durch die von der Staats-
anwaltschaft eingeleitete Untersuchung und durch richterliche eidliche
Vernehmung hat sich ohne weiteres die völlige Unschuldigkeit der gegen
die Beamten erhobenen Beschuldigungen ergeben. Das Strafver-
fahren wurde daher eingestellt.

Neue Verhandlung gegen Freiherrn v. Korfner.

Die beim Landgericht in Zabern anhängige Entscheidungslage
der Eltern der minderjährigen Franziska Kurer, die Leutnant
v. Korfner verführt haben soll, beschlagnahmte gestern den Zaberner
Gerichtshof. Es wurde beschlossen, die Akten des Militärgerichts
einzusehen und einen neuen Verhandlungstermin auf den 30. Juni
anzuberaumen.

Von den in dem Pönduranfänger eingeschlossenen Wägern von
Zabern haben alle bis auf einen die von dem Militärtribunal be-

willigten Entschädigungen angenommen. Die letzte in dieser An-
gelegenheit noch anhängige Klage soll in der nächsten Zeit vor dem
Zaberner Gerichtshof seine Erledigung finden.

Das Militär im Dienste des Jungdeutschlandbundes.

In welchem Maße Militärverwaltung und Schulbehörden dem
Jungdeutschlandbunde bei der Veranstaltung von sogenannten
Kriegsspielen Hilfe leisten, geht aus einem Programm für ein
„Kriegsspiel“ in Bielefeld hervor. Nicht nur die Schüler der
Gymnasien werden herangezogen, sondern auch die der Volksschulen.
Akteure Offiziere des 88. Regiments und Reserveoffiziere haben
die Führung übernommen, und den Signaldienst versehen Soldaten.
Zudem hat die Militärkapelle Befehl bekommen, die Teilnehmer
abends bei der Heimkehr vom Schlachtfeld zu begleiten.

Aus einer kleinen Garnison.

Im Garnisonlazarett zu Erfurt starb vor einigen Tagen
der Soldat Paul Cramer von der 3. Kompanie, 1. Bataillon des
71. Infanterieregiments in Sondershausen an den Folgen
einer schweren Verletzung, die er sich selbst, in der Absicht, sich zu
lösen, beigebracht hatte. Der junge Soldat hatte sich mit seinem
Dienstgewehr eine Kugel in den Kopf geschossen, die ihm den Kopf zer-
schoss, die ihm den Kopf zertrümmerte. Das „nationale“ bürgerliche
Blättchen in Sondershausen nahm nur ganz kurz von dieser
Soldatenmorddie Notiz, die ihm um so unangenehmer sein mochte,
als erst wenige Tage vorher ein anderer Soldat des-
selben Bataillons in Sondershausen versucht hatte, sich durch
Öffnen der Pulsadern das Leben zu nehmen, an-
geblüht aus Furcht vor Strafe wegen unerlaubten Entlassens. Was
hierzuhin aber der Anlaß gewesen ist, erfährt man nicht. Vielleicht
gibt hierüber auch der freiwillige Tod des unglücklichen Cramer,
der aus Mülhausen i. Thür. gebürtig ist, einigen Anhalt. Cramer
ist, wie sein Vater in dem Garnisonort erfahren hat, von
einem Unteroffizier schon seit Februar inzwi-
schen gequält worden; noch am Morgen, bevor er Hand an sich
legte, hat ihn der Unteroffizier mit Schimpfworten, wie Schwein-
igel, belegt und ihm gedroht, er werde ihn noch auf Ferkel
bringen. Dabei ist dem Vater des Cramer von dessen Haupt-
mann und Feldwebel versichert worden, daß sein Sohn ein guter
Soldat gewesen sei. Hoffentlich wird die Angelegenheit von
der Militärbehörde genau untersucht. Das erscheint um so
notwendiger, als die Zahl der Desertionen in dieser kleinen Gar-
nison ohnehin sehr beträchtlich ist und auch Selbstmordversuche und
vollendete Selbstmorde, wie das heute berichtete Beispiel zeigt, er-
schreckende Häufigkeit zeigen.

Der Streit um Ulster.

London, 29. April. Am Schluß seiner gestrigen Rede machte
Churchill folgenden Vermittlungsvorschlag, indem er sagte:
Carson würde im Falle eines Konflikts große Gefahr laufen,
weshalb will er nicht einige Gefahr um des Friedens willen laufen?
Heute liegt ein ehrenvoller Frieden nicht außerhalb
des Bereichs der Möglichkeit, morgen aber nicht es damit
schon für immer vorbei sein. Deshalb kann nicht Carson
trotzdem sagen: Gewähren Sie mir meinen Abänderungsantrag zur
Homersulchill, um die Würde und die Interessen Ulsters zu wahren,
das ist den Ausschluß Ulsters, und zur Vergeltung will ich
all meinen Einfluß und guten Willen anwenden, um Irland zu
einer vollkommenen Einheit in einem föderativen System
zu machen? Wenn Carson dies sagte, so würde es einen großen
Einfluß auf die Umgestaltung der politischen Lage
haben, und jedermann würde verpflichtet sein, seine Stellung zu
diesen wichtigen Dingen noch einmal zu überlegen. Wenn eine
solche Sprache geführt würde, so würde der Weg des Hasses, den
man so lange vor Augen gehabt hätte, einer helleren und schärferen
Aussicht Platz machen und würde anstatt Schande allen Beteiligten
Ehre bringen.

Darauf entspann sich nun heute im Unterhaus folgendes
Frage- und Antwortspiel:

Lord Robert Cecil (Unionist) fragte, ob der Marineminister
Churchill seinen gestrigen Vorschlag mit Ermächtigung
der Regierung gemacht habe. Premierminister Asquith
erwiderte, Churchill habe seinen Vorschlag auf eigene Verant-
wortung gemacht. (Beifall bei den Unionisten.) Johnson
Hicks (Unionist) fragte den Premierminister, ob es sich empfehle,
daß ein Minister in Angelegenheiten von so vitaler Bedeutung einen
Vorschlag auf eigene Verantwortung mache. Asquith ant-
wortete, die Umstände seien höchst außergewöhnlich, und
jeder, der zu einer friedlichen Lösung beitragen könne, sei berech-
tigt, sein Bestes zu tun. Als Cecil darauf fragte, ob der Vor-
schlag, wenn auch das Kabinett nicht dazu ermächtigt habe,
wenigstens die Billigung des Kabinetts besitze, erwiderte
Asquith: Meines Wissens wollte Churchill Carson auffordern,
in dem von ihm angebotenen Sinne ein Anerbieten zu machen; so-
weit dies in Betracht kommt, hat Churchill meine herzlichste
Sympathie.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde die Debatte über
das Adelsvotum fortgesetzt. Walsour stellte Churchill als
agent provocateur hin und hob die schrecklichen Möglich-
keiten eines Bürgerkrieges hervor. Er erklärte, der einzig
gangbare Weg, Ulster mit dem übrigen Irland in Zukunft
zu verbinden, bestände darin, Ulster gegenwärtig aus-
zuschließen. In bemerkenswerter Rede versicherte er
Asquith, daß er den Ausschluß Ulsters nicht als einen Triumph
seiner Partei betrachten würde.

Carson erklärte, er sei wie nur einer bestrebt, eine Lösung
der Schwierigkeiten der Ulsterfrage zu finden. Es läge im Inter-
esse Irlands, eine Einheit mit dem übrigen Irland in einem
föderativen System zu bilden, alles hinge jedoch von gutem
Willen ab und konnte niemals gewaltsam ins Werk gesetzt werden.
Sein einziger Wunsch sei, loyal seine Versprechungen denen gegen-
über zu erfüllen, welche ihm vertrauten, und Bedingungen zu er-
langen, die ihnen die Wahrung ihrer Würde und ihrer bürgerlichen
und religiösen Freiheit sichern würden.

Nach ihm erklärte Bonar Law: Es ist Asquiths Pflicht, an-
zuerkennen, daß das Unglück, dem wir gegenüberstehen, so furchtbar
ist, daß ein Weg zum Frieden gefunden werden muß, koste es, was
es wolle. Ich kann nur das sagen, daß wir unsere Pflicht, wenn
Asquith nach Frieden sucht, alles tun werden, was in unserer
Macht steht, um eine friedliche Lösung zu ermöglichen. (Beifall.)

Darauf wurde das Adelsvotum mit 344 gegen 24
Stimmen abgelehnt.

Liberaler Furcht vor der eigenen Courage.

London, 29. April. (Privattelegramm des
„Vorwärts“.) Der friedliche Ausklang der Rede Churchills
hat die Gemüter auf beiden Seiten wieder besänftigt.
Man spricht jetzt nur noch von einer Einigung zwischen
den Konservativen und Liberalen. In der liberalen
Presse ist man nach dem scharfen Vorgehen
der Regierung gegen die Ulsterleute per-

fitimmt, doch die Arbeiterpresse fordert die Regierung auf,
ihre tapferen Worte in Taten umzusetzen. Die „Daily
Citizen“ schreibt: „Der Premierminister redet tapfer da-
von, daß dem Geistes Achtung verschafft werden müsse, aber in-
zwischen herrscht Anarchie in Ulster. Einmal mehr tut Not
als eine herbe und statische parlamentarische Sprache, von
der man stets annehmen kann, daß sie den Beifall der er-
gebenen Befolgung erweist. Was nun nottut, sind nicht
Worte, sondern schnelles und entschiedenes
Handeln.“

Anzwischen wartet man in Belfast auf die Ausführung
der Drohungen Asquiths. Wahrscheinlich hat sich heraus-
gestellt, daß die Regierung nichts Wirksames gegen die
Ulsterrebellien unternehmen kann, denn wenn man der kon-
servativen Presse glauben will, stecken nicht allein die Offi-
ziere der Armee, sondern auch die Polizei Ulsters mit
den Rebellen unter einer Decke. So soll zum Beispiel die
Polizei in den letzten Tagen die Verteilung der
einerschmuggelten Waffen begünstigt haben.
Die letzte Zuflucht der Regierung scheint die Flotte zu sein,
die jetzt in großer Stärke vor Belfast liegt. Die Lösung der
Krise wird wohl darin bestehen, daß die Regierung wieder
einmal nachgibt.

Oesterreich.

Die Aktion gegen die Regierung Stürggh.

Die deutsche sozialdemokratische Partei Oesterreichs hat,
wie wir meldeten, kürzlich den Präsidenten des österreichischen
Abgeordnetenhauses erucht, eine Konferenz der Ob-
männer aller Parteien einzuberufen, um dem absolutisti-
schen Regime Stürggh entgegenzutreten. Alle Par-
teien haben diesem Vorschlag zugestimmt,
und der Präsident hat die Konferenz bereits auf den 4. Mai
einberufen. Die Sache der verschiedenen Stürggh-Offiziere
gegen die Konferenz war also vergeblich.

Die Thronrede.

Subasch, 29. April. In Vertretung des Kaisers verlas der
Thronfolger Franz Ferdinand die Thronrede. Es wird darin
die weitere wesentliche Entspannung der internatio-
nalen Lage konstatiert und eine erhebliche Verstärkung
der Flotte angekündigt.

Aus Industrie und Handel.

Ein russisches Getreidemonopol.

Nach dem „Lokal-Anzeiger“ soll in russischen Regierungskreisen
die Einführung eines Getreidemonopols erwogen werden
und bereits im Projekt ausgearbeitet worden sein. Der Getreide-
handel soll verstaatlicht werden, auch die Ausfuhr in Händen der
Regierung bleiben. Ein Netz von kleinen und großen kommunalen
und Regierungsspeichern soll die ganze Ernte in sich aufnehmen.
Als Organisation ist die Errichtung einer Getreidebank und einer
Gesellschaft für den Ausfuhrhandel mit Getreide ins Auge gefaßt.

So viel aus diesen dürftigen Nachrichten hervorgeht, soll das
Monopol dazu dienen, die Getreidepreise hoch zu treiben. Ob die
Belastung des in die Speicher geschafften Getreides durch die Ge-
treidebank nun zugunsten der Produzenten (Bauern) oder der Händler
vorgenommen werden soll, ist indessen nicht recht ersichtlich.

Fiskalische Grundrente.

Eine Steigerung der Grundrente, das ist die greifbar deutliche
Wirkung der Junkerpolitik. Angeblich soll der Landwirtschaft ge-
holten werden, in Wirklichkeit wirt man den Grundrentenschulden
mit der künstlichen Verteuerung der Lebensmittel Militärdenkmünze
in den Schoß. Wie die Grundrente steigt, davon gibt die Ver-
pachtung preussischer Domänen einen Begriff. Bei 32 von 64 Do-
mänen ist jetzt der auf einen Hektar entfallende Pachtvertrag um
20 bis 300 Proz. höher als vorher. Im Jahre 1913 wurden
30 Domänen pachtfrei. Bisher ergab die Pacht auf den Hektar
44 M., nunmehr haben die Pächter 60,3 M. zu zahlen. 35 Domänen,
die im laufenden Jahre pachtfrei werden, sind bereits neu vergeben
worden. Dabei erhöhte sich der Pachtzins auf einen Hektar von
35,5 M. auf 52,5 M. In den einzelnen Provinzen ergaben sich 1913
die folgenden Steigerungen der Pachten auf einen Hektar:

in Ostpreußen	von 12,0 M. auf	26,1 M.
Brandenburg	16, —	36,1
Pommern	23,6	50,5
Schlesien	49,9	75,4
Sachsen	108,9	112,4
Schleswig-Holstein	60, —	71,1
Hannover	68,7	90,6
Hessen-Rassau	88,6	110,5

Ähnliche Steigerungen wurden bei den letzten Neuverpachtungen
erzielt: in Ostpreußen von 20,5 M. auf 34,9 M., in Westpreußen
von 18,2 M. auf 32,4 M., in Pommern von 15,1 M. auf 35,6 M.,
in Schlesien von 28,8 M. auf 48,7 M., in Sachsen von 71,5 M. auf
88 M., in Hannover von 64,7 M. auf 79,2 M., in Hessen-Rassau
von 55,2 M. auf 66,2 M. Der letzte Zuwachs in Pommern macht
235 Proz. aus. In entsprechender Weise sind auch die Bodenpreise
gestiegen, woraus man ersehen kann, welche Gewinne die Groß-
grundbesitzer bei Verkäufen und Verpachtungen erzielen.

Letzte Nachrichten.

Eine neue chinesische Verfassung.

Peking, 20. April. Die Verfassung, die kürzlich mit der
Umarbeitung der provisorischen Verfassung beauftragt worden war,
hat endlich die abgeänderte Verfassung angenommen.
Man erwartet, daß sie unverzüglich veröffentlicht werden wird.
Sie sieht eine einfache gesetzgebende Kammer vor und
ersetzt den Premierminister durch einen Staats-
sekretär. Man glaubt, daß Sunpaotais Demission
als Premierminister gleichzeitig mit der Bekanntmachung der Ver-
fassung angenommen und Sunpaotais zum Staatssekretär
ernannt werden wird.

Die Streikunruhen in Colorado.

New York, 20. April. Heute nacht scheinen familiäre
Konflikte im Staate Colorado in Aufruhr gewesen
zu sein. Auch aus den bisher ruhigen Gebieten werden Zusam-
menstöße mit der Polizei gemeldet, wobei fast überall
Tote zu verzeichnen waren.

Washington, 20. April. Nach einem Telegramm aus Fortes
in Colorado hat dort heute früh zwischen Ausschüßigen und Ar-
beitenden ein Kampf stattgefunden, in dem wenig-
stens sieben Personen getötet wurden. Die Bergwerks-
gebäude wurden in Asche gelegt. Präsident Wilson hat die
Präsidenten der Arbeiterverbände der Antiduch, und der Mascha-
grube aufgefordert, sofort zu einer Beratung über den
Ausstand in den Gruben von Colorado nach Washington zu
kommen.



W. Wertheim

G.
m.
b.
H.

Passage-Kaufhaus
Friedrichstrasse 110-112

Fortsetzung des Konkursmassen-Ausverkaufs

zu bedeutend herabgesetzten Preisen

in den Lebensmittel-Abteilungen:

Kolonialwaren, Konserven, Tee,
Liköre u. Weine (Originalmarken),

in den Abteilungen:

Glas, Porzellan und Steingut, Emaillewaren, Wirt-
schaftsartikel, Beleuchtungsartikel, Musikinstrumente,
Spielwaren, Bettstellen und Betten, Küchen usw. usw.

50%

auf das für die Erfrischungsräume unsrer Häuser noch
vorrätige ungebrauchte Geschirr.

Ermäßigung

50%

Für das photographische Atelier
werden Aufträge nicht mehr angenommen!

Der Konkursverwalter

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, den 30. April 1914.

Passage-Theater. Kino-Varieté.
Anfang 6 1/2 Uhr.

Eines Rollendorf-Theater. Was
mir die Bildnis gab.
Anfang 7 Uhr.

Kgl. Schauspielhaus. Peer Gant.
Deutsches Opernhaus. Reiter-
jünger von Nürnberg.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Opernhaus. Violetta.
Deutsches. Hamlet.
Anfang 7 3/4 Uhr.

Metropol. Die Reise um die Welt
in 40 Tagen.
Anfang 8 Uhr.

Urania. Mit dem „Imperator“ nach
New York.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Rammerpiele. Wetterleuchten.
Leitung. Bogmalion.
Deutsches Künstler-Theater.
Schneider Bibbel.

Berliner. Wie einst im Mai.
Königgrätzer Straße. Hr. Dr.
Theater des Westens. Polenblut.
Theater am Rollendorfplatz.

Thalia. Wenn der Frühling kommt.
Kleinod. Rarität großes Herz.
Trianon. Die Notbrücke.
Komödienhaus. Kammermusik.
Kunstspielhaus. Die spanische Fliege.
Schiller O. Rosenmontag.
Schiller Charlottenburg. Das
Glück im Winkel.

Montis Operetten. Jung-England.
Reizend. Der Regimentspapa.
Kolo. Die Dollarprinzessin.
Reichshallen. Steffiner Sänger.
Herrnfeld. Die von oben und
unten.

Voigt. Mutterliebe.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. Der Stolz der 3. Kom-
panie.

Palast-Theater. Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Friedrich-Wilhelmstädtisches.
Die Förster-Christl.
Komische Oper. Der müde Theodor.
Walhalla. Langosleber.
Luzien. Los von Mutter.
Voltes Caprice. Lotuwabohn. Das
Kamnidel. Das Erdbeben.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Volk-Theater. Die
Vandenberche.
Anfang 9 Uhr.

Admiralspalast. Am Tangolub.
Anfang 9 1/2 Uhr.

Berano. Redakt.: Alfred Dieckhoff, Reutem. Inzeratenteil beronto.

Berliner Gildesaal. Gildesaal.
Amor auf Urlaub.
Eines Rollendorf-Theater. Was
mir die Bildnis gab.
Sternwarte, Invalidenstr. 57-59

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Rosenmontag.
Freitag, abends 8 Uhr:
Das große Licht.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die beiden Leonoren.

Schiller-Theater Char-
lotten-
burg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Das Glück im Winkel.
Freitag, abends 8 Uhr:
Wann wir altern. Hierauf:
Liebe, Nachher: Lotichens Geburtstag.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Herodes und Mariamne.

Theater in der Königgrätzer Straße
Täglich 8 Uhr:
Mr. Wu.

Komödienhaus.
8 Uhr:
„Kammermusik“.

Berliner Theater.
8 Uhr:
Wie einst im Mai.

Deutsches Künstlertheater
Sozietät.
Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.
Kasse: Nollendorf 1383.
Donnerstag, 8 Uhr:
Schneider Bibbel.

Schneider Bibbel.
Freitag, 8 Uhr:
Schneider Bibbel.

Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.
Anfang 8 1/2 Uhr:
Die Förster-Christl.

Theater an der Weidendammerbrücke.
Täglich 8 1/2 Uhr: Der
müde Theodor

mit Henry Bender als Gast.
Stürmischer Erfolg laut ein-
stimmigem Bericht der Presse.

Polenblut.
Sonntag 8 1/2 Uhr: Der liebe Augustin.

Theater am Nollendorfplatz 5.
8 Uhr:
Der Juxbaron.

Residenz-Theater.
8 Uhr:
Der Regimentspapa.

Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Die Notbrücke.
Sonntag 8 1/2 Uhr: Die Notbrücke.

URANIA
Taubenstraße 48/49.
8 Uhr:
Mit dem „Imperator“
nach New York.

Reichshallen-Theater.
Steffiner Sänger.
Herr Direktor Kuhlcke
Bürste von
Wesfel.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag
7 1/2 Uhr.

Zirkus Busch
Gastspiel des Deutschen Theaters
Direktion: Max Reinhardt.
Das Mirakel
Heute Premiere. Anfang 7 1/2 Uhr.
Vorverkauf an der Tageskasse des Deutschen Theaters u. an allen
Theaterkassen von A. Wertheim. — Preise der Plätze von 1—10 M.

Freitag, den 1. Mai, sowie Sonntag, den 3. Mai

zur Baumblüte nach Werder
mit Musik.

Abf. Berlin, Reichstagsufer a. d. Warschauerbrücke, nahe Reichstags-
gebäude Freitag 9 Uhr, Sonntag 8 1/2, und 9 Uhr.
Abf. Charlottenburg, Tegeler Weg, nahe Bahnhof Jungfernheide, Frei-
tag 8 1/2, Sonntag 9 und 9 1/2, Uhr.
Fahrpreis hin und zurück nur 1 Mark. Kinder die Hälfte.
Reederei Kieck, Haldenstraße 48.

Brauerei Friedrichshain.
Sonntag, den 2. Mai 1914, abends 8 Uhr:
1. großes Sinfonisches Konzert.
Ausführende:
Das Blüthner-Orchester (60 Künstler).
Dirigent: Paul Eigers.
Solistin: Kammermädlerin
Elisabeth Boehm van Enderl.
Abendkasse 1 M. Einlaßkarten im Vorverk. 50 Pf. bei
den Vorwärtspostleuten Zucht, Immanuelkirchstraße,
und Harnisch, Ackerstraße 171.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Anfang 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Freitag: Die Dollarprinzessin.
Sonntag: Zum ersten Male:
Die Tochter des Heimkehrten.

WINTER GARTEN
Letztes Auftreten
der
April-Attraktionen!
Morgen:
Premiere
14 Debüts 14.
Entreplatz wochentags
M. 0.60.
— Rauchen gestattet! —

Apollo-Theater.
8 Uhr. Tel.: Lützow 2757. 8 Uhr
Heute letzten Tag!
Der Stolz d. 3. Kompagnie
mit
Hartstein.
Morgen: Premiere Otto Reutter.
Rauchen gestattet!

Passage-Panoptikum.
Der englische
Riese
Teddy Bobs.
Der größte Mensch, der je
gelebt! 190 mm größer als
Machnow! 19 Jahre alt.
20 Säle mit Sehenswürdigkeiten
Alles ohne Extra-Entree!
Entr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.

Metropol-Theater.
Abends 7 1/2 Uhr 55 predige:
Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.

Folies Caprice.
8 1/4 (Tobuwabohn
Das Karnickel
Das Erdbeben.

Casino-Theater
Lothringers Straße 37. Täglich 8 Uhr.
Bieder ein großer Theater-Erfolg!
Der neue Lustspiel-Schlager
Wo die Liebe hinfällt.
Bisher das neue April-Programm.
Tauberts! Selma Wallis! Willi & Willi!
Sonnt. 4 H.: Truchzens Sommerreise.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7/9.
Donnerstag, den 30. April 1914:
Gastspiel des Voigt-Theaters.
Krieg den Frauen.

Voigt-Theater
Babitrade 38.
Donnerstag, den 30. April 1914:
Als Erfolg für die Feiertags-Abendent
Mutterliebe
oder: Der Sturz i. d. Höllegraben
Raffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2, Uhr.

Admiralspalast.
Eis-Arena.
Die
Novität „Im Tangoklub“
und zum 240. Male das effek-
volle Eisballett „Die lustige
Puppe“. Bis 6 Uhr u. ab 10 1/2, Uhr
halbe Kassenspreise.
Wein- und Bier-Abteilung.
Für den Monat der Ju-erast
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag, u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Dierzu 3 Beilagen u. Unterhaltung

eine Vereinigung der Gewerkschaften beider Richtungen auf parteipolitisch neutraler Basis anzuraten. Die „Weitherzigen“ willigten ein. Die „engen“ Gewerkschaftsführer bekämpften jedoch diese Basis, da sie fürchten, daß in eine parteipolitisch neutrale Organisation leicht die verderblichen Tendenzen des revolutionären Syndikalismus übertragen werden könnten; eine solche Organisation würde auch in eine Arena für die gegenseitige Bekämpfung der „engherzigen“ und der „weitherzigen“ Partei verwandelt, um von neuem zur gewerkschaftlichen Spaltung zu führen, wie es 1904 der Fall war.

Die „weitherzigen“ Gewerkschaftler hätten nichts dagegen, die Verbindung ihrer Organisation mit der „weitherzigen“ Partei vollständig aufzugeben. Sie erklärten jedoch, daß sie eine Vereinigung auf neutralem Boden anstreben mit Rücksicht auf die Verbände der Eisenbahner, der Post- und Telegraphenbeamten, sowie der Köhler, die sich nun außerhalb der beiden Landeszentralen halten und einer geeinigten neutralen Organisation beitreten würden. Allein die „engen“ Gewerkschaftsführer machten darauf aufmerksam, daß die zwei ersten Verbände von einem Klassenkampf nichts wissen wollen und die Mehrheit ihrer Mitglieder ihre feindselige Stellung gegenüber dem Sozialismus offen bekunden; sie würden sich daher nicht einer gewerkschaftlichen Landeszentrale anschließen, die auf der Grundlage des Klassenkampfes aufgebaut ist. In- zulezt stellen die „Engherzigen“ den Antrag, daß ein gemeinsamer Gewerkschafts-Kongress mit proportioneller Vertretung der beiden Gewerkschaftsbünde einberufen werden sollte, der über die Frage der Neutralität resp. der Beziehungen des künftigen geeinigten Gewerkschaftsbundes zu der sozialdemokratischen Arbeiterpartei definitiv entscheiden soll.

Die „Weitherzigen“, die diesen Vorschlag auf der Konferenz vorwarfen, nahmen ihn zuletzt, zwei Tage nach der Abreise des Genossen Legien, prinzipiell an. Gegenwärtig wird in den Organen beider Richtungen eine lebhafteste Polemik darüber geführt, ob an den Verhandlungen des gemeinsamen Gewerkschaftskongresses auch andere Berufsorganisationen, die den beiden Landeszentralen nicht angehören, regelrecht zugelassen werden können.

Für die drei Tage, an welchen sich Genosse Legien die Mühe gab, die Einigung der beiden Gewerkschaftszentralen herbeizuführen, konnte kein endgültiges Ergebnis erzielt werden. Eine unmittelbare Folge zeitigten aber die Verhandlungen, die er leitete: eine auf fallende Verödung und Annäherung der Arbeiter der einen und der anderen Seite. Die Frage der Einigung steht nun im Vordergrund und bildet ein lebhaftes Diskussions-thema bei Konferenzen, Versammlungen und im Gespräch der Arbeiter beider Richtungen. Allgemein wird die Auffassung geteilt, daß es auf einer oder anderen Weise zur Einigung kommt und es dazu kommen muß.

Am 6. Mai (n. St.) tagt der Kongress des „weitherzigen“ Gewerkschaftsbundes und man erwartet, daß sein Beschluß über die Frage, die Volkziehung der gewerkschaftlichen Einigung beschleunigen wird. Der größte Teil der Mitgliedschaft der „weitherzigen“ Gewerkschaften bildet ihre linke Richtung, die sich merklich den „engherzigen“ Gewerkschaften annähert. Es sind die richtigen Elemente, die die Führung in der Hand haben und es wird gehofft, daß sie auf dem Kongress gegen die Neutralität stimmen werden.

Wenn dies eintritt, so steht der gewerkschaftlichen Einigung in Bulgarien nichts mehr im Wege. So wird dem Bruderzwist unter der organisierten Arbeiterschaft Bulgariens, der eine zehnjährige traurige Geschichte hinter sich hat, ein Ende gesetzt, um einer macht vollen Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung Raum zu geben.

Diese freundliche Nachricht hoffen wir der Internationale demnächst bringen zu können. Sie wird auch dem Genossen Legien eine moralische Befriedigung gewähren für alle seine Mühe, der er sich hingab, um die streitenden bulgarischen Brüder auszulöhnen.

Fort mit Sozialpolitik, her mit Unfällen!

Ein starkes Stück antisozialer Scharfmacherei leisteten sich die rheinisch-westfälischen Kohlenärzten anläßlich der letzten Hauptversammlung des Vereins für die bergbaulichen Interessen in Dortmund. Geheimrat Rirdorf kommandierte halt in der Sozialpolitik. Nicht nur aus finanziellen Gründen. Das Zusammen über schwere Belastung macht sich auch zu schlecht angelegte der Rieseengewinne, die das Kohlenkapital einheimst. Darum brachte der gerissene Herr Rirdorf, der sich auf die Spitze der Reinen und großen Spießer versteht, eine harte politische Note in die Frage hinein. Der Geldbeutel ist ihm auf einmal Neben sache geworden. Derselbe wie die Kohlenfürsten sind, würden sie freudig noch viel mehr Lasten — aus der Tasche der Arbeiter — tragen, aber sie setzen in der Sozialpolitik eine Ge fährdung der deutschen Weltmachtsstellung, einen Faktor, der des Reiches politisches Ansehen herabmindert. Nach einem Bericht der „Vossischen Zeitung“ bemerkte der Redner (man war beim Abschluß der Hauptversammlung, mit dem Verlesen gestörter Schüssen und blinder Polare beschäftigt), die sozialpolitische Belastung habe eine große Bedeutung für unsere ganze zukünftige Entwicklung. „Ich sehe die Schattenseiten darin, daß wir in das Gebiet des Zwanges hineinkommen. . . . Während andere Völker ein gewaltiges politisches Ansehen in die Welt auf werfen können, ist unser Prestige seit Bismarcks Zeiten ständig zurückgegangen“.

Das ist Unfug, doch liegt darin Methode. Deutsch lands industrieller Aufstieg fällt zusammen mit der sozialen Gesetzgebung. Selbst bürgerliche Politiker und Volkswirtschaftler haben längst erkannt, daß die soziale Fürsorge, die die moderne Arbeiterbewegung der Gesellschaft abgerungen hat, geradezu die Voraussetzung zu dem ungeahnten wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands ist. Trotzdem: wir sind in einen bedenklichen Zustand des Zwanges hineingekommen. Die Regierung, die öffentliche Gewalt, die Justiz, alle diese Mächte sind offenkundig denn je nur noch Geschäftsträger und Handlungsbevollmächtigte der Agrar- und Industrie feudalen. Diese drücken den Ministern den Daumen auf Auge, sie befehlen die Regierungsdirektoren, sie diktiert den inneren und äußeren politischen Kurs, diktiert ihnen nach ihren Vorworteinteressen.

Auch bei dieser Gelegenheit bekam ein Minister, Herr v. Sydow, einen Ratenstüber. Nicht beim förmlichen Wahl, nicht in Form einer Deklaration, sondern während des offiziellen Teils der Haupt versammlung. Herr Bergasseffor v. Löwenstein ersattete den Geschäftsbericht. Dabei bemerkte er: Der Handelsminister habe kürzlich in Kassel die Ansicht vertreten, im Bergbau sei die Zahl der schweren Unfälle nicht nur abgelaufen, sondern auch relativ ge riegen. Besonders in Zeiten steigender Konjunktur sei die Zunahme der Unfälle sehr groß. — Das will Herr v. Löwenstein nicht gelten lassen. Man wird ja sehen, ob sich der Handelsminister nach der gegebenen Anweisung anders orientiert. Der Geschäftsführer des Vereins der bergbaulichen Interessen und nicht zu unter schätzenden Einflusses belehrte Herrn Sydow, daß die Zahl der Entschädigungen für dauernde völlige und dauernd teil weise Erwerbsunfähigkeit ständig abgenommen habe. Das gleiche gelte von den entschädigungspflichtigen Unfällen auf 1000 versicherte Personen und 1000 Tonnen Kohlenförderung berechnet, gerade während der Zeit der Hochkonjunktur. Eine höhere Zerschlagung als in dieser Behauptung liegt dürfte schwer zu erreichen sein. In Wirklichkeit stimmt das, was der Handelsminister behauptet, daß nämlich die Zahl der Unfälle und auch der schweren Unfälle relativ und absolut gestiegen ist. Im Jahre 1912 war die Zahl der entschädigten Unfälle auf 1000 Kohlarbeiter größer als im Jahre

vorher, trotz der skandalösen Rentenquetscheri. Die Verhältnis ziffer hat sogar bereits wieder den Stand von 1906 erreicht. In einem Punkt allerdings hat der Herr v. Löwenstein recht: die Zahl der Dau errenten ist gestiegen. Aber nicht weil sich weniger schwere Unfälle ereigneten, sondern einfach immer mehr nur vorübergehende Entschädigung zuerkannt werden, in der Absicht, sie nach einiger Zeit nach der Theorie von der Angewöhnung weiter zu kürzen oder gänzlich zu entziehen. Die verminderte Zahl von Dau errenten ist auch ein Erfolg der Rentenquetscheri. Es werden über haupt weniger Renten zugesprochen, und von der verminderten Zahl der Entschädigungen gewährt man einen stets größeren Teil nur noch vorübergehend. Viele, milde gesagt, systematische Benach teiligung der Verletzten spielt man dann schließlich noch aus als einen Beweis für die behauptete Verbesserung des Arbeiterschutzes, die ein halt in der Sozialpolitik rechtfertigen soll. Die Wahrheit der Löwensteinischen Behauptung, die Wirkung des Rentenquetschens, kommt in der folgenden Zusammenstellung deutlich zum Ausdruck. Nach den Rechnungsergebnissen der Knappschafstberufsgenossenschaft wurden ermittelt:

	1906	1911	1912
Vollarbeiter			
Unfälle überhaupt	689 248	889 274	868 462
auf 1000 Vollarbeiter	87 892	114 669	121 517
entschäd. Unfälle überhaupt	127 52	198 79	140 25
auf 1000 Vollarbeiter	10 821	12 300	13 394
auf 1000 Verletzte	15 70	14 55	15 46
1000 Entschädigte	123 1	106 4	110
Grad der anerkannten Erwerbsunfähigkeit			
völlige dauernde überhaupt	62	59	55
auf 1000 Verletzte	0 70	0 50	0 40
1000 Entschädigte	5 7	5 1	4 1
teilw. dauernde überhaupt	4 012	2 955	3 008
auf 1000 Verletzte	48	25	24 8
1000 Entschädigte	371	294	225
vorübergehende überhaupt	5 583	7 590	8 297
auf 1000 Verletzte	63	60	68
1000 Entschädigte	511	622	610
Unfälle überhaupt	1 214	1 097	2 084
mit tödlichem Ausgang	13 8	14 8	16 7
1000 Entschädigte	112	189	152

Die vorstehenden Ergebnisse entfallen das Skandal der Unfallrechtprechung. Die Zunahme der Unfälle überhaupt in Verbindung mit der Steigerung der Todesfälle entziehen jedem Zweifel die eine Tatsache, daß die Zahl der schweren Unfälle be trächtlich zugenommen hat. Im letzten Jahre war die Steigerung so erheblich, daß trotz der Rentenquetscheri die Verhältniszahl der entschädigten Unfälle größer wurde. Das zeigt sich auch, wenn man die Zahl der entschädigten Unfälle in Beziehung setzt zu der Zahl aller gemeldeten Unfälle. Erhöhung der Unfallziffer von 1904 auf 110. In dem Vergleich mit 1906 zeigt sich allerdings ein erheblicher Rückgang. Das ist die Folge der systematischen Rentenquetscheri. Mehr Unfälle, weniger Entschädigungen!

Diese Tatsache kommt bei den weiteren Vergleichen noch drastischer zum Ausdruck. Sie zeigen, daß von den entschädigten Unfällen ein erheblich geringerer Teil dauernd, ein größerer Teil nur vorübergehend entschädigt wird. Leichtere Unfälle werden mehr und mehr vom Rentengenuss gänzlich ausgeschlossen, und ein größerer Teil der entschädigten Unfälle bekommt geringere Entschädigung. Hierzu, ein raffiniertes System, eine merkwürdige Art, den Arbeiterschutz zu verbessern. Die Zahl der auf 1000 Entschädigte entfallenden Dauerrenten ist von 37,7 im Jahre 1906 auf 22,1 im Jahre 1912 zurückgegangen. Rechtswidrigerweise ist aber die Zahl der allerschwersten Unfälle, die nämlich, bei denen der Ver letzte an den Unfallschicksal starb, erheblich gestiegen, von 112 auf 152. Wer ist wohl mit solcher Ravidität ausgekostet, wirklich glauben zu können, daß so ganz und gar zufällig die schweren Unfälle, die nicht den Tod herbeiführen, in bedeutend größerem Umfange nur harmloser Natur gewesen seien?

Die unzulänglichen Ergebnisse der Berufsgenossenschaften sind Kronzeugen dafür, daß die Zahl der Unfälle im Bergbau in un heimlicher Weise gestiegen ist, trotzdem aber weniger Entschädigungen gezahlt werden. Weil das herrschende System die Verletzten um Renten betrügt, verlangt man auch ein halt, das heißt eine weitere Verschlechterung des Arbeiterschutzes!
Wahrlich, ein starkes Stück!

Parlamentarisches.

Deutschlands Auslandspolitik.

Die Budgetkommission des Reichstags fehte am Mittwoch die Generaldebatte über den Etat des Aus wärtigen Amtes fort. Genosse Ledebour präferierte noch einmal, unter Polemiken gegen Wasser mann und Golthein, den Standpunkt der Sozialdemokratie in der Balkanfrage; im Gegenjah zum Abg. Dertel (l.) behauptete er mit Nachdruck, daß die Deutsche Regierung keinerlei Verpflichtung habe, über den Fürsten von Albanien die schützende Hand zu halten, möge ihm passieren was wolle. Abg. Hedscher (Sp.) erklärte, in Eng land ein unersetzbares Schattendes des Reiches gegen Deutschland beobachtet zu haben, und begründete diese Entwicklung, da die Freundschaft mit England einer unserer wichtigsten Friedensfaktoren sei. Dagegen dürfe sich das Freundschafts verhältnis nicht zu einer Aktion verdichten, wie sie Abg. v. Rich tzen in der portugiesischen Frage verlangt habe. Genosse Lieb schow begründete unter Kennzeichnung der in Deutschland be liebten Ausweisungsexpans einen von ihm gestellten An trag auf Vorlegung einer Statistik über die Ausweisungen von Ausländern seit 1900 und suchte die Regierung zu veranlassen, sich zu den russischen Gefängnisgrauen zu äußern, die das öffentliche Gewissen in hohem Maße empören. Er trug einen unerhörlchen Fall (Holzmann) vor, in dem das Auswärtige Amt einem geisteskranken Häftling deutscher Staatsangehörigkeit, für dessen Beurlaubung sich alle russischen Instanzen verweigerten, die Hilfe deshalb verweigert hat, weil er sich in Deutschland politisch mißlieblich gemacht habe. Der Abg. v. Richthofen (natl.) warf sich zum Regierungskommissar auf und fand den Mut, das Verhalten der Regierung, für die Staatssekretär v. Jagow nur ein paar nichtssagende Worte hatte, mit großem Wortschwall zu rechtfertigen.

Vom Abg. Wasser mann (natl.) wurden die mexi lischen Kriegswirren in die Debatte gezogen, in deren Ver lauf der Staatssekretär einige vertrauliche Mitteilungen machte. Die Behauptung, daß die Revolution von New York der Petroleuminteressen angezettelt worden sei, — wie der Staatssekretär auf eine Anfrage Ledebours erklärte — von deutscher Seite nicht nachgeprüft worden. Für die Politik der offenen Tür in Mexiko, die von Ledebour gefordert wurde, soll nach Kräften eingetreten werden. Man unterhielt sich des weiteten über die Verhältnisse in Marocco und kam über die Frage der Verwendung schwarzer Truppen in französischen Diensten auf die Fremdenlegation. Die nach Egbergers Behauptung bis zu 80 Proz. aus Deutschen besteht. Die Regierung erklärte, daß sich die zahlreichen Freikolonien über französische Verber in Deutschland fast durchweg als hollös erwiesen haben. Genosse Ledebour behauptete, daß eine durchgreifende Besserung der mili tärischen Dienstverhältnisse die sicherste und erfolgreichste Maß nahme gegen die Fremdenlegion bilde und trat der Legende von der besonderen Leistungsfähigkeit schwarzer Truppen entgegen, durch die dem militärferrommen Bürgertum Angst eingejagt und künftigen Militärvorlagen vorgearbeitet werde. Vom Genossen Bernstein wurde diese Auffassung lebhaft unterstützt. Die Debatte rang sodann auf Ostasien über und beschäftigte sich mit der kapitalistischen Durchdringung Chinas, Japans und Koreas an der Hand einer Reihe von Einzelfragen. — Um die Fortsetzung der Beratungen zu beschleunigen, soll Donnerstag von 6 bis 2 Uhr gelagt werden.

Gewerbeordnungskommission des Reichstags.

In der Sitzung vom Mittwoch, der ersten Sitzung nach den Osterferien, fand die wichtige Frage zur Verhandlung, mit der sich die Kommission überhaupt zu beschäftigen hat. Da die Regierung in der Bescheinigung der Rechte der Wander gewerbebetreibenden dem Zentrum nicht weit ge nügung, stellte das Zentrum den Antrag, zu bestimmen:

Der Wandergewerbebetreibende wird für die Dauer des Kalender jahres erstellt. Die untern Verwaltungsbehörde kann die Aus übung des Wandergewerbes für ihren Bezirk untersagen, wenn kein Bedürfnis vorliegt. Dieses Verbot hat keine Gel tung für Inhaber von Wandergewerbebetrieben aus solchen Gemeinden, für welche der Bundesrat anerkannt, daß sie auf Grund der bisherigen wirtschaftlichen Entwick lung auf den Hausierhandel angewiesen sind. Der Bundesrat erläßt die näheren Anordnungen.

Dr. Mayer begründete den Antrag. Der Hausierbetrieb sei besonders in Süddeutschland geradezu zur Landplage geworden. Die Sozialdemokraten beantragten demgegenüber:

Vor der Verfassung ist der Vorstand der Interessen vereinigung der Wandergewerbebetreibenden gutachtlich zu hören. Die Erlaubnis darf wegen religiöser, politischer oder sozialer politischer Betätigung nicht verweigert werden.

Genosse König weist zunächst die scharfen Angriffe des Vor redners auf den christlichen Hausierstand zurück. Er ent wickelt dann ein Bild von der sozialen Lage der Hausierer über haupt und schilderte die Folgen, die entstehen müßten, wenn der Zentrumsantrag Gesetz würde. Händler, Großhändler, Fabrikanten und Arbeiter würden dadurch schwer geschädigt. — R u m a n n (Fr. Sp.) bekämpft ebenfalls den Zentrumsantrag und greift die bayerische Regierung an wegen ihrer scharfen Stellungnahme gegen die Hausierer. Der bayerische Bundesratsbevoll mächtigte weist die Angriffe zurück, Bayern handle nach dem Gesetz. — Die Genossen Stolle und Brey traten auch ent schieden für die Wandergewerbebetreibenden ein und bekämpften den Zentrumsantrag, den der Abg. Sir (Z.) verteidigte. Dieser Redner ließ kein gutes Haar an dem ihm als Mittelhändler ver böhnten Hausierern. — Abg. Poppe (Z.) verteidigte zunächst seinen Fraktionsgenossen Dr. Mayer gegen die Angriffe Königs. Er trat dann aus praktischen Gründen für die Ab lehnung des Zentrumsantrages ein. Darauf stellte er Anträge, um die Ausländerfrage in Hausiergewerben zu be kämpfen. Da Abg. Dr. Mayer mittlerweile ein sah, daß sein An trag abgelehnt wird, so verlangte er in einer Resolution, die Re gierung solle durch Einbringung eines Gesetzesentwurfes die Be dürfnisfrage regeln. Daraus wurden die Verhandlungen um acht Tage vertagt.

Soziales.

Die geheime Feme in der Unfallversicherung.

Der christliche „Bergknabe“ schilderte kürzlich ein be sonders krasses Beispiel von der oft gezeigten Methode der Organe der Unfallversicherung, zum Nachteile der Ver letzten neben den offiziellen Begründungen noch besondere in den Akten zu vermerken. Im Juni 1905 erlitt der Bergmann D. bei einem Betriebsunfall eine Verstauchung der rechten Hand. Er bezog zunächst eine Rente von 20 Proz. Im Juli 1913 wurde ihm die Rente auf 10 Proz. herab gesetzt; als Grund wurde eine „wesentliche Besserung“ an gegeben. Die Drehbewegung des rechten Handgelenks sei nicht mehr behindert, die rechte Hand könne ganz gut zur Arbeit gebraucht werden. Aber neben diesen Gründen, die dem Verletzten angegeben wurden, konnte man in den Akten der Berufsgenossenschaft, wie sich bei der Verhandlung am Versicherungsamte des Landkreises Aachen herausstellte, noch folgendes lesen:

Unfallsfolgen nicht mehr vorhanden. Der jetzige Zustand der Hand ist verursacht durch törichte, absicht liche Enthaltung von der Arbeit.

Nach der Verhandlung vor dem Reichsversicherungsamt bot die Berufsgenossenschaft dem Verletzten auf Grund einer 15 prozentigen Rente eine einmalige Kapitalzahlung an, worauf der Verletzte aber nicht einging. Die Berufsgenossen schaft zog darauf ihre Rentenkürzungen zurück, und D. erhält seine 20 Proz. Rente weiter.

Aus dem Geschäftsbericht des Innungschiedsgerichts.

Ueber die Tätigkeit des Innungschiedsgerichts ent wahlen wir dem Geschäftsbericht für 1913; es sind 2662 Klagen eingelaufen; das sind 177 weniger als 1912. Mehr als ein Viertel der Klagen wurden vom Gewerbe- bezw. Kaufmannsgericht über wiesen und 56 Streitsachen aus dem Vorjahre übernommen. Die gleiche Zahl ist auch ins Jahr 1914 hinübergenommen. Von den verbleibenden 2662 Fällen sind 53 an andere Instanzen verwiesen worden; ehe es zur Verhandlung kam, wurden 68 Klagen zurück genommen; in ebenso vielen Fällen war überhaupt niemand er schienen. Dagegen konnte in 30 Fällen der Beklagte, in 19 Fällen der Kläger nicht ermittelt werden. Von den 2404 Streitsachen wur den erledigt: 456 durch Verurteilung nach der Verhandlung, 342 im Versäumniswege, 444 durch Vergleich, 138 durch teilweise Ver urteilung, 746 durch Klagenabweisung, 86 durch Abweisung im Ver säumniswege und 12 durch Zurücknahme nach erfolgter Verhand lung. Am meisten beteiligt waren die Tischler mit 613, die Schneider mit 567, die Gastwirte mit 357, die Bäcker mit 197 und die Maler mit 116 Klagen.

In 187 Fällen sind die Akten vom Amtsgericht eingefordert, d. h. in Berufung eingelegt worden. 548 Anträge auf Zwangs voll streckung wegen der durch Schiedspruch zuerkannten Summen wurden gestellt und in 1243 Fällen mußten die Kosten zwangs weise beigetrieben werden.

Der Fürsorgezögling als Wehrpflichtiger.

In einem früheren Erlaß hat der Minister des Innern bereits darauf hingewiesen, welche nachteiligen Folgen für das spätere wirtschaftliche Fortkommen von Fürsorgezöglingen entstehen können, wenn in den Rekrutierungs-Stammrollen die Militärpflichtigen als Fürsorgezöglinge und nicht nach ihrer jeweiligen Beschäftigung als Dienstmehre, landwirtschaftliche Arbeiter, Verletzte usw. bezeichnet werden, zumal es nicht ausgeschlossen sei, daß diese Bezeichnung aus der Stammrolle auch in den vom Truppenteil später auszu füllenden Militärrollen übernommen werde. Der Minister hatte damals die zuständigen Behörden ersuchen lassen, die Kennzeichnung der in Fürsorgeerziehung stehenden Militärpflichtigen als Für sorgezöglinge zu unterlassen. Dies Erlaß ist nicht überall befolgt worden; ein Zivilvorsteher hat die Kennzeichnung eines Dienstmehrs als Fürsorgezögling auf einem Meldebogen zum rekrutierungswichtigen Eintrag in das Heer damit gerächtigt, daß der Krieg sich nur auf die Militärpflichtigen und nicht auch auf die Wehrpflichtigen beziehe. Dieser Auffassung tritt der Minister in einer neuen Verfügung mit dem Bemerkten entgegen, daß sie dem Grundgedanken widerspreche, wirtschaftliche Schädigungen der Fürsorgezöglinge nach Möglichkeit zu vermeiden. Jene Kennzeich nung habe daher auch auf den Meldebögen für den freiwilligen Eintritt in das Heer oder die Marine zu unterbleiben.

Ein Fring mit Krankenlastenpraxis.

Fring Ludwig Ferdinand von Bayern, der nach Vollendung seiner ärztlichen Studien in München eine ausgebreitete Praxis ausübt, hat sich jetzt auch in die Rufe der Kassenärzte eintragen lassen, so daß ihn bei der freien Arztwahl Krankenlasten-

Ist Kinderschutzes Kulturarbeit?

Zwei Versammlungen, in denen dies Thema erörtert wurde, fanden am Dienstag im sechsten Wahlkreis statt.

In

Kuhmanns Saal

referierte Genossin Maria Demming. Sie verwies darauf, daß das Kinderschutzgesetz seit 10 Jahren besteht. In diesen zehn Jahren habe sich gezeigt, daß die Vorschriften des Gesetzes durchaus ungenügend sind. Noch herrscht im Deutschen Reich die Kulturschande, daß Hunderttausende von Kindern in der Erwerbsarbeit tätig sind. Ist doch durch die Fabrikinspektion im Jahre 1912 festgestellt, daß über 14 000 Kinder in Fabriken arbeiten und dabei ist zu bedenken, daß sich diese Zahlstellung noch nicht einmal auf alle Fabriken erstreckt. In den verschiedensten Industriezweigen werden die Kinder ausgenutzt. Selbst im unterirdischen Bergwerksbetrieb sind nach der erwähnten Feststellung 100 Knaben beschäftigt. Zu der Landwirtschaft arbeiten, wie die Berufsstatistik festgestellt hat, sogar mehr als 600 000 Kinder unter 14 Jahren. Diese Zahlen führen uns ein erschreckendes Bild des Elends vor Augen. Sie zeigen uns, daß Jahr für Jahr Hunderttausende von Kindern des Proletariats um den Prostituierten der Jugend und das sonnige Glück der Kindheit, welches den Sprößlingen der Besitzenden blüht, betrogen werden, um den Profit der Kapitalisten zu vermehren. Diese empörenden Mißstände müssen beseitigt werden. Wir verlangen den weitgehendsten Schutz der Kinder vor kapitalistischer Ausbeutung — Die Kinderschutzeskommission unterzieht sich der Aufgabe, Uebertretungen der bestehenden, allerdings sehr mangelhaften, Schutzvorschriften festzustellen und zu verhindern. Sie hat im Rahmen dieser Aufgabe manche Erfolge erzielt. Sie hat so manches Kind vor unfausthafter Ausbeutung geschützt und manchen Mißstand beseitigt. Soll die Kinderschutzeskommission ihre Aufgaben in weitestem Maße erfüllen, dann bedarf sie der regen Mitarbeit der Parteigenossinnen. Wer sich an dieser Mitarbeit beteiligt, wird das Bewußtsein haben, dazu beizutragen, daß in manchen Fällen Elend gemildert und Jugendfreude gefördert wird.

Die Ausführungen der Referentin fanden lebhaften Beifall und Zustimmung durch die Redner, welche in der Diskussion sprachen.

In den „Pharus-Sälen“

sprach Genossin Luise Kiehl. Einleitend zeigte die Rednerin, wie Kinderschutzes Kulturarbeit im edelsten und schönsten Sinne ist. Wer die Kinder schütze, schütze die Menschheit selbst, die sich in den Kindern stets erneuert. Unsere ganze vielgerühmte Kultur erziele nicht ihren Zweck, wenn sie nicht der Gesamtheit der Menschheit zugute kommt. Sei doch der größte Reichtum einer Nation ihr Reichtum an Menschen. Heute sei es der Kapitalismus mit all seinen Begleiterscheinungen, der sich dem Kinderschutzes, der Menschlichkeit entgegenstelle. Um so dringender ergebe sich der Zwang, die Kinder weilsam zu schützen. In schäbigen vor Ausbeutung, zu schäbigen aber auch vor Mißhandlung und Verwahrlosung. Als das Schrecklichste bezeichnet Rednerin die Mißhandlung von Kindern. In der Regel gingen die Mißhandlungen nicht von den eigenen Eltern der bedauernswerten Wesen aus, sondern von Pflanzern. Mit padender Kraft legte Genossin Kiehl die Wurzeln sowohl der Kinder-mißhandlung als auch der Kinderverwahrlosung bloß. Mit großer Wärme hebt sie auch die aufopfernde und segensreiche Tätigkeit der Kinderschutzeskommission hervor, die Hervorragendes leisteten, was selbst von Gewerbeaufsichtungsorganen vielfach anerkannt wurde. Wenn die Kinder ausbeutung in letzter Zeit um einiges zurückgegangen sei, so könne diese erfreuliche Tatsache als unser Erfolg verachtet werden. Wir lehnen die Kinderarbeit als Erwerbsarbeit ab, als Erziehungsmittel dagegen kommt ihr eine hohe Aufgabe zu. Allerdings dürfte die Arbeit keine dauernde, stumpfsinnige und geisttötende sein, dürfte nicht in bitteren Zwang anstehen. Die Arbeit müsse vielmehr so sein, daß das Kind mit Freude und Interesse sie verrichten werde. Ein Kind könne die Arbeit, die ihm zur Last werde, nicht mit Liebe erfüllen, könne nicht von der Würde und Ehre der Arbeit erfüllt sein, die der Ausbeutung diene. In Hand unseres Programms zeigt Rednerin, wie die Arbeit als Erziehungsmittel in Kindergärten und Arbeitsschule als Vorbedingung der Entfaltung aller Kräfte im Kinde verwirklicht werden könne.

Den Weg zu diesen hohen Zielen zu ebnen, sei die Aufgabe der Kinderschutzeskommissionen, die schon seit langen Jahren auf diesem Gebiete sich betätigt und schwere, anstrengende Arbeit geleistet haben. Darum sei es nötig, daß die Kommissionen tatkräftig unterstützt werden, daß jeder seine Kraft zur Verfügung stelle, damit der Schutz der Kinder wirksam vor sich gehe. (Großer Beifall.) Eine Diskussion fand nicht statt. Die Vorsitzende Kiehl ließ die Versammlung nach einer anfeuernden Ansprache mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie ausklingen.

Parteiangelegenheiten n.

An die Bildungsausschüsse und Organisationsleitungen.

Wir ersuchen die Genossen, die vom Zentralbildungsausschuss versandten Fragebogen bald auszufüllen und ein Exemplar auch an den Bezirksbildungsausschuss, SW. 68, Lindenbl. 3, einzusenden. Wir brauchen das Material sehr dringend zur Abfassung unseres Jahresberichts. Organisationsleitungen, die die Einreichung veräumen oder verzögern, erscheinen nicht im Bericht.

Die Kreisbildungsausschüsse, die Gutscheine für die Volkskonzerte des Mühlener-Orchesters von uns entnommen haben, ersuchen wir, die Gutscheine von den Ausgabestellen sofort einzuziehen und mit uns abzurechnen. Das ist nötig, da die Gutscheine für die Konzerte der jetzt beginnenden Sommerzeit keine Gültigkeit mehr haben. Es gelangen neue Gutscheine für die Konzerte der nächsten Saison, können noch benutzt werden. Weitere Gutscheine sollen von den vorjährigen Beständen aber nicht verkauft werden. Wir bitten nochmals, die Sache so rasch als möglich zur Erledigung zu bringen.

Der Bezirksbildungsausschuss Groß-Berlins.

Zehnter Wahlkreis.

Die Handzettelverbreitung zu den am Dienstag, den 5. Mai, und Dienstag, den 12. Mai, stattfindenden fünf Versammlungen findet am Sonntag, den 3. Mai, statt. Die Handzettelverbreitung der 20. Abteilung geschieht am Sonnabend, den 2. Mai.

Die 20. Abteilung veranstaltet am Sonntag, den 3. Mai, vor-mittags von 9-10 Uhr eine Versammlung des Krematoriums im Baumhuldenweg. Treffpunkt um 9 Uhr bei Erbe, Baumhuldenstraße 14.

Pünktliches Erscheinen ist erwünscht.

Schlenkerdorf bei Königswusterhausen. Am Sonnabend, den 2. Mai, veranstaltet der Wahlverein aus Anlaß seines zehnjährigen Bestehens ein Familienfrühstück im Lokale von Otto Pätzsch, Ein-

tritt ist frei. Freunde und Gönner der Arbeiterbewegung sind zu diesem Feste eingeladen.

Nieder-Schöneweide. Die Arbeitslosen und Reisefahrenden unseres Ortes nehmen an der öffentlichen Versammlung in Ober-Schöneweide, Restaurant Wilhelmshof, teil. Die Versammlung beginnt vormittags 10 Uhr. Unsere Abendveranstaltung findet im Restaurant Waldhaus statt.

Berliner Nachrichten.

Am Liepzig- und Hellssee.

Wer ein Stück unberührter und üppiger Natur in der nächsten Umgebung Berlins bewundern will, der wird bei Umwanderung obiger Seen voll auf seine Kosten kommen, besonders zur jetzigen Jahreszeit, wo die Vogelwelt in den Baumwipfeln ihr lustiges Spiel schmettert.

Fährt man vom Stettiner Vorortbahnhof mit einem von den sich in kurzen Abständen folgenden Zügen, so kann man als Ausgangspunkt Bernau (40 Pf.) oder Wandlitz bzw. Wandlitzsee (95 Pf.) wählen. In den letzteren beiden Stationen gelangen wir nach Umsteigen in Reinickendorf-Kosenthal auf der Liebenwalder Kleinbahnstrecke. Auch von Diesenthal aus (Stettiner Hauptbahnhof 1,15 M. 3. Klasse) kann man die Tour machen. Weniger leistungsfähigen Fußgängern ist die Tour Diesenthal-Hellssee-Ranke-Liepzigsee-Wandlitzsee (zwei 12 Kilometer) zu empfehlen.

Unsere Tour führt uns von Bernau nach dem Liepzigsee über Uehdorf, Obersee nach Ranke und dem Hellssee zurück nach Bernau oder Diesenthal. Von Bernau Mühlentor gehen wir etwa 4 Kilometer zum größten Teil durch herrlichen Nadel- und Laubwald auf der Wandlitzer Chaussee bis zu einem mit rotem Wegweiser gekennzeichneten Seitenwege. Hier biegen wir rechts ein und kommen nach weiteren 2 Kilometern an das Restaurant und Forsthaus Liepzigsee. Wir müssen uns nun entscheiden, ob wir den 4 Kilometer langen Liepzigsee am südlichen oder nördlichen Ufer umgeben wollen. Ersteres ist bequemer, letzteres aber romantischer. Die frucht- und safttropfenden Buchen bedecken die Umgebungswälder zu beiden Seiten mit einem dichten Laubdach. Am Uferende laden die tief herabhängenden Äste der knorrigen Buchen von den blauen Fluten des Sees. Der See selbst ist fischreich und bei den Anglern sehr beliebt. Sogar die scheuen Wasserhühner können wir hier noch antreffen. Auf der Mitte des Sees erhebt sich der sogenannte große Werder mit seinem uralten Gehöft und ausgedehnten Ackerflächen. Rantlose Stille herrscht am ganzen See, die weder von qualmenden Dampfern, noch ratternden Motorbooten unterbrochen wird.

Gaben wir am nördlichen Ufer das Ende des Sees erreicht, so werden wir in Versuchung geraten, ihn auch von der Südseite zu umgeben. Wer will, mag es tun, um dann vielleicht vom Bahnhof Wandlitzsee aus heimzukehren. Wir gehen weiter nach Uehdorf, das an der nordöstlichen Spitze des Sees liegt. Da wir das Bedürfnis haben, eine kleine Erquickung zu uns zu nehmen, verschaffen wir uns dieselbe, nach Einsichtnahme in die Lokalliste, die wir natürlich immer bei uns führen, im Jägerheim, Inhaber Weigelt. Wer ohne das Lokal auskommt, läßt sich am herrlichen Waldstrand nieder, um den See in seiner majestätischen Schönheit und Ruhe auf sich einwirken zu lassen. Der weitere Weg führt uns dann an grünen und saftigen Wiesen vorüber nach Ranke, etwa 2,5 Kilometer. Hier betreten wir das Gebiet des ungleich kleineren Hellssees. Seine flachen Ufer werden von riesigen Eichen und Buchen umsäumt. Wir finden hier Eichen von 2 Meter Durchmesser. Wir schreiten am Südufer weiter bis zur Brücke, wo wir jenseits derselben nach einigen Minuten an der Hellsmühle anlangen, von wo wir den Heimweg in nordöstlicher Richtung nach Diesenthal (5 Kilometer) oder in südlicher Richtung nach Bernau (8 Kilometer) antreten können. Die beschriebene Tour ist 19 bzw. 22 Kilometer lang und hat uns durch eine Gegend geführt, die an landschaftlichen Schönheiten ihres Gleichen sucht. Mit dem Anlauf dieses großen Wald- und Seengebietes durch die Stadt Berlin steht hoffentlich auch eine bessere Verkehrsverbindung mit diesem schönen Fleckchen Erde in naher Aussicht.

Stimmen gegen den Waldankauf.

Am Sonnabend, den 2. Mai, soll die Zweiverbandsversammlung endgültig über den Ankauf der fiskalischen Wälder beschließen. Es mehren sich aber die Stimmen, die sich gegen diesen Ankauf erheben. Nachdem bereits vor einigen Tagen verschiedene Haus- und Grundbesitzervereine an den Magistrat eine Eingabe gerichtet haben, in der die städtischen Behörden ersucht werden, „mit Entschiedenheit dafür einzutreten, daß der Ankauf des Wald- und Wiesen-Grundstücks unterbleibe“, hat nunmehr auch die „Freie Vereinigung Berliner Hausbesitzervereine“ bei dem Magistrat eine Eingabe gemacht mit dem Ersuchen, die Vertreter der Stadt Berlin im Zweiverband möchten den Ankauf des Grunewaldes und der anderen Staatswaldungen einstimmig ablehnen, da die Erhaltung und gute Pflege der Staatswaldungen die vornehmste Pflicht des Staates sei. Die Eingabe ist damit begründet: „Es sei die unbestreitbare Pflicht und Schuldigkeit des Staates, für die Gesundheit und das Wohlergehen der stanzahlreichen Staatsbürger in weitestem Umfang zu sorgen, wozu auch die sorgfältige Erhaltung und Pflege der staatlichen Waldungen gehöre; in einer Zeit des allgemeinen Geburtenrückganges sei neben einer erhöhten Melkenausbeutung die Sorge eines gesunden Nachwuchses besondere Pflicht des Staates. Dieser vornehmsten und ersten Staatspflicht könne sich der Staat nicht dadurch zu entziehen suchen, daß er sie auf die Gemeinden abwälze, welche an sich schon durch die Aufgaben auf dem Gebiete der Wohlfahrtsfürsorge, Gesundheitspflege usw. steuerlich überlastet seien. Die Verpflichtung der Gemeinden könne nur in der Anlage von Gemeindeparcs und öffentlichen Spielplätzen bestehen, daher sei das befreundliche Verlangen des Staates an Kaufliche Erwerbung von Staatswaldungen durch die angrenzenden Gemeinden, d. h. durch den Zweiverband, energisch zurückzuweisen.“

Zur weiteren Begründung des Gesuches um Ablehnung der Waldankäufe wird noch angeführt, daß der geforderte Preis um ein Vielfaches zu hoch sei, daß der Grunewald durch das ständige Sinken des Grundwasserspiegels der Gefahr des vollständigen Absterbens seines Waldbestandes ausgesetzt und nach sachmännlichem Urteil durch Baumwüchse arg verwüstet sei; ferner, daß den Charlottenburger Wasserwerken ewige Gerechtigame an dem Grunewald zustehen und daß auch Kirchen und andere Institute an Waldparzellen Gerechtigame hätten; schließlich seien die eigenartigen Rechtsverhältnisse des Verkäufers äußerst folgenschwere und völlig unannehmbare und auch die Abföngen der erwähnten Grundgerechtigkeiten, die dauernde Unterhaltung der

Wälder, die erforderlichen gründlichen Aufforstungen des verwüsteten Waldbestandes würden dauernd viele weitere Millionen Mark Kosten verursachen.“

Wie man sieht, bricht sich die Erkenntnis doch immer mehr Bahn, daß der Waldankauf ein schwerer Fehler ist, den Gemeinden nur schwere Lasten auflegt und den Fiskus von seiner eigenen Verpflichtung befreit.

Spandau gegen den Waldankauf des Verbandes Groß-Berlin Die Stadtverordneten Dr. Kantorowicz und Genossen haben folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: 1. Den Magistrat zu ersuchen, gemeinsam mit ihr den Verband Groß-Berlin zu bitten, er möge den Ankauf der fiskalischen Wälder zum Preise von 50 Millionen Mark ablehnen; 2. die Spandauer Vertreter im Verbands Groß-Berlin zu beauftragen, gegen diesen Ankauf zu stimmen; 3. für den Fall der Annahme der Waldverkaufsverträge die Vertreter Spandaus zu beauftragen, im Verbands Groß-Berlin zu beantragen, daß der Wert des dem Verbands für den Fall des Zustandekommens des Heineke'schen Geschäftes angekauften Waldes auf den Beitrag der Stadt Spandau angerechnet wird.“

Die Leichenrede ohne Leidtragende.

Der Berliner Konzerttag G., der vor einigen Tagen starb, hat diese herrliche Welt mit einem neuen Witz verlassen. Wie das „Berliner Tageblatt“ berichtet, hat er sein beträchtliches Vermögen seiner Religionsgemeinschaft hinterlassen unter der Bedingung, daß außer dem Geistlichen, der eine Rede zu halten habe, niemand dem Sarge folge.

Selbstverständlich ließ sich der Geistliche nicht lange bitten und hielt seine Grabrede prompt in den Wind. Ja, die Seele in den Himmel springt, sobald das Geld im Kasten klingt.

Die „Volkszeitung“ hineingelegt

hat ein phantastischer Berichterstatter, denn der Redaktion selber trauen wir den Unsinn kaum zu, der in folgender Notiz enthalten ist:

„Polizeiliches Verbot der Maifester. Den sozialdemokratischen Wahlvereinen und Gewerkschaften wird in diesem Jahre eine unliebsame Ueberraschung durch die Polizei bereitet. In Berlin und auch in der Provinz bezeichnet die Polizei jetzt diese Veranstaltungen als „öffentliche Bergangen“, verlangt die Anmeldung, verfügt aber im Interesse der „öffentlichen Ruhe und Ordnung“ die Genehmigung. Infolgedessen können die Maifester nicht stattfinden, oder aber sie werden, wo es möglich ist, in Nachbargemeinden verlegt, wo eine Anmeldung nicht erforderlich ist. So ist unter anderem die in den „Pharus-Sälen“ geplante Maifeier des 6. Berliner Wahlkreises nach dem Moabitischen Schäferhause in Blüthensee verlegt worden, wo keine Anmeldung gefordert wird. Die Veranstaltung von Maifestern ist auch bereits mehrfach kurzer Hand verboten worden, da durch sie „die öffentliche Ruhe gestört werden könnte“. Wegen dieser Verbote soll Beschwerde erhoben werden.“

An der ganzen Geschichte ist kein wahres Wort und es ist unerfindlich, daß die Redaktion der „Volkszeitung“ sich so hineinlegen lassen konnte.

Wir wollen aber verraten, wie das Phantasteprodukt entstanden sein kann. Im 6. Wahlkreis war unter anderem auch eine Maifeier in den „Pharus-Sälen“ in der Müllerstraße geplant. Der Abhaltung dieser Veranstaltung stellten sich insofern Schwierigkeiten entgegen, weil auf Veranlassung der Polizei gegen den Wirt seit einiger Zeit ein Verfahren wegen Konzessionsverletzung, insbesondere aber wegen der Singspielkonzession schwebt. Lediglich aus diesem Grunde war mit der Polizei wegen der Abhaltung der Maifeier in den „Pharus-Sälen“ keine Klarheit und Sicherheit zu schaffen. Und nur aus diesem Grunde haben unsere Genossen die in den „Pharus-Sälen“ geplante Maifeier nach dem Moabitischen Schäferhause verlegt. Alle übrigen Feiern finden, wie im gestrigen Inseratentwurf angekündigt, in den dazu bestimmten Lokalen statt. Man sieht, mit welchen Tatzernachrichten manche Blätter ihre Leser unterhalten.

Albert Harndt. Die Genossen im 3. Kreise haben einen schweren Verlust erlitten. Genosse Albert Harndt ist im Alter von 63 Jahren am Dienstag am Gehirnschlag gestorben. Harndt war ein alter im Kampfe geprüfter Genosse. Unterem Sozialistengeföcht wirkte unser Freund furchtlos und unerschrocken für unsere Sache und oft kamen die Sendungen mit den verbotenen Schriften an seine Adresse, von wo aus sie ihren weiteren Weg nahmen. Harndt hatte zu allen Zeiten mitten im Organisationsleben gestanden und seine ganze Kraft der so mühevollen Agitationsarbeit gewidmet, die uns schließlich die Erfolge verbürgt. Fest und unerschütterlich an unsere Sache glaubend, wurde Harndt nie müde, unausgeseht zu arbeiten. Und wenn im Laufe der Jahre mancher beiseite trat, Harndt blieb auf seinem Posten. 30 Jahre hat Genosse Harndt das Amt eines Kassierers im 3. Wahlkreise innegehabt und treu und gewissenhaft die Kasse verwaltet. Nun ist auch er dahingegangen. Die Genossen im 3. Kreise sind auch darüber hinaus werden den Verstorbenen in gutem Andenken behalten.

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 2. Mai, nachmittags 4 Uhr, auf dem städtischen Friedhof in Friedrichsfelde statt.

Wiederverhaftung des „Staatsanwalts König“.

Wieder ergreifen wurde der 33 Jahre alte „Arbeiter“ Robert Lange, über dessen verwegene Streiche wir wiederholt berichteten. Großes Aufsehen erregte er durch einen Streich nach Art des Hauptmanns von Köpenick, der ihn den Namen eines „Staatsanwalts König“ eintrug. Lange war das Haupt einer mehrköpfigen Kollis- und Führerzweigeschichte, die eine lange Zeit hindurch der Schrecken der Wäschereien war. Witte Jannar v. Z. gelang es endlich, die gefährlichen Spezialisten hinter Schloß und Riegel zu bringen. Als nun Lange mit seinen Spießgesellen dem Untersuchungsrichter zum Verhör vorgeführt werden sollte, wandte er sich, als er kaum seine Einzelzelle verlassen hatte, ganz dreist an einen Oberaufseher, der gerade des Weges kam, stellte sich ihm als Staatsanwalt König vor und erklärte ihm, daß er vom Oberhaup-antwort den Auftrag habe, den Durchsuchereien im Untersuchungsgefängnis nachzugehen. Er betonte dabei, daß die Sache ganz geheim gehalten werden müsse und forderte den Oberaufseher auf, ihn zu begleiten. Lange ging nun in das Zimmer eines Staatsanwaltes hinein, holte daraus ein Aktenstück hervor, übergab es dem Oberaufseher und wies ihn an, auf ihn zu warten, bis er von einer kurzen Besprechung mit dem Oberhaupstanzanwalt zurückkomme. Der verschlagene Dack ließ den Beamten lange warten, denn er entsetzte sich aus dem Gefängnis und suchte eine Kneipe in der Nähe des Untersuchungsgefängnisses auf. Von hier aus rief er die Kriminalpolizei durch den Fernsprecher an, bebatte sich bei den Beamten, die ihn sehnenommen hatten, für die freundschaftliche Aufnahme und teilte ihnen mit, daß er sich selbst entlassen habe und nunmehr doch die Reise nach Kiel antreten werde, von der er mit ihnen bereits gesprochen habe. Jetzt sei alles wieder in Rutter. In die Staatsanwaltschaft schrieb er dann noch einen Brief, in dem er ausführte, daß er sich ganz unschuldig fühle. Weil

Vorortnachrichten.

Charlottenburg.

In einer gutbesuchten Generalversammlung des Wahlvereins zählten bei Beginn die Genossen das Andenken von drei Verstorbenen in üblicher Weise. Hierauf gab der Vorsitzende Gen. Wade den Jahresbericht. Redner betonte, das kampfreiche Jahr habe mitten in den Vorbereitungen für die Landtagswahl begonnen, die infolge des famosen Wahlrechts für unsere Orte von vornherein aussichtslos sein mußte. Obwohl auf die sozialdemokratischen Wahlmänner etwa die Hälfte aller abgegebenen Stimmen entfielen, erhielten wir von den 1179 Wahlmänner-Mandaten nur 318.

Bald darauf begannen die Vorarbeiten zur Stadtverordnetenwahl. In der dritten Abteilung, die für uns nur in Frage kommt, scheidet aus: die Genossen Richter, Gebert, Jersch, Schandberg und Lehmann. Durch das Hausbesitzerprivileg gestaltete sich die Wahl besonders ungünstig, da fünf Hausbesitzer zu wählen waren, und aber nur drei zur Verfügung standen; dadurch wurden zwei Doppelkandidaturen notwendig. Besonders heftig war der Wahlkampf im 2. und 3. Bezirk, wo die Gegner die äußersten Anstrengungen machten. Die Sozialdemokratie gewann den 6. und verlor den 4. Bezirk, wodurch der alte Besitzstand gemacht blieb. Gewählt wurden die Genossen Schandberg, Richter, Gebert und Klid. Bei der infolge der Doppelmandate der Genossen Schandberg und Klid notwendigen Nachwahl wurden die Genossen Leopold und Vesich gewählt.

Neben den Wahlen wurde auch die Agitation kräftig betrieben und namentlich die rote Woche zeitig gute Resultate. Von besonderer Wichtigkeit war der Beschluß des Wahlvereins betreffs Schaffung einer Jugendsektion für Genossen von 18 bis 21 Jahren. Die Bibliothek wird lange nicht in dem Maße benutzt, wie man es wünschen könnte. Viel könnte durch regere Benutzung zur besseren Durchbildung der Genossen geschehen. Dem Mitgliederbestand vom Anfang des Jahres von 3167 männlichen und 555 weiblichen Mitgliedern steht ein solcher am Ende desselben von 3456 männlichen und 685 weiblichen Mitgliedern gegenüber. Der Zuwachs beträgt demnach 389.

Den Kassenbericht gab Genosse Seifert. Einer Einnahme von 11 872,34 M. steht eine Ausgabe von 11 280,82 M. gegenüber. Es bleibt ein Bestand von 591,52 M. Der Parkenumschlag ist hinter den Erwartungen zurückgeblieben, doch scheint mit dem weiteren Ausbau der Hausflorierung auch der Parkverkauf zu steigen.

Beim Bericht vom Bildungs- und Jugendausschuss wurde hervorgehoben, daß die Polizei kein Mittel unversucht läßt, die Jugend vom Jugendheim fernzuhalten. Durch wiederholte eidlische Vernehmung der Jugendlichen sollen anscheinend die Eltern eingeschüchert werden. Deshalb ist es, mehr wie bisher, Pflicht aller Genossen, wo es ihnen möglich ist, ihren Einfluß im Interesse der Jugendbewegung geltend zu machen. Genosse Schiller forderte alle jungen Genossen über 18 Jahren auf, die Veranstaltungen der Jugendsektion recht rege zu besuchen.

Die Neuwahlen wurden gemäß den Vorschlägen des Vorstandes vollzogen. Es treten neu ein Genosse Dümel als erster Vorsitzender, Genosse Kahe u n i e als zweiter Vorsitzender und Genosse Lemny als zweiter Kassierer. Als Leiterin der Frauen wurde Genossin Strüwing und als Bibliothekar Genosse Schmidt gewählt.

In der Oekonomie des Volkshauses hat, entsprechend dem Wunsch des Volkshausausschusses, ein Wechsel stattgefunden. Der gesamte Restaurationsbetrieb ist am 28. April er. von dem Genossen Hermann Jarius, bisheriger Besitzer des Köpfer-Gesellschaftshauses, übernommen worden.

Elternverein für freie Erziehung. Sonntag, den 3. Mai, findet ein großer Familienausflug nach Birkelwerder statt. Treffpunkt 9 1/2 Uhr vormittags auf dem Reichstagsplatz. Abmarsch pünktlich 10 Uhr. Für Nachzügler zur Kaffeepause heim „Alten Freund“. Vom Mittwoch, den 6. Mai, an finden die Ausflüge nach der Jungfernhede wieder regelmäßig jeden Mittwoch statt. Treffpunkt 2 1/2 Uhr pünktlich vor dem Kaiser-Friedrich-Denkmal (Louisenplatz). Jedes Kind hat ein eigenes Trinkgefäß mitzubringen. Kaffeeflohen bei Schind, Restaurant Waldlater, Gelezer Weg. Aus Nichtmitgliedern und deren Kinder können an den Ausflügen teilnehmen.

Schöneberg.

Ein schwerer Automobilunfall, bei dem zwei Personen verletzt wurden, ereignete sich am gestrigen Mittwoch in der Hauptstraße. An der Ecke der Helmstraße fuhr ein Herr und eine Dame auf Zweirädrern, als plötzlich ein Fleischautomobil aus der Helmstraße kam und in die Hauptstraße einbog. Die beiden Radfahrer wurden von dem Automobil erfasst und so heftig zu Boden geschleudert, daß sie Verletzungen am Kopf und im Gesicht sowie mehrere Brüche erlitten. Die Verunglückten mahnten ins Krankenhaus Schöneberg gebracht werden.

Neukölln.

Ueber den Wert des Turnens für Frauen und Mädchen spricht in einer von der Freien Turnerschaft Neukölln-Brig heute Donnerstag in den Postlager-Festhallen, Vergstr. 151/52, veranstalteten öffentlichen Frauerversammlung der Bezirksleiter Herr Max Schöneberg. Beginn der Versammlung 8 1/2 Uhr. In der Versammlung soll eine Abteilung für ältere Turnerinnen gegründet werden, um den über 24 Jahre alten Frauen und Mädchen Gelegenheit zu geben, im Kreise ihrer Altersgenossen der edlen Turnerei zu huldigen. Regere Besuch dieser Versammlung wird erwartet.

Lichterfelde.

Die Gemeindevertretung beschloß die Gültigkeitserklärung der im März vorgenommenen Wahlen, nachdem von keiner Seite Einspruch gegen dieselben erhoben worden ist. Hierauf erfolgte die Einführung der neuen Gemeindeverordnungen. — Die Anlage von Laubkolonien in den verschiedensten Richtungen des Ortes gab der Gemeindevertretung Anlaß, abermals zu dieser Frage Stellung zu nehmen, nachdem bereits im vorigen Jahre ein Antrag eines Terrainbesizers auf Genehmigung zur Anlage einer Laubkolonie vorgelegen hatte, aber unentschieden blieb. Wie hatten damals die geradezu feindselige Haltung der Gemeindevertretung auf dem genannten Gebiete gekennzeichnet und den Versuch, die Laubkolonien gewissermaßen als eine minderwertige Menschenorte hinzustellen, zurückgewiesen. Inzwischen scheint man auf dem Rathaus wenn auch nicht umgekehrt — dazu ist das Maß von sozialer Einsicht noch nicht groß genug —, jedoch wenigstens etwas zugeklommen zu haben. Gemeindefürsorge Leugner als Berichtserhalter gab diesem Umstand mit der Erklärung Ausdruck, daß man sich nicht mehr auf den früheren scharfen Standpunkt stellen könne, Laubkolonien möglichst zu verbieten, sondern deren sozialen und gesundheitlichen Wert anerkennen müsse. Aus diesen Gründen sei die Kommission nunmehr zu der Ansicht gekommen, unter gewissen Bedingungen die Anlage von Laubkolonien auf dem Rathaus-Gelände zur Genehmigung zu empfehlen. Die Gemeindevertreter Jäger und Seidemann sprachen sich gegen eine solche Anlage an der Ecke der Drake- und Dolbeinstraße aus, befürworteten ferner ein strenges Verbot jeder Tierhaltung seitens der Laubkolonisten. Gemeindevorsteher Dietrich schloß sich diesen Ausführungen an und fügte sich besonders durch das Krähen der Hähne in seiner Nachbarschaft beschwert; aber nicht nur das Halten von Hühnern, sondern jede Tierhaltung müsse verboten werden. Der Herr Professor begründete seine Forderung noch mit dem schwerwiegenden Argument, daß in seiner Nähe ein Esel den jungen Tag immer heulend mit einem Gebrüll schlimmer als von zehn Löwen. (In der Hölle läuft ein Esel mit einem Löwenfell behängt herum und sucht die Menschen zu erschrecken; in Lichterfelde-Süd scheint ein wirklicher Löwe in einer Eselskoppel zu heden, um Nächstens seiner gelehrten Nachbarschaft die Ruhe zu rauben.) Ge-

man ihm das aber wohl nicht so ohne weiteres glaube, so habe er es vorgezogen, sich selbst zu entlassen. Die Freude über seinen gelungenen Streich währte aber nicht lange. Schon am nächsten Morgen ermittelte ihn die Kriminalpolizei wieder in der Wohnung seiner Frau. Auch hier versuchte er einen Trick, der ihm aber mißlang. Er vertauschte mit seiner Frau die Kleider, um als Frau angehen und nicht verhaftet zu werden. Acht Tage später machte „Staatsanwalt“ König einen neuen Suchtversuch, mit dem er jedoch nicht zum Ziel kam. Lange wurde von Kriminalbeamten in der Stadt umhergeführt, weil er angegeben hatte, seine zahlreichen Helfer zwar mit dem Namen nicht zu kennen, daß er aber deren Wohnungen ausfindig machen würde. Zu diesem Zwecke sollte er auch am 17. Januar v. J. wieder umhergeführt werden. Als man ihn aus dem Gewahrsam holte, fiel den Beamten sein großer Körperumfang auf und als sie genauer nachsahen, fanden sie, daß lange die Bettücher in Streifen geschnitten und daraus mit Hilfe der abgeschnittenen Matrosenbänder eine Art Strickleiter gemacht hatte. Vom Gericht zu einem Jahr und drei Monaten Zuchthaus verurteilt, wurde er zur Strafverbüßung nach Sonnenburg gebracht. Sieben Monate verbrachte er dort. Dann wurde er wieder nach Berlin übergeführt, um sich hier wegen der Annahme eines öffentlichen Amtes zu verantworten. Hier im Untersuchungsgefängnis aber wurde lange „Krank“ und mußte zur Charité gebracht werden. Von dort aus fand er bald Gelegenheit zur Flucht. Seit November v. J. hielt er sich jetzt verborgen, bis es jetzt wieder gelang, ihn zu verhaften, als er die Wohnung seiner Frau in der Palisadenstraße aufsuchte. Was er in der Zwischenzeit getrieben hat, bedarf noch der Nachprüfung. Nach Angabe Langes selbst hat er unter dem Namen Henke in Berlin und Umgebung gearbeitet.

Aus Eifersucht erschossen.

Ein Eifersuchtsdrama spielte sich gestern Abend in der zehnten Stunde im Norden der Stadt ab. In dem Hause Linienstr. 71 wurde die von ihrem Manne getrennt lebende Ehefrau des Schachtmeisters Bernide von der Geliebten ihres Mannes, einem Fräulein Obst, das diesem die Wirtschaft führte, erschossen.

Die erfahren hierzu folgende Einzelheiten: Frau Bernide erkrankt in letzter Zeit oft vor der Wohnung ihres Mannes und verlangte stürmisch Einlass. Als ihr dieser nicht gewährt wurde, machte sie großen Lärm, und vor einigen Tagen sandte sie besonders einen Mann, der die Geliebte des Schachtmeisters verprügeln wollte. Gestern nachmittag erschien Frau Bernide wieder einmal selbst vor der Wohnungstür ihres Mannes. Dieser war nicht anwesend und Fräulein Obst öffnete aus Furcht nicht. Die Wütende schlug jetzt mit einem mitgebrachten Beil das Türschild und den Briefkasten ihres Mannes entzwei, entfernte sich aber schließlich doch, ohne ihre Rivalin gesprochen zu haben. Sie laurierte dieser nun den ganzen Nachmittag über bis zum Abend auf und stellte sie auch, als sie um 9 1/2 Uhr das Haus verlassen wollte, um einzukaufen. Frau Bernide stürzte sich auf die Wirtschaftlerin und bedrohte sie mit dem Beile. Diese zog hierauf einen Revolver, den sie von Bernide zur Verteidigung erhalten hatte und gab auf die Frau ihres Geliebten einen Schuß ab. Die Kugel traf Frau Bernide so schwer, daß sie auf der Stelle verschied.

Todesprung einer Mutter mit ihren beiden Kindern. Im Westhafen des Lettowkanals in Brück stürzte sich, gestern vormittag eine junge Frau mit ihren beiden Kindern ins Wasser und ertrank, ehe ihr Hilfe gebracht werden konnte. Die Brücke Polizei ließ durch Schiffer den Kanal absuchen, aber es gelang nicht, die Leichen zu bergen. Auch der Name der Frau konnte bisher nicht festgestellt werden.

Ein schwerer Raubüberfall auf eine Verkäuferin sollte sich gestern vormittag in dem Geschäft von Kalisch, Elisabethstr. 66, abgepielt haben. Es wurde gemeldet, daß die dort beschäftigte Verkäuferin Augustinowa bewußtlos und schwer verletzt hinter dem Ladentische liegend aufgefunden worden sei. Im Krankenhaus, wohin die K. gebracht worden war, ergab die ärztliche Untersuchung nur eine unbedeutende Armverletzung. Nach der bisherigen Ermittlung dürfte es sich jedoch um einen von der K. erdichteten Raubüberfall handeln.

Zu einer eindrucksvollen Rundgebung gegen den Jazismus gestaltete sich der Lichtbildervortrag, der am Dienstag in Obiglios Festsaal von dem Schriftsteller Rauhofer gehalten wurde. Der Andrang zu der Veranstaltung war ein gemaltiger. Kopf an Kopf fanden die Zuhörer, kein Apfel konnte zur Erde. Und viele konnten keinen Einlass finden. Der Vortragende zeigte in anschaulicher Weise die Leiden und Qualen der russischen Gefangenen, wie die Opfer des russischen Jazismus bis zur Verzweiflung gereizt werden und in den Eisfeldern Sibiriens elendiglich umkommen müssen. Die nachte Darstellung der russischen Greuel löste bei den Anwesenden fortgesetzte Entrüstungsrundgebungen gegen den blutigen Jazismus aus. Rufe des Entsetzens über die Schrecken lösten einander ab. Die Erregung und die Empörung über das russische Schandregiment stieg aufs höchste. Leider haben selbst Personen, die Karten besaßen, keinen Einlass in den Saal finden können und mußten unerschickter Sache wieder umkehren. Die Zahl der ausgegebenen Karten scheint höher gewesen zu sein, als Personen untergebracht werden konnten.

Am Montag, den 4. Mai, soll der Vortrag wiederholt werden. Es wird Vorsorge getroffen werden, daß eine Heberfüllung vermieden wird und jeder Karteninhaber Einlass findet. Der Kartenvorverkauf beginnt in den nächsten Tagen und wird im „Vorwärts“ angekündigt. Genossen, die im Besitz einer Karte sind, die zu dem Vortrage am Dienstag, den 28. April, berechtigten, von derselben aber leider infolge der Heberfüllung keinen Gebrauch machen konnten, wollen diese Karte in einer der Verkaufsstellen gegen eine neue Karte umtauschen. Die Verkaufsstelleninhaber werden gebeten, diesen Umtausch zu besorgen.

Chinesischer Besuch bei der Berliner Feuerwehr. Eine chinesische Studienkommission stattete gestern vormittag der Hauptwache der Berliner Feuerwehr in der Lindenstraße einen Besuch ab. Die Gäste wurden von Branddirektor Reichel empfangen und nach dem großen Übungshof geleitet, wo eine Kompanie in Paradeausstellung stand. Nach einigen Fußzerzäuten und dem Paradeumarsch führten vier komplette Automobilkolonnen auf, deren Fahrzeuge einzeln vorgeführt und erläutert wurden. Dann folgte ein großes Schießmanöver, das bei den chinesischen Herren lebhaftes Interesse erweckte. Zum Schluß wurden noch verschiedene Einzelfahrzeuge neuester Konstruktion, wie der Automobilrettungswagen, der Fontanamojet usw. und Rettungsapparate gezeigt.

Im Berliner Aquarium ist neuerdings der Bestand an ausländischen, namentlich brasilianischen Säugetieren besonders reichhaltig geworden. Sie bevölkern in großer Anzahl das Terrarium 8 neben den Nielsenschildkröten und einige von ihnen machen sich durch ihre laute, trillernde Stimme, namentlich bei sonnigem Wetter, besonders bemerkbar. Daneben in Terrarium 4 lauten die sogenannten Korallenfänger, riesige Säugetiere aus Australien, besonders das Auserumel auf sich, weil sie mit ihrer glatten, weiß einfarbigen Haut nicht wie wirkliche Tiere, sondern wie lackierte Blech- oder Porzellanfische aussehen. Bei ihnen fallen die allen Laubfröschen zuzunehmenden, runden Hautschleiben an den Finger- und Zehenspitzen wegen ihrer Größe besonders auf. Gegenüber aus dem Fischreich Nr. 28 erhält zu allen Tageszeiten häufig das einfarbige heifere Gebrüll der nordamerikanischen Dämsfrösche.

meindehöfliche Domino führt diese Übertreibungen auf ihr richtiges Maß zurück und erklärte lediglich das Verbot der Hundehaltung in den Lauben für berechtigt. Den Laubendehern, die meist den ärmeren Schichten der Bevölkerung angehören, die Beschaffung billigen Fleisches und billiger Eier durch Verbot der Tierhaltung berechtigen zu wollen, sei nicht angebracht. Was den Billendehern gestattet sei, könne und solle man den anderen nicht verbieten. — Die ganze Angelegenheit wurde schließlich an die Kommission zum Zweite genauere Prüfung der Vorlage zurückverwiesen. Die Regelung des Friedrichsplatzes wurde beschlossen; sie erfordert einen Aufwand von 16 000 M. Der Volkshausbibliothek für den Westen werden Räume im Erdgeschoß des Realgymnasiums gegen eine jährliche Miete von 250 M. und jederzeit widerruflich zur Verfügung gestellt. In der darauf folgenden geheimen Sitzung nahm die Gemeindevertretung Stellung zum bevorstehenden Jubiläum des hiesigen Gardebataillons. Warum diese Sache nicht in der öffentlichen Sitzung verhandelt wurde, ist geradezu unverständlich; oder brauchen die Bürger die Gründe nicht zu kennen, aus denen der Gemeindefiskus zur Veranstaltung dieser rein militärischen Feier herangezogen werden soll?

Tempelhof.

Feuer entstand Mittwoch in früher Morgenstunde in den Werkstätten der Firma Kaufhü u. Co. in der Straße An der Ringbahn. Als die Wehr anrückte, war das Feuer auch auf ein Stallgebäude übergesprungen; die darin befindlichen Pferde konnten aber noch rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden. Es bedurfte mehrstündiger angestrengter Tätigkeit, um des Feuers Herr zu werden. Die Brandursache konnte nicht festgestellt werden.

Seinem Leben ein gewaltiges Ende gemacht hat in der Nacht vom Montag zum Dienstag der Gastwirt Genosse Karl Zimmeth, Rottstr. 17. Was J. dazu veranlaßt hat, ist nicht aufgeklärt. Vermutet wird, daß er in geistiger Unmachtung gehandelt hat, da Zimmeth in seinem früheren Beruf vor mehreren Jahren einen Unfall am Kopf erlitt. Die Partei verliert in dem Verstorbenen einen stets opferbereiten Genossen. Die Wegenerische Tempelhofer Zeitung macht auch auf diesem traurigen Ereignis eine Seniation, indem sie ihren Lesern mitteilt, der Inhaber eines „Parteilokales“, der Gastwirt Karl J., habe seinem Leben durch Erhängen ein Ziel gesetzt; schlechter Geschäftsgang und Familienzwistigkeiten seien die Veranlassung. Dieses Blatt bleibt sich eben stets treu.

Mai-Veranstaltungen.

In folgenden Orten, die in der gestrigen Veröffentlichung der Gewerkschaftskommission bezw. des Verbandes der Wahlvereine nicht enthalten sind, finden folgende Veranstaltungen statt:

Bahndorf. Kucher der Nachmittagsfeier findet bei Witz, vormittags 10 Uhr, eine Versammlung statt, in der die Teilnehmer auch Raimarten erhalten.

Brig-Budow. Die Vormittagsversammlung findet um 11 Uhr in Budow im Lokal von Klein, Chausseest. 12, statt. Zum gemeinsamen Spaziergang nach Budow versammeln sich die Teilnehmer um 9 1/2 Uhr im Lokal von Rehe (Lindenpark) in Brig, Chausseest. 18. Abmarsch pünktlich 10 Uhr. Reisekosten erhalten, Kostenspaltung wie in allen Gewerkschaftsversammlungen.

Petershagen-Fredersdorf. Vormittags 10 Uhr bei C. Kirchner am Bahnhof: Leffentliche Versammlung. In demselben Lokale, nachmittags 4 Uhr: Große Kasseier, verbunden mit Gesangs-ausführungen, Kinderbelustigungen, Feste. Eintritt frei.

Bezirk Schöneiche und Lüggen. Die Genossen beteiligten sich an der Vormittagsversammlung in Friedrichshagen. Gemeindefestliche Abfahrt: Bahnhof Bahndorf, morgens 8 Uhr 27 Minuten. Nachmittags: Treffpunkt aller Bezirke, Kurparkrestaurant Richtenau.

Spanbau. Vormittags 10 Uhr Versammlung bei Rosenbauer, Seeburgstraße 26. Die Kollegen versammeln sich in ihren Verkehrslokalen und gehen dann gemeinsam zum Versammlungsort. — Die Nachmittagsfeier besteht in großer Konzert, Kinderbelustigung, Spielen, Fadelzug. Die turnerischen und gesanglichen Aufführungen beginnen um 8 Uhr. Die Kaffeefische ist schon von 2 Uhr an geöffnet. Abends 9 Uhr Feste der des Genossen Dr. A. Viehnecht. Tanz von 1/2 5 Uhr an.

Romawes. In dem der Partei zur Verfügung stehenden Lokal „Zur freien Zukunft“ veranstalten der Inhaber desselben und einige Dreiwirter Genossen auch eine Kasseier und laden hierzu die hiesige Einwohnerschaft ein. Im Mißverständnis vorzubedenken, sei die Arbeiterschaft darauf aufmerksam gemacht, daß diese Feier mit der vom hiesigen Wahlverein und den Gewerkschaften veranstalteten offiziellen Kasseier, bestehend in einer Versammlung vormittags im Singerschen Lokal und einem Lokal- und Instrumentalkonzert mit Feste abends in den „Deutschen Festhallen“ nichts zu tun hat. Die organisierte Arbeiterschaft von Romawes wird daher ersucht, sich an den letztgenannten Veranstaltungen zahlreich zu beteiligen.

Waldmannslust-Hermdorf. Da diesmal in umfangreicher Weise für Kinderbelustigungen aller Art gesorgt ist, wird gebeten, mit den Kindern möglichst nachmittags 3 Uhr auf dem „Vergschloß“ in Waldmannslust sich einzufinden.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Spanbau. Heute Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, im Sitzungssaal des neuen Rathauses.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählter ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 4. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in Kellers „Neue Volksharmonie“, Köpferstr. 96/97. Vortrag: Volkswirtschaft und Volksgesundheit. Referent: Frä. Dr. Wygodzinski. Gäste willkommen.

Cranienburg. Das Gewerkschaftslokale veranstaltet einen Kurkurs in Stenographie (Stolze-Schra). Genossen, welche daran teilnehmen wollen, melden sich bei den Genossen Strobel, Pappelstr. 5, oder Köhlich, Königs-Allee 17.

Aus aller Welt.

20-Stundenfahrt des Schütte-Lanz II.

Ueber Berlin schwebte am Mittwochvormittag in sehr großer Höhe — wohl anderthalbtausend Meter — ein Luftschiff, das sich durch seinen spindeförmigen Körper und die eigenartige Anordnung der Propeller — je einer vorn und hinten und zu beiden Seiten je einer — auffällig von den gewohnten Zeppelin-Luftschiffen und auch dem gleichfalls bekannteren Siemens-Schudert-Typ unterschied. Der ungewohnte wengleich nicht ganz unbekannt Gast in den Lüften war das Luftschiff Schütte-Lanz II, das am Dienstagabend 9 Uhr in Mannheim aufgestiegen war, um eine 20 stündige Dauerfahrt zu absolvieren, nach deren glücklicher Vollendung es in den Besitz der Militärverwaltung übergehen sollte.

Das fast windstille, klare Wetter begünstigte die Dauerfahrt. Am Mittwoch 5 1/2 Uhr morgens kreuzte der Lenkbar bereits über Hamburg, wo er über Bremen eingetroffen war. Gegen 9 Uhr wurde er in Berlin gesichtet, um 12 Uhr traf er über Leipzig ein, wo er die Meldung abwarf, daß er um 5 Uhr — also nach Vollendung des 20-Stundenflugs — dort landen werde. Nach weiterer Spazierfahrt kehrte das Luftschiff denn auch um die angegebene Zeit zurück, um programmäßig 5 Uhr 15 Minuten im Leipziger Luftschiffhafen niedergehen.

Die Grubenkatastrophe von Beckley.

Ueber den Brand in der Kohlengrube in Beckley (West-Virginien) wird noch gemeldet:

Die Explosion ereignete sich auf der Kohlengrube Beckley der New River Company, als eine Schicht von Bergleuten 600 Fuß unter Tage arbeitete. Eine Rettungsmannschaft wurde sofort zusammengestellt, der es gelang, das Ende eines Schachtes zu erreichen. Sie brachte zwei Bergleute, die schwere Brandwunden erlitten hatten, an die Erdoberfläche; man glaubt, daß die Geretteten ihren Verletzungen erliegen werden. Eine zweite Rettungsmannschaft versuchte dann einzufahren.

Aus einem anderen Schacht sind 67 Bergleute geborgen, ebenso fünf Tote und 38 Schwerverletzte. In einem dritten Schacht befinden sich noch 187 Gefährdete. Eine Rettungskolonie versuchte auch hier immer wieder, zu den Eingeschlossenen vorzudringen, doch waren bisher alle Anstrengungen vergeblich. Das Unglück ist offenbar durch drei Explosionen schlagender Wetter entstanden.

Nach einem Telegramm aus Bluefield sind bei der Katastrophe zwölf Bergleute getötet worden. 196 sind noch in der Grube eingeschlossen und es besteht wenig Hoffnung, sie zu retten.

Revolte in einem russischen Gefängnis.

In dem Gefängnis von Schitomir erschlugen Zwangssträflinge einen Aufseher und verletzten einen anderen schwer. Dann setzten sie ihre Wut in Brand, um die dadurch entstehende Verwirrung zu benutzen und mit den Waffen der Aufseher zu flüchten. Militär und Polizei beschoßen das Gefängnis. Sechs Sträflinge wurden getötet und einer verwundet. Die russische Ordnung ist wieder hergestellt.

Eine ähnliche Nachricht kommt aus Frankreich. Dort brach unter den Häftlingen der Strafkompagnie zu Anian bei Montpellier eine Meuterei aus. 48 Häftlinge entwichen und verbreiteten durch ihre Misstaten Schrecken unter der Bevölkerung.

Abklärung. Gen darmen und bewaffnete Bayern machten Jagd auf die Meuterei, die sich in die Wälder geflüchtet haben. Bis auf fünf wurden bereits alle wieder eingefangen.

Kleine Notizen.

Bootsunglück. Bei einer Bahnfahrt auf der Wartbe in der Nähe von Schweinert kenterte plötzlich das Fahrzeug. Sämtliche drei Insassen ertranken.

Eine doppelte Hinrichtung. Die wegen Ermordung ihres Ehemannes, des Aderers Koch in Clausheim, zum Tode verurteilte Witwe Koch und der Knecht Siegers wurden am Mittwoch früh mittels Fallbeils hingerichtet.

Lebende Staatswäter. Bei der Eröffnung des neugewählten Magistrats von Algier kam es am Dienstag zu einem Zwischenfall. Ein Stadtverordneter namens Hugues richtete heftige Angriffe gegen die radikale Partei, wodurch es zwischen diesem und einem radikalen Abgeordneten zu einem regelrechten Faustkampf gekommen ist, in dessen Verlauf beide nicht unerhebliche Verletzungen davontrugen.

Schrecklicher Selbstmord. Auf schreckliche Weise hat sich am Dienstag in Madrid ein junges Mädchen aus Liebeskummer das Leben genommen. Auf bisher unerklärliche Weise verschaffte sie sich die Lebensmüde eine Dynamitpatrone. Nachdem sie sie auf die Erde, nahm die Patrone in den Mund und zündete sie mittels einer Zündschnur an. Die Folgen der Explosion waren schrecklich. Das Mädchen wurde buchstäblich in Stücke zerrissen. Das Haus, in dem sie die Tat ausführte, wurde schwer beschädigt.

Marktpreise von Berlin am 28. April 1914. nach Ermittlungen des Königl. Preisprüfungsamtes. Weizen (ungek.), Nat. 00,00—00,00, Donau 0,00—0,00. Mais (runder), gute Sorte 14,80—15,20. Roggen 4,70—4,80. Hafer 7,40—9,00.

Kartoffelmarktpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 24,00—30,00. Speisebohnen, weiße 35,00—60,00. Linien 40,00—80,00. Kartoffeln (Kleinbül.) 4,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 0,00—0,00. Rindfleisch, Bauernfleisch 0,00—0,00. Schweinefleisch 0,00—0,00. Kalbfleisch 0,00—0,00. Gemüsehülse 0,00—0,00. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 3,20—4,80. 1 Kilogramm Karpfen 1,20—2,20. Kalb 1,80—3,20. Gänse 1,80—3,40. Gänse 1,40—2,80. Barche 1,00—2,20. Schmalz 1,40—2,20. Steig 0,80—1,60. 50 Stück Krebse 3,50—24,00.

Witterungsbericht vom 29. April 1914.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad C.
Eintrunde	766 B	2 wolkf.	11		8	Saparanda	740 B	4 wolkf.	10		5
Hamburg	766 B	2 wolkf.	8		11	Petersburg	750 B	2 wolkf.	10		5
Berlin	767 B	2 wolkf.	13		12	Solln	761 C	2 wolkf.	10		12
Konst. a. R.	766 C	1 wolkf.	13		10	Aberdeen	768 B	2 wolkf.	10		10
München	765 C	3 wolkf.	10		10	Paris					
Wien	767 C	1 wolkf.	11		11						

Wetterprognose für Donnerstag, den 30. April 1914.

Zunächst ziemlich heiter und warm bei schwachen südlichen Winden, nachher zunehmende Bewölkung, etwas Regen, Gewitterneigung und Abkühlung.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag, mittig: Zunächst überall ziemlich warm, langsam zunehmende Bewölkung, an den meisten Stellen des Küstengebietes etwas Regen. Im Binnenlande vielach Gewitter, nachher von Nordwesten nach Südosten fortschreitende neue Aufhellung, aber kühl.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 28. 4.	am 27. 4.	Wasserstand	am 28. 4.	am 27. 4.
Remel, Mühl	247	247	Scale, Großh.	100	100
Bregel, Insterburg	54	54	Dabel, Spandau	76	76
Wiesfel, Thorn	220	220	Rathenow	118	118
Ober, Ratibor	122	122	Spre, Spremberg	88	88
Krosen	127	127	Reestow	86	86
Frankfurt	133	133	Weser, Minden	159	159
Barthe, Schrimm	52	52	Rhein, Rammelsdamm	254	254
Sandberg	95	95	Raub	466	466
Rege, Boddamm	48	48	Rhein	268	268
Elbe, Leitmeritz	4	4	Rekar, Weidbrom	262	262
Dresden	-114	-114	Rekar, Gellbrom	79	79
Harbo	152	152	Rain, Canat	162	162
Magdeburg	120	120	Rekar, Erier	77	77

+) + bedeutet Hoch, - Fall, -) Unterbegei.

Es wird versucht

minderwertige Nachahmungen, zum Teil zu billigeren Preisen, als echte Kronen-Bouillon-Würfel zu verkaufen. Weisen Sie derartige Angebote im eigenen Interesse unbedingt zurück. Kronen-Bouillon-Würfel sind allein echt mit unserer gefällig geschliffenen Krone.

Nährmittel-Gesellschaft „Krone“, Michaelis & Co, G. m. b. H., Berlin SW 29.

Todes-Anzeigen

Wir erfüllen hiermit die schmerzliche Pflicht, allen Freunden und Bekannten den infolge eines Gehirnschlages am Dienstag, den 28. April, erfolgten plötzlichen Tod unseres Vaters, Schwiegers- und Großvaters **Albert Harndt** anzukündigen. Familie Adolf Harndt. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 2. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 1902b

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher **Paul Neustädt** Kolonnenstraße 40 am 28. April an Blinddarmentzündung gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet morgen Freitag, den 1. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Söbber-Kirchhofes in der Frenkenwälder Straße, aus statt. Rege Beteiligung wird erwartet.

Willi Anders

Legeler Straße 37, am 26. April an Lungenerkrankung. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 30. April, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Willibrodus-Kirchhofes in der Müllerstraße aus statt. Rege Beteiligung wird erwartet.

Georg Waldow

an Lungenerkrankung. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 30. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Willibrodus-Kirchhofes in Rieder-Schönhausen aus statt. Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.

Ferner starb unser Mitglied, die Arbeiterin **Dora Schnitker** am 29. April an Lungenerkrankung. Ehre ihrem Andenken! 17/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiterverband

Zahlselle Copenid. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege **Ernst Schumann** nach langer Krankheit am 27. April verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 30. April, nachmittags 6 Uhr, von der Halle des Heiligen Friedhofes aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 87/1 Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die Kranzpenden bei der Beerdigung unseres Vaters **Franz Wolozikowsky** sagen wir allen Beteiligten unseren herzlichsten Dank. 18066 Geschwister Wolozikowsky.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Zahlselle Groß-Berlin. Bezirk Köpenick. Am Montag, den 27. April, verstarb unser Mitglied **Wilhelm Platzeck**. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, den 30. April, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Kranzengasse Köpenick aus statt. 66/16 Die Ortsverwaltung.

Verein der in Schriftgießereien beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen Berlins.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schriftgießereibesitzer **Karl Dunkel** verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 1. Mai, abends 6 1/2 Uhr, von der Halle des Mariendorfer Kirchhofes, Friedenstraße, aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht 1806b Der Vorstand.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Hilfale Berlin. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maler **Paul Bock** (Nordwest) am 26. April verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 30. April, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des St. Willibrodus-Kirchhofes, Müllerstraße 44, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 186/9 Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau und Mutter **Emma Liehr** sprechen wir unseren besten Dank aus. 180 A Die Hinterbliebenen. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres innigstgeliebten Mannes und Vaters sagen wir allen Freunden und Bekannten aufrichtigsten Dank. **Berta Schumann** geb. Peisker. **Erich Schumann.** Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Tochter **Dora Schnitker** sage ich allen, allen meinen tiefgefühltesten Dank. 130 A Witwe Katharina Schnitker.

Deutscher Textilarbeiter-Verband

Hilfale Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Kollegin (Brande der Hand- und Schiffschneider) **Margarethe Röser** am 27. April im Alter von 38 Jahren an Bauchfellentzündung verstorben ist. Ehre ihrem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 1. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Heiligen Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Rege Beteiligung wünscht Die Ortsverwaltung.

Julius Jost

fagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie dem Vorstand der freien Gastwirte und den Genossen des 4. Wahlkreises, Etralauer Viertel, Bezirk 903, unseren herzlichsten Dank. **Witwe Auguste Jost** nebst Kindern.

Steppdecken

Spezialhaus **Emil Lefèvre** Berlin Oranienstr. 158. Similiseide in den Farben 4²⁵ bis 21⁰⁰ Seldenera, bord., blau, 8⁵⁰ bis 27⁰⁰ Wollatlas oliv Daunendecken 21⁰⁰ bis 125⁰⁰ Schlafdecken 2⁵⁰ bis 36⁰⁰ 1 Partie Schmitterdecken 1³⁵ graue Nach auswärtig per Nachnahme. **Spezial-Katalog** (600 Abbild.) grat. u. franko

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 3. Berl. Reichstagswahlkreis. Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser Genosse und langjähriger Kassierer, der Tischlermeister **Albert Harndt** plötzlich gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 2. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 208/10 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis. 3. Abt. Bezirk 532. Am Montag, den 27. April, verstarb unser Genosse, der Maler **Paul Lemm** Oberberger Str. 38. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet morgen Freitag, den 1. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Willibrodus-Kirchhofes in Rieder-Schönhausen - Nordend aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.** 17. Abt. Bezirk 825. **Nachruf.** Am Mittwoch, den 22. April, verstarb unser Genosse, der Radierer **Karl Viebranz** Bornemannstr. 5. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung batam Sonntag bereits stattgefunden. 227/6 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis. Stralauer Viertel. Bezirk 301, II. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin **Frau Margarete Röser** 53ddterstr. 10 gestorben ist. Ehre ihrem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 1. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 213/4 **Der Vorstand.**

Den Tod unserer lieben Mutter **Sophie Knobbe** zeigen tiefbetrübt an Charlottenburg, 29. 4. 14 **Geschwister Knobbe.** Die Beerdigung findet am 2. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr, in Eilandsdorf (Südwest-Kirchhof) statt. 10/1. Bahnhof Charl. 1.35 Uhr.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“. Mitgliedschaft Copenid. Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Sportgenosse, der Arbeiter **Ernst Schumann** am 27. April nach schwerem Verstoß verstorben ist. Ehre ihrem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle aus statt. Um rege Beteiligung der Mitglieder bitten 11/12 **Der Vertrauensmann.**

Allen Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau **Berta Röser** am Montag, den 27. April, verstorben ist. Dies zeigt tiefbetrübt an **Paul Röser** und Tochter **Böttcherstraße 10.** Die Beerdigung findet am Freitag, den 1. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 88/1

WESTMAN
Mohren-Strasse 37a (Kolonnaden)
Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstrasse)

Heute und morgen
10 bis 2 Uhr, 3 bis 8 Uhr

4 Serien
Kostüme
Mäntel

Se I: früher 26.— bis 40.— für... 18.—
Se II: früher 60.— bis 74.— für... 28.—
Se III: früher 76.— bis 90.— für... 39.—
Se IV: früher 98.— bis 135.— für... 59.—

In diesen 4 Serien sind die teuersten Modelle und aparte Neuheiten, auch für starkste Figuren enthalt.

Passend für die Reise:
Lodencape 10^{1/2}, Lodenmantel 16.—
Lodenkost. 25.— Sportjacketts 7^{1/2},
Sonntag 8 bis 10 U. geöffnet!



mitglieder konsultieren können. Bekanntlich hat schon ein anderes Mitglied des mittelhochdeutschen Fürstentums als Arzt gewirkt, der vor einiger Zeit verstorbene Herzog Karl Theodor, der sich auf dem Gebiete der Augenheilkunde einen geachteten Namen erworben hatte und auch manchem Unheil mittelst unangenehm seiner Hilfe abgewehrt. In süddeutschen Fürstentümern macht sich augenscheinlich eine „Entartung“ bemerkbar. Hatte doch auch eine würtembergische Fürstentochter, die eben verstorbene Herzogin Pauline, unter Verzicht auf ihre angebornenen Titel und Würden, einen einfachen Arzt, den Medizinalrat Dr. Wilim, geheiratet und nicht nur ihrem Manne in seinem Berufe getreulich zur Seite gestanden, sondern sich politisch sogar sehr weit nach links entwickelt. Die richtigen „Instrumente des Himmels“ gedeihen scheinbar nur in der Umgebung der echt russischen und baltischen Leute. In diesem Milieu verheimlicht man eine bürgerliche Tätigkeit noch genau so, wie vor fünf- und sechs Jahren. Da vertriebt man sich die Zeit noch ausschließlich mit Reiten, Schießen und Jagen aller Art. Zwar sollen die Prinzen einer alten Tradition gemäß noch ein Handwerk erlernen. Aber, wenn Uebung die Reiter macht, dürfen sie im Ernstfalle häufig arbeitslos sein und vor ziemlich leeren Kompottschüsseln sitzen.

Gerichtszeitung.

Ein Nachspiel zum Essener Meineidsprozeß.

Der ehemalige Kaiserdelegierte Bergmann Schröder und eine Anzahl andere Personen waren bekanntlich am 17. August 1895 vom Schwurgericht Essen wegen Meineids zu schweren Zuchthausstrafen unschuldig auf Grund eines Gendarmeneides verurteilt worden. Lange Jahre, nachdem die Verurteilten ihre Strafe verbüßt hatten, wurden sie dann im Jahre 1911 im Wiederaufnahmeverfahren durch Urteil des Schwurgerichts Essen freigesprochen; zugleich wurde die Staatskasse wegen des durch die Strafen erlittenen Schadens auf Grund des Gesetzes vom 20. Mai 1898 für entschädigungspflichtig erklärt. Unter den Verurteilten und später freigesprochenen befand sich auch der Bergmann Wilking in Scharnhorst. Er hatte drei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust erhalten und die Zuchthausstrafe bis zum 3. Oktober 1898 verbüßt. Durch Bescheid des Justizministers vom 10. Juni 1911 wurde ihm für die unschuldig erlittene Strafe eine Entschädigung von 4000 Mark zugewilligt. Wilking verlangt aber außerdem Ersatz dafür, daß er die Mitgliedschaft der Pensionkasse des Knappschaftsvereins und damit die ihm und seinen Angehörigen zulebenden Ansprüche auf Invalidenbeziehungswise Hinterbliebenenrente verloren habe.

Seine hierauf gerichtete Klage gegen den preussischen Justizfiskus ist vom Landgericht Dortmund abgewiesen worden. Dagegen hat das Oberlandesgericht Hamm zugunsten des Klägers entschieden und festgestellt, daß der Fiskus verpflichtet ist, im Falle der Invalidität oder des Todes des Klägers ihm oder seinen Angehörigen diejenigen Ansprüche zu gewähren, die er an die Pensionkasse des Knappschaftsvereins gehabt haben würde, wenn er nicht infolge der Zuchthausstrafe seiner Rechte gegen die Kasse verlustig gegangen wäre.

Ohne Erfolg versuchte es hiergegen der Justizfiskus mit dem Rechtsmittel der Revision: das Reichsgericht

hat am Montag das Urteil des Oberlandesgerichts bestätigt und die Revision zurückgewiesen.

Dem Milieu des Treuberg-Prozesses

entstammt die Anklage wegen Betruges und Wuchers, die gestern den Grundstücksmaier Ernst Floride vor die 3. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsrats Rödelins führte.

Der Rentier a. D. Hans Scania von Stechow, nach dem Tode seines Vaters sehr zeitig des Rittergutes Köben, befand sich im Oktober 1910 in Geldverlegenheit. Er wollte nach Meran reisen, um sich dort mit einer wohlhabenden Dame zu verloben. Es fehlten ihm aber die für diesen Zweck nötigen Bewegungsgelder. Um solche zu erlangen, wandte er sich an die ihm bekannte damalige Gräfin Pfeiffer von Treuberg bzw. den im Treuberg-Prozess als Zeuge aufgetretenen Rentier a. D. Scante und kam durch diese mit dem Angeklagten in Verbindung. Von diesem erhielt er zwar nicht das ihm notwendige bare Geld, vielmehr verkaufte ihm Floride vier Niefenbilder, die bisher zu Ausstellungszwecken gedient hatten: das Reichsische Sensationsbild „Sitriol“, das Bild „Lada Gubwa“ und zwei andere Bilder, die nach der Ansicht des Angeklagten einen eminenten Wert haben sollten und angeblich sofort von Herrn v. Stechow zu Gelde gemacht werden könnten. Er woz auch die Bemerkung hin, daß ein Herr Simon — der Zeuge v. Stechow glaubte, es handele sich um den Kommerzienrat Simon in der Tiergartenstraße — sich schon bereit erklärt habe, die Bilder für 25 000 M. zu kaufen. v. Stechow ließ sich dadurch bewegen, auf die Differenz einzugehen und unterzeichnete einen ganzen Haufen von Wechsellin im Gesamtwerte von 30 000 M., wogegen ihm die Bilder überlassen werden sollten. Da es sich um Kolossalgemälde handelte, so ließ sie v. Stechow zunächst in der Wohnung des Angeklagten, reiste ohne das ersuchte Geld nach Meran ab und beauftragte die mit Vollmacht ausgestattete Gräfin Treuberg, die Bilder abzuholen. Die Herausgabe der Bilder wurde verweigert. v. Stechow ist dann kläger gegen den Angeklagten geworden und dieser ist auch zur Herausgabe der Bilder verurteilt worden, doch blieb dies Urteil ohne greifbaren Erfolg. Inzwischen hatte der Angeklagte die Wechsel, von denen nach der Befundung des Zeugen v. Stechow zunächst nur solche in Höhe von 2400 M. herausgegeben und die anderen zur Prolongation dienen sollten, weitergegeben. v. Stechow wurde auf Verzehrung der Wechsel verklagt und das Ergebnis dieser sonderbaren Transaktion ist das: Herr v. Stechow hat im ganzen für Wechsel und Gerichtskosten 31 850 M. zahlen müssen und bis zum heutigen Tage die Bilder, die inzwischen auch in andere Hände übergegangen sind, nicht erhalten.

Der Angeklagte behauptete, daß ihm die Bilder selbst über 30 000 M. gekostet hätten: er habe sie von den Kunstmalern Güntherschen Eheleuten erworben, die mit den Bildern herumgeritten seien und sie ausgehellt haben. Auf Grund einer Grundstücksvermittlung haben ihm die Güntherschen Eheleute eine Provision von 14 000 M. zugestanden, er habe ihnen noch ein Tertium bei Wabelsberg überwiesen und dafür seien ihm die Bilder überantwortet worden. Die Wechsel des Herrn v. Stechow habe er zunächst vergeblich versucht unterzubringen, da dieser nicht zahlungsfähig erschienen sei, die Bilder könne er nicht herausgeben, weil sie nicht mehr in seinen Händen und der Inhaber der Bilder seinen eingegangenen Verpflichtungen nicht nachgekommen sei. — Der Sachverständige, Kunsthändler Wachtel, hat seinerzeit im Treuberg-Prozess den Gesamtwert der Bilder auf 9800 M. (Handelswert) geschätzt. Seit jener Zeit soll sich aber der Wert verringert haben. Die Bilder seien zu Ausstellungszwecken mit vielem Erfolg benutzt worden. Herr Professor Reide habe seinerzeit mit seinem bekannten Bild: „Die Lebensmühen“ ein Vermögen verdient, sein zweites Sensationsbild „Sitriol“ habe gleichfalls einen bestimmten Sensationswert. „Lada Gubwa“ sei eine Sensations-

malerei à la Mona Lina, ein dürftiges Nachwerk. Die anderen Bilder hätten nachste Frauengemüther ohne besonderen Kunstwert dar.

Unter den vernommenen Zeugen befand sich auch die verheiratete „Gräfin Treuberg“, die sich jetzt noch nach ihrem Mädchennamen Elisabeth Uhl nennt. Sie wurde aus dem Frauengefängnis in der Barnimstraße vorgeführt. Es scheint ihr Gedächtnis gelitten zu haben, denn sie erklärte, sich der Einzelheiten des mit v. Stechow inszenierten Geschäfts nicht mehr erinnern zu können. Der Staatsanwalt Assessor Junz hielt den Angeklagten für überführt und beantragte gegen den Angeklagten 2 Jahre Gefängnis. Nach langer Beratung glaubte sich der Gerichtshof einigen Anträgen des Rechtsanwalts Solms nicht verschließen zu können, die dahin gingen, noch die Güntherschen Eheleute und die noch begünstigt der Bilder resp. der Wechsel in Frage kommenden Kaufleute Weßlau und Wahlen vorzuladen. Die Verhandlung verlief daher nach mehrstündiger Dauer der Verurteilung.

Auf der Jagd gegen Arbeiter-Turner.

Vor dem Potsdamer Bezirksauschuß lagte am Dienstag der Landrat von Jüterbog gegen den Verein Lützenwalder Turnerschaft G. V. auf Entziehung der Rechtsfähigkeit. In der Streitfrage handelte es sich um die Feststellung, daß der eingetragene Verein zu den politischen Vereinen zu zählen und deshalb auf ihn die Bestimmungen des § 3 Absatz 2 des Vereinsgesetzes anwendbar seien. Den Verein vertrat der Vorsitzende Rieles.

Am 6. Januar 1906 wurde der Verein gegründet und eingetragen, das Statut des Vereins wurde mehrfach geändert, um das Bestreben des Vereins, die turnerischen und wandersportlichen Interessen neben der Pflege der Geselligkeit weiteren Kreisen zugänglich zu machen. Zur Förderung der politischen Interessen der Mitglieder wurde eine Bucherei angeschafft. Am 28. Mai 1913 erstieg der Landrat eine Verfügung an den Verein, seine Mitgliedsliste und die Satzung einzureichen, da er politischen Tendenzen diene. Vergeblich beauftragte sich der Verein beim Regierungspräsidenten und beim Oberpräsidenten.

Rumrühr erob in Verwaltungsstreitverfahren der Landrat die Klage auf Entziehung der Rechtsfähigkeit. Diese stützte er auf § 43 des Bürgerlichen Gesetzbuches, der besagt: Einem Vereine, der nach der Satzung einen politischen, sozialpolitischen oder religiösen Zweck nicht hat, kann die Rechtsfähigkeit entzogen werden, wenn er einen solchen Zweck verfolgt. Zum Nachweise des politischen Charakters der Lützenwalder Turnerschaft führte der Landrat an, der Verein sei dem Arbeiter-Turnerbund in Leipzig angeschlossen; der Vorstand und die Mitglieder gehörten größtenteils der sozialdemokratischen Parteiorganisation an, der Verein halte die Arbeiter-Turnerzeitung, die nur politischen Interessen diene und schließlich spreche noch für die politischen Tendenzen des Vereins, daß er seine Bekanntmachungen in der „Brandenburger Zeitung“ inseriere. Das vom Verein gehaltene Liederbuch: „Der Arbeiter-Turner“ enthalte fast ausschließlich sozialdemokratische Lieder. Besonders bemerkenswert sei die Satzungsbekanntmachung, daß nach Auflösung des Vereins das Vermögen dem Arbeiter-Turnerbund zufalle, der als sozialdemokratisch bekannt sei.

Der Vertreter des Vereins legte dar, daß kein Beweis für den politischen Charakter des Vereins geführt sei. Aus dem Abonnement auf das Arbeiter-Turnerblatt lasse sich nichts folgern, da er nur Sachartikel bringe. Ebenso wenig könne man aus der Inanspruchnahme der „Brandenburger Zeitung“ als Inserationsorgan irgend etwas Politisches schließen, die ja auch amtlichen Publikationen diene. In dem Liederbuch sei kein einziges politisches Lied enthalten. Meinige Ausgabe des Vereins sei die Turnerei und der mit Geselligkeit verbundene Wandersport. Der Vereinsvorsitzende bemerkte noch, daß weder der Bund noch der Verein von einem ordentlichen Verichte jemals als politisch charakterisiert worden sei.

Der Bezirksauschuß schloß sich den Darlegungen des Landrats an. Dem Verein wurde die Rechtsfähigkeit entzogen.



Staubmantel aus Popeline mit schottracher Seide garniert
M. 25⁰⁰

Mäntel

Special-Angebote unseres Stammhauses am Oranienplatz

Seidene Mäntel aus Eolienne und gemustert Seide . . M. 32⁰⁰ 44⁰⁰ 49⁰⁰ 54⁰⁰ 65⁰⁰

Seidene Jacken Blusenform, aus Eolienne und Moire M. 16⁵⁰ 19⁵⁰ 24⁰⁰ 29⁰⁰ 36⁰⁰

Schwarze Mäntel aus Tuch, Alpaka, Kammgarnstoffen. M. 18⁵⁰ 24⁵⁰ 29⁵⁰ 34⁰⁰ 39⁰⁰

Staub-Mäntel aus leichten, haltbaren Stoffen M. 14⁵⁰ 18⁵⁰ 22⁵⁰ 26⁵⁰ 32⁰⁰

Sport-Jacken aus Velvet- und Phantasiesoßen M. 9⁷⁵ 11⁵⁰ 14⁵⁰ 17⁵⁰ 19⁵⁰

Ein Posten Kostüme früher 32-50 jetzt 19⁰⁰ | früher 36-65 jetzt 29⁰⁰ | früher 45-120 jetzt 39⁰⁰

Im Parterre: 3 Posten wo ens Knaben-Anzüge früher 8.50-12 jetzt 5⁹⁰ | früher 12-20 jetzt 7⁹⁰ | früher 18-32 jetzt 10⁹⁰

ca. 3500 Blusen zu billigen Preisen

R. M. Maasssen G. M. B. H.

Öffentliche politische Versammlungen.

Sozialdemokr. Wahlverein Berlin-Wilmersdorf.

Maifeier

am Freitag, den 1. Mai 1914, abends 8 Uhr, im „Vittoriaaal“ (großer Saal), Wilhelmstraße 111.

Mitwirkende: Frau Hedwig Michaelis (Sängerin); Herr Werner Scholl (Reines Volkstheater, Rezitation); Reichstagsabg. Dr. Georges Weill (Festrede); Frl. Susanna Friedberg (Klavier); Männerchor Wilmersdorf.

Kinematographische Vorführungen.
Eintritt 25 Pfennig, für arbeitslose Parteimitglieder frei.
Gäste, Männer und Frauen sind willkommen!

Der Bildungsausschuss.

Der Einberufer: E. Fabian, Hohenstaufenstr. 192.

Freitag, nachmittags 3-7 Uhr, im „Vittoriagarten“:
Kinderfest.

(Spiele, Kasperltheater, Fackelzug usw.) Eintritt frei!

Holzarbeiter.

Nach dem Beschluß der Vertrauensmänner-Versammlung soll die

Maifeier durch Arbeitsruhe

begangen werden. — Die Ortsverwaltung erwartet von den Mitgliedern die strikte Einhaltung dieses Beschlusses.

Die Maiverammlung

findet statt
vormittags 10 Uhr in der Neuen Welt, Hafenside 108/114.
Referent: Genosse Karl Hetzschold.

Die Mitglieder der einzelnen Branchen treffen sich vormittags 8 Uhr in folgenden Lokalen:

- Bürstenmacher bei Fernel, Holzmarktstr. 21.
- Jalousiearbeiter bei Greibe, Kungestr. 30.
- Kammacher bei Fernel, Holzmarktstr. 21.
- Kistenmacher bei Wätsch, Krautstr. 24.
- Klavierarbeiter im Wätsch'schen Hof, Admiralstr. 18c.
- Korbmacher bei Kranke, Mariannenplatz 8.
- Küchenmöbeltischler im Englischen Hof, Alexanderstr. 77c.
- Ladentischler im Englischen Hof, Alexanderstr. 77c.
- Modell- und Fabriktschler im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11/12.
- Perlmutterarbeiter bei Thomas, Reichstr. 5.
- Rahmenmacher bei Wätsch, Kungestr. 30.
- Schirmmacher bei Andrig, An der Straßauer Brücke 3.
- Stellmacher im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11/12.
- Stockerarbeiter bei Fernel, Holzmarktstr. 21.
- Theaterstischler bei Greibe, Kungestr. 30.
- Vergolder bei Schwann, Engländer 1.

Die Tischler, Drechsler, Häbelpollerer und Maschinenarbeiter treffen sich in den Lokalen, in denen sie ihre Werkstatt-Stationen abhalten und gehen von dort nach der Neuen Welt, Hafenside 108/114.

Die Holzarbeiter von Weißensee, Lichtenberg und Friedrichsfelde nehmen an den in diesen Orten stattfindenden Versammlungen teil. — Die Kollegen von Weißensee versammeln sich um 9 Uhr im Prälaten, Leberstr. 122. Dasselbst werden auch die Matramen ausgegeben.

Jeder feiernde Kollege erhält zur Kontrolle eine Maierkarte in der Neuen Welt.

Achtung! Arbeitslose. Achtung!

Die Arbeitslosen brauchen am 1. Mai den Arbeitsnachweis nicht zu besorgen und die Arbeitslosenkarten nicht steuern zu lassen.

Das Verbandsbureau

ist am 1. Mai den ganzen Tag geschlossen.

Die Kollegen, die den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern, melden sich am 2. Mai in den Betrieben zur Arbeit. Werden sie ausgesperrt, so stellt der Werkstat- vertrauensmann die Zahl der Aussperrten fest und meldet sich in der Zeit von 9 bis 12 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 1. Die Ortsverwaltung.

Verband der Lithographen, Steindruckere

und verwandten Berufe.

Freitag, den 1. Mai 1914, vormittags 10 Uhr, im kleinen Saal der Berliner Bockbrauerei, Tempelhofer Berg:

Maifeier.

Referent: Kollege Otto Sillier.

Zerfassung für Chemigraben, Licht- und Kupferdrucker und Photograben vormittags pünktlich 9 Uhr im „Graphischen Vereins- haus“, Wiegandstr. 44.

Zerfassung für Lithographen, Steindrucker und Formstichter vormittags pünktlich 9 Uhr im „Berliner Klubhaus“, NO, Dönh. 2, Nähe der Kreuzung Köpenicker, Brücken- und Reichenstr.

Die Ortsverwaltungen.

Nachtrag

zu unserer in Nr. 66 dieses Blattes veröffentlichten Bilanz. Im Laufe des Geschäftsjahres sind 433 Genossen beigetreten, 5 ausgeschieden. Es gehörten am Schluß des Geschäftsjahres 1913 der Genossenschaft 430 Genossen mit einer Gesamtbeitragssumme von M. 31 690.— an.

„PRODEGA“ Produktions- und Einkaufsgenossenschaft Berlin-Reinickendorf, Probenstr. 117/118.

Der Vorstand.

J. K.: Wald. Günther, Alb. Krufe.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.

Freitag, den 1. Mai, vorm. 10 Uhr, im kleinen Saal der Berliner Bockbrauerei, Tempelhofer Berg:

Mai-Feier

Referent: Otto Sillier.

Den Arbeitslosen wird die Maiunterstützung im Versammlungs- lokal ausbezahlt. 27/15 Der Vorstand.

Anarchisten! Sozialisten!

Freitag, den 1. Mai, mittags 12 Uhr, im Saal von Fey, Brunnenstraße 184:

Große öffentliche Maiverammlung.

Tagesordnung:

1. „Der 1. Mai und seine Bedeutung für das Proletariat“. Referent: Gen. Berthold Cahn. 2. Freie Aussprache. Zahlreiches Erscheinen erwartet. 1901b

Der Einberufer:

Union anarchistischer Vereine Berlins und Umgegend. J. A.: H. Schmidt-Reinickendorf, Auguste-Viktoria-Allee 21.

Verband „Volksgesundheit“

Sitz Dresden

Mitglied der Zentralkommission für Sport und Körperpflege Ortsverein Berlin.

Sonnabend, den 2. Mai 1914, abends 7/9 Uhr:

Öffentlicher Vortragsabend

im großen Saal der Hohenstaufen-Säle, Rottebuser Damm 76.

Liebe und Ehe in ihren Beziehungen zur Volksgesundheit. Referent: Genosse Germ. Wolf-Dresden, Redakteur der „Volksgesundheit“.

Eintritt frei. Kinder unter 18 Jahren haben keinen Zutritt. Ortsverein Berlin.

Bettfedern

Reinigung durch elektrischen Betrieb. Normaler Stand R. 3. Freie Abholung und Zustellung. Reinickendorfer Straße 9-10. Nord Tel. 1417.

R. & S. MOSES

Knaben- und Jünglings-Garderobe

Großes Lager in jeder Ausführung, nur eigene Anfertigung, zu sehr billigen Preisen. Herren-Garderobe nach Maß. Karl Hustädt, Köpenickerstr. 85, parterre, 2 Minuten vom Schief. Bahnhof.

Spezialarzt

Dr. Homeyer, u. Co. fong. Laborat. Blut-untersuchung, Gärten t. Hornw. gegenüber Kanopitulum Spr. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2. Honorar möglich, auch Teilgöhl. Separates Damenzimmer.

Achtung! am 1. Mai

bleibt auch in diesem Jahr mein Geschäft geschlossen. Arbeits-Anzüge Brunnen- Wilhelm Pahr, str. 116.

Allgemeine Ortskrankenkasse für Berlin-Tempelhof.

Bekanntmachung betr. Ausschuswahl.

Auf den Einpruch gegen die am 30. Dezember 1913 stattgefundenen Wahl der Arbeitgebervertreter für den Ausschuss der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Berlin-Tempelhof hat das Versicherungsamt des Reiches Letztes entschieden, daß nachstehend genannte Herren gewählt sind:

Als Vertreter von der Liste 1 die Herren: Kaufmann Albert George, Berlin-Tempelhof, Berliner Straße 161. Buchdruckereibesitzer Karl Schmälzing, Berlin-Tempelhof, Friedrich-Wilhelm-Straße 17. Installateur Jakob Hies, Berlin-Tempelhof, Theodorstr. 5. Elektrotechniker Aug. Küller, Berlin-Tempelhof, Friedrich-Wilhelm-Straße 6.

Als Vertreter von der Liste 2 die Herren: Installateur Gust. Tielecke, Berlin-Tempelhof, Berliner Straße 46. Praktiker Gustav Betsche, Berlin-Tempelhof, Bornstraße 50. Praktiker Werner Thiede, Berlin, Belle-Alliance-Straße 37. Direktor Otto Korfing, Berlin-Tempelhof, Schönburgstr. 7. Buchhalter Ernst Krieger, Berlin-Tempelhof, Friedrich-Stranz-Straße 15.

Praktiker Wilhelm Reutzang, Berlin-Tempelhof, Friedrich-Wilhelm-Straße 91. Kaufmann Willi Hildebrandt, Berlin-Tempelhof, Bornstraße 15. Fabrikbesitzer Otto Beyer, Siedende, Karlstr. 4. Werkmeister Heinrich Winter, Berlin-Tempelhof, Friedrich-Wilhelm-Straße 7.

Kaufmann Viktor Hamde, Berlin-Tempelhof, Schönburgstr. 6. Kaufmann Robert Ludlich, Berlin-Tempelhof, Germaniastr. 3. Als Ersatzmänner von der Liste 1 die Herren: Kohlenhändler Max Hecht, Berlin-Tempelhof, Berliner Straße 81. Kaufmann Alfons Abold, Berlin-Tempelhof, Berliner Straße 119. Lagerhalter Rudolf Sandmann, Berlin-Tempelhof, Friedrich-Wilhelm-Straße 14.

Klempnermeister Max Schmidt, Berlin-Tempelhof, Berder Str. 10. Gastwirt Paul Schmidt, Berlin-Tempelhof, Berliner Straße 49. Buchdruckereibesitzer Lito Schmidt, Berlin-Tempelhof, Berliner Straße 163. Schuhmachermeister Rudolf Kother, Berlin-Tempelhof, Berliner Straße 84. Schlossermeister Edmund Lorenz, Berlin-Tempelhof, Friedrich-Karl-Straße 111.

Als Ersatzmänner von der Liste 2 die Herren: Fabrikbesitzer Richard der Welp, Berlin-Tempelhof, Germaniastr. 158. Betriebsingenieur Alwin Juchendorf, Berlin-Tempelhof, Barstr. 11. Betriebskontrolleur Waldemar Richter, Berlin-Tempelhof, Bahnhöf. Teltowkanal. Techniker Arth. Kuffide, Berlin-Tempelhof, Erdensmeisterstr. 57.

Gärtner Richard Dunkel, Berlin-Tempelhof, Berliner Str. 157. Praktiker Louis Schick, Bornsdorf, Brandstr. 15. Praktiker Ulrich H. B., Berlin-Tempelhof, Berliner Str. 73. Werkmeister Karl Götting, Berlin-Tempelhof, Ringbahnstr. 20. Fabrikbesitzer Heinrich Gumbelach, Berlin-Tempelhof, Schönburgstr. 7. Fabrikbesitzer Paul Engel, Berlin-Tempelhof, Wollstr. 17. Buchhalter Erich Thal, Berlin-Tempelhof, Albrechtstr. 40.

Kaufmann Heinrich Albrecht, Berlin-Tempelhof, Dorfir. 31. Kaufmann Paul Bogen, Berlin-Tempelhof, Erdensmeisterstr. 51. Glashändler Julius Wähling, Berlin-Tempelhof, Kaiserin-Augusta-Straße 84. Buchhalter Rudolf Arndt, Reußlin, Bodestr. 32. Sattlermeister Max Gebhardt, Berlin-Tempelhof, Reueller 3.

Bermeister Hermann Friede, Berlin-Tempelhof, Bornstraße 1. Buchhalter Wilhelm Kollap, Berlin-Tempelhof, Reuellerstr. 13. Fabrikbesitzer Rudolf Bunt, Berlin-Tempelhof, Barstr. 2. Ritterabrilant Hermann Reigner, Berlin-Tempelhof, Ringbahnstr. 42. Sekretär Georg Hageleiter, Berlin-Tempelhof, Ringbahnstr. 3. Kaufmann Nathan Rauen, Berlin-Tempelhof, Kaiserin-Augusta-Str. 61. Berlin-Tempelhof, 28. April 1914. 27873

Der Vorstand

der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Berlin-Tempelhof. Albert George, erster Vorsitzender.

Wo? ist der schönste Ausflugsort?
Sommer noch Pichelswerder, an der neuen beim Alten Freund.

Zeitungs-Ausgabestellen und Inseraten-Annahme.

- Zentrum: Albert Dahnisch, Kderstr. 174, am Koppensplatz. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
- Wahlkreis: S. und SW.: Gustav Schmidt, Bärrnialstr. 42, an der Oranienaustrage. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.
- Wahlkreis: E. L. Fritz, Pringestr. 31, Hof rechts part. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
- Wahlkreis: O. H. Robert Bengels, Markuststr. 36. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr. — Petersburgerplatz 4 (Laden). Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.
- Wahlkreis: S. D. H. Paul Böhm, Kaufherplatz 14/15. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.
- Wahlkreis: Leo Juch, Jannusalkstr. 12 (Hof). Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
- Wahlkreis: (Moabit): Salomon Joseph, Wilhelmshavenstr. 48. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.
- Wedding: J. Schönig, Wälschstr. 31a Ecke Ullricher Str., Laden. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.
- Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: H. Wolgast, Wallstr. 9. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.
- Gesundbrunnen: Fischer, Poststr. 6, Laden. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.
- Schönhauser Vorstadt: Karl Marx, Greifenhagenstr. 22. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.
- Adlershof: Karl Schwarzsche, Bismarckstr. 28. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
- Alt-Glienike: Wilhelm Dürre, Köpenicker Str. 6.
- Baumschulweg: J. Hornig, Wartenbaler Str. 13, I.
- Bernau, Röntgenal, Zepernick, Schönau, Schönbrück und Buch: Heinrich Dros, Wälschstr. 5, Laden.
- Bohnsdorf, Falkenberg und Falkenhorst: Paul Genfch, Bohnsdorf, Genossenschaftshaus „Paradies“.
- Charlottenburg: Gustav Schwarzenberg, Selenheimer Str. 1. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.
- Eichwalde, Schmöckwitz: Oskar Wabbe, Bismarckstr. 4.
- Erkner, Neu-Zittau: Emil Zwang, Scharnweidstr. 10.
- Friedersdorf-Petershagen, Eggersdorf: E. Hölscher, B. Petershagen.
- Friedenau, Steglitz, Süden, Groß-Lichterfelde, Lankwitz: J. Bernice, Alsenstr. 5 in Steglitz. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
- Friedrichshagen, Fichtenau, Rahnsdorf, Schöneiche, Kl.-Schönebeck: Ernst Berimann, Friedrichshagen, Köpenicker Straße 18.
- Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10.
- Johannisthal, Rudow: Max Gonschur, Barstr. 6.
- Karlshorst: Richard Käfer, Köpenicker Str. 11.
- Königs-Wusterhausen, Wildau, Niederlehme: Friedrich Baumann, Sahnbostr. 2, Eingang Berlower Straße.

- Köpenick: Emil Böhler, Rieystr. 6, Laden. Geöffnet von morgens 7 Uhr bis abends 8 Uhr.
- Lichtenberg, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen: Otto Seifert, Wartenbergstr. 1 (Laden). Geöffnet von 8 1/2-2 und von 4 1/2-7 Uhr.
- Mahlsdorf, Kaulsdorf, Biesdorf: F. Heßberg, Kaulsdorf, Ferdinandstr. 17.
- Mariendorf: August Leib, Chausseestr. 29.
- Mariensfelde: Emil Weinert, Berliner Str. 114 II.
- Neuenhagen, Hoppegarten: C. Kachow, Bolterstraße 31.
- Neukölln: H. Heinrich, Redakt. 2, im Laden. Geöffnet von 9-1 und von 4-7 Uhr; Reußlin, Brig: Kother, Steglitzstr. 28/29. Geöffnet von 7-1 und von 4-7 Uhr.
- Nieder-Schöneweide: Wilhelm Hurng, Siedenstr. 10, II.
- Nowawes: Wilhelm Jappe, Luthenstr. 2.
- Ober-Schöneweide: Alfred Bader, Wilhelmminnenhofstr. 17, Laden. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
- Pankow, Niederschönhausen, Nordend, Frz.-Buchholz, Blankenburg: Rigmann, Wälschstr. 30. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
- Reinickendorf - Ost, Wilhelmruh und Schönholz: G. Ulrich, Probenstr. 56, Laden. Geöffnet von 11-12, u. 4 1/2-7 Uhr.
- Rummelsburg, Boxhagen, Stralau: A. Rosenkrantz, Altdorhagen 56. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
- Schönendorf b. Königs-Wusterhausen: Chr. Hantsche, Dorfir. 10.
- Schöneberg: Wilhelm Schumier, Martin Lutherstr. 69, im Laden. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.
- Spandau, Konradsdamm, Staaken, Seefeld und Falkenhagen: Köppen, Dreitestr. 64. Geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
- Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Bernsdorf, Hohen-Neuendorf, Birkenwerder, Freie Scholle u. Reinickendorf-West: Paul Kiens, Borsigwalde, Rumpstr. 10. Geöffnet von 11-12, u. von 4 1/2-7 Uhr.
- Teltow: Wilhelm Boman, Teltow, Berliner Str. 15.
- Tempelhof: Rob. Krohn, Bornstraße 62.
- Treptow: Rob. Gramenz, Rieboldstr. 412, Laden. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
- Weißensee, Heinersdorf: R. Juchmann, Sebanstr. 100, part. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
- Wilmersdorf, Halensee, Schmargendorf: Paul Schubert, Wilhelmstr. 27.
- Zeuthen, Miersdorf: Ernst Düttig, Zeuthen, Miersdorfer Str. 14.

Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert. Sonntags sind die Ausgabestellen geschlossen.

H. Detken & Co.

Tel.: Marienplatz 13268 Oranienstraße 166 Nahe dem Oranienplatz Katalog gratis Mod. Spezialhaus f. Herren- u. Knaben-Garderobe Für pa. Verarbeitung u. tadellof. Sie übernehmen wir jede Garantie

Herren-Jackettanzüge Marengo-Paletots und Covercoat-Sport-Paletots in prima Verarbeitung und eleganter Ausführung: M. 19, 23, 26, 29, 33, 36, 39, 43, 46, 49 usw. Phantastie- und Wasch-Westen in ganz neuen Dessins, aparte, neue Formen: M. 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15 usw. Gestreifte Hosen, haltbare Qualitäten, eleganter Schnitt, enorme Auswahl. Spezial-Abteilung für Knaben- und Jünglings-Bekleidung. Slets gr. Husen, in jeder Art und sämtlichen Vorlesagen. Katalog gratis

Resolution für die Maifeier-Versammlungen.

Zum 25. Male demonstriert das Klassenbewusste Proletariat aller Länder für den Ausbau der Arbeiterkühlforderungen, die der Internationale Arbeiterkongress zu Paris am 20. Juli 1889 erhoben hat.

Die Versammelten fordern deshalb in erster Linie die gesetzliche Einführung des Achtstundentages für alle in der Industrie, im Handwerk, im Handel und Verkehr Beschäftigten, sowie wirkliche Koalitionsfreiheit.

Mit Hohn sind in den letzten Jahren die Forderungen nach mehr Schutz und Hilfe für die Arbeiter, ihre Witwen und Waisen zurückgewiesen worden.

Wo immer die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit gestellt worden ist, stets erfolgte schroffe Ablehnung.

Die wirtschaftliche Krise hat Zehntausende zur Arbeitslosigkeit verurteilt und dadurch zahllose Familien der ärgsten Not ausgeliefert. Die geforderte Arbeitslosenfürsorge wurde von der Reichsregierung und der bürgerlichen Reichstagsmehrheit unter nichtigen Vorwänden abgelehnt.

Die Gewerkschaften, die Helfer und Schützer der Arbeiter, werden in der gehässigsten Weise verfolgt. Die Unterstellung der Gewerkschaften unter das Vereinsgesetz und die Verfolgung der Arbeiterjugend sind ebenso deutliche Zeichen des Wirkens der Reaktion, wie die gewaltsame „Erhebung“ der Krankenkassenangestellten

in den „Beamtenstand“ und die in den Parlamenten aufgestellte Forderung der Zertrümmerung des Koalitionsrechts.

Schwere Bestrafungen ehelicher Arbeiter, die Streikbrecher beleidigt haben sollen, sind an der Tagesordnung. Die Freisprechung von Streikbrechern, die organisierte Arbeiter erschossen oder erstochen haben, ruft immer von neuem Empörung hervor.

Die Militärdiktatur wird immer dreister. Das Geschrei nach weiteren Rüstungen immer unerträglicher. Bis an die Zähne bewaffnet stehen die europäischen Großmächte in zwei Dreiecken sich gegenüber, und in der gewissenlosesten Weise wird die Verheerung der Völker durch die kapitalistischen Kriegsinteressenten und ihre Söldlinge betrieben.

Angeichts der Tatsache, daß der Imperialismus infolge seiner immer gemeingefährlicher werdenden Rüstungspolitik, die nicht nur die Kriegsgefahr steigert und am Marke der Völker zehrt, die Sozialpolitik nahezu zum Stillstand gebracht hat, erheben die Versammelten energischen Protest gegen die Rüstungen zu Lande, zu Wasser und in der Luft.

Die Versammelten wissen sich in diesen Protesten einig mit der Klassenbewussten Arbeiterklasse der ganzen Welt. Sie übersenden den heute versammelten Maideemonstranten brüderliche Grüße und geloben erneut, unermüdet kämpfen zu wollen

**für völlige Koalitionsfreiheit,
gegen den Kapitalismus und Imperialismus,
gegen die Kriegshekerei und Kriegsrüstungen!**

Her mit dem Achtstundentag! Es lebe der Völkerfrieden!

Reichstag.

211. Sitzung, Mittwoch, den 20. April, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsliche: v. Falkenhayn.

Auf der Tagesordnung steht die

erste Beratung des Ergänzungssetz.

Preussischer Kriegsminister v. Falkenhayn:

Der Verwendung des Grundstücks in der Viktoriastraße hat man eine Bedeutung beigegeben, die ihr nicht zukommt. Es handelt sich nicht um eine politische, sondern um eine rein wirtschaftliche Zweckmäßigkeitsfrage. Durch den Beschluß des Reichstages, das Grundstück dem Reichschatzamt zu überweisen, ist das Budgetrecht des Reichstages gebrochen worden. Die Aufstellung ist erfolgt, aber der Reichschatzamtsekretär hat mir mitgeteilt, daß er keine andere Verwendung für das Grundstück hat, auch von einem Dritten ist kein Angebot eingegangen. Das kann auch nicht überraschen, denn jeder Dritte müßte ja noch die Gebäudekosten tragen. Die einzige Partei, bei der das nicht nötig ist, ist die Heeresverwaltung, wenn das Grundstück der Bestimmung zugeführt wird für die es vorbereitet ist. Mittlerweile habe ich mich überzeugt, daß es unverantwortlich wäre, die endgültige Entscheidung über die Verwendung des Grundstücks noch ein Jahr hinauszuschieben, die Gebäude würden dann verrotten und verfallen. Die Regierung müßte daher die Vorlage bringen. Trotzdem ist behauptet worden, sie bedeute eine Beleidigung des Reichstages.

eine Machprobe zwischen Säbelkammer und Parlament.

(Sehr richtig! links.) Wie man von einer Beleidigung des hohen Hauses sprechen kann, ist mir unerfindlich, nachdem ich offen und ehrlich den Fehler, der begangen ist, zugegeben habe, und nachdem ich ebenso offen Ihnen jede überhaupt mögliche Garantie gegeben habe, daß die Heeresverwaltung aus der bitteren Erfahrung mit diesem Handel eine Lehre für die Zukunft ziehen wird, und nachdem ich die herbe Bitte, die in der Resolution des Reichstages und in der Ueberweisung des Grundstücks an das Reichschatzamt lag, heruntergeschluckt habe. Wenn es den Herren von der „Säbelkammer“ auf eine Machprobe anlämmt, so würden sie sich wirklich ein anderes Objekt aussuchen, als ein Grundstück in Berlin. Sollten Sie zu der Ueberzeugung kommen, daß Sie dem Vorschlag nicht zustimmen können, so werden wir das ertragen müssen. Aber für die Vorlage ist maßgebend gewesen nur der Gedanke an das wirtschaftliche und dienstliche Interesse des Reiches. Daß das Militärkabinett zweckdienlich untergebracht sein muß, wird doch auch der nicht beitreten, der gegen die gewöhnliche Stellung des Militärkabinetts Einwände anzuheben hat. Gegenwärtig ist das Militärkabinett ganz unzulänglich untergebracht. Daß dem Chef des Militärkabinetts eine Dienstwohnung zusteht, wird doch auch niemand bestreiten, um so weniger, als dem Chef des Marinekabinetts ein neues Dienstgebäude zwei Straßen weiter gegeben worden ist. Nun hat das Reich ein Grundstück in der Hand, das für die Zwecke des Militärkabinetts vorbereitet worden ist; — wie es dazu gekommen ist, ist ja eine andere Frage. Eine andere Verwendung des Grundstücks ist nicht vorhanden, die Gebäude fallen einfach zusammen, wenn nichts geschieht. Wenn ich unter diesen Umständen nicht mit dieser Vorlage gekommen wäre, so würde ich nicht nur unzuverlässig und unwirtschaftlich, sondern meiner Heeresverwaltung nach auch unverständig und pflichtwidrig gehandelt haben. (Zustimmung rechts.)

Abg. Stüden (Soz.):

Mit der Auffassung, daß die Vorlage keine politische Bedeutung habe, dürfte der Kriegsminister wohl allein stehen, abgesehen von der Reaktion. Daß der Schatzamtsekretär das Grundstück nicht verkauft hat, ist mir ganz klar; es wäre ihm sehr schlecht gegangen, hätte er ein Gebäude verkauft, das der Reichsregierung übergeben ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es wird zu prüfen sein, ob überhaupt der Versuch des Verkaufs gemacht worden ist. Im Gegentrag zum Kriegsminister meine ich, diese Vorlage ist eine der ungeschicktesten, die jemals dem Reichstage unterbreitet worden ist. Vor kaum vier Wochen hat der Reichstag beschlossen, das Anwesen dem Reichschatzamt zu überweisen und es zu verwalten, und noch kaum vier Wochen kommt die Militärverwaltung und verlangt das Gebäude wiederum für sich. Auf die sachliche Seite der Frage gehe ich nicht ein, weil die Sache in die Budgetkommission geht, und im Plenum dann noch Gelegenheit sein wird, zu zeigen, in

welcher Weise die Militärverwaltung ihren Willen durchzusetzen bemüht ist. Es handelt sich tatsächlich um eine Machfrage zwischen dem General v. Lynder und dem Reichstag. In der Sitzung vom 23. März, in der der Reichstag dem Antrag der Budgetkommission folgend das Anwesen dem Reichschatzamt überwies, mit dem Vorbehalt der Zustimmung des Reichstages zur Verwendung des Grundstücks, entstanden Differenzen über den Sinn des Beschlusses der Budgetkommission. Die große Mehrheit war der Auffassung, die Kommission habe damit verhindern wollen, daß die Militärverwaltung das Grundstück bekomme. Herr Spahn allerdings sagte, dieser Gedanke hat in dem Beschluß der Kommission nicht Ausdruck gefunden, und ist nur von zwei Parteien unterstützt worden. Aber in der Kommission ist ausdrücklich erklärt worden, daß der Sinn des Beschlusses sei, zu verhindern, daß das Militärkabinett in den Besitz der Gebäude kommen soll. Was hat die Kommission denn sonst damit gewollt, daß sie die Grundstücke dem Militärkabinett entzog und dem Reichschatzamt überließ? Doch sicherlich nicht, daß diese Grundstücke kaum vier Wochen später

dem Militärkabinett übergeben

werden sollen. Wenn Worte überhaupt einen Sinn haben, kommt jener Beschluß nur den Sinn haben, es muß verhindert werden, daß das Militärkabinett in den Besitz der Grundstücke komme. (Zustimmung links.) Der Sinn des Beschlusses war, das Reichschatzamt soll versuchen, die Grundstücke los zu machen. Man sagte, das würde auch ganz leicht sein und das Reich würde noch mit einem blauen Auge davonkommen. Aber die Unstimmigkeit, die Herr Spahn hineinbrachte, war der Haken, an dem die Militärverwaltung einsehte. Es dreht sich ja weniger um das Dienstgebäude als um die Dienstwohnung des Generals v. Lynder. Heute führte der Kriegsminister zur Begründung an, wenn der Chef des Reichsmarinekabinetts ein neues Dienstgebäude bekomme, so müsse es auch der Chef des Militärkabinetts bekommen. Das muß und vorsichtig machen bei der Bewilligung solcher Gebäude. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Kriegsminister schüttelte den Kopf, als ich sagte, es dreht sich um eine Dienstwohnung für Herrn v. Lynder. Aber der General v. Lynder hat auf das Grundstück aufmerksam gemacht, und darauf hingewiesen, daß es für eine Dienstwohnung geeignet sei. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Sache ist also eine Machfrage zwischen dem General v. Lynder und dem Reichstage. Gegen eine Verlegung des Militärkabinetts haben wir gar nichts, ich selbst habe am 23. März auf die Unzulänglichkeit des gegenwärtigen Gebäudes des Militärkabinetts hingewiesen, aber auch darauf, wie man dem Hebelstand abhelfen kann, nämlich dadurch, daß man den General v. Lynder ausquartiert und seine Wohnung zu Büroräumen benutzt, bis ein anderes Bureaugebäude hergestellt ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Daß die Vorkläufe in der Viktoriastraße gar nicht anders benutzt werden können, als für die Zwecke des Militärkabinetts, ist eine ganz unbeweisbare Behauptung. (Zustimmung links.) Wenn der Reichstag nicht den Spott der ganzen Welt auf sich laden will, so muß verhindert werden, daß das Militärkabinett seinen Willen durchsetzt und daß der General v. Lynder eine Villa bekommt, die das deutsche Volk jährlich Hunderttausende kostet. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Liesching (Sp.):

Eine Abteilung der scheidenden Feldartillerie soll nicht nach Zabern zurück, sondern nach Schleißstadt verlegt werden. Darin liegt trotz aller Beschönigungen eine Bestrafung der Stadt. Auf den für die Abteilung geforderten Übungsplatz sollte man lieber verzichten und dafür sorgen, daß endlich Ruhe in Zabern eintritt. — Was das Grundstück in der Viktoriastraße anlangt, so ist der Beschluß der Budgetkommission vom Vorredner ganz richtig gedeutet worden; an der Debatte in der Kommission haben sich in diesem Sinne keineswegs nur Sozialdemokraten und Volksparteiler beteiligt, sondern auch Nationalliberale und Mitglieder des Zentrums. (Sehr richtig!) Wenn eine abgelehnte Vorlage nach vier Wochen wiederkommt, so heißt das

ein Spiel mit dem Reichstage treiben.

(Sehr richtig!) Würden wir jetzt der Forderung zustimmen, so würden wir keinen Anspruch auf Achtung haben, es würde ein ungeheures Gelächter entstehen, namentlich in den Kreisen der Herren, die die Forderung von Anfang an vertreten haben.

Die Frage ist eine politische, nicht wegen des Militärkabinetts, sondern wegen der Preisgabe des Budgetrechts des Reichstages. (Lebhafter Zustimmung bei den Volksparteilern.)

Die Debatte schließt. Der Ergänzungssetz wird der Budgetkommission überwiesen.

Hierauf wird die Debatte über die Petitionen zur Prüfung des Impfwesens usw. fortgesetzt.

Abg. Thiele (Soz.):

Der Geheimrat Kirchner hat durch die Art seines gestrigen Auftretens jedes Anrecht verloren, sich über den wüsten Ton der Impfgegner aufzuhalten. (Lebhafter Beifall.) Es trifft nicht zu, daß in den letzten zwei Jahren nichts auf dem Gebiet des Impfwesens zur Klärung der Frage geschahen ist. Die Tabellen, auf die sich Geheimrat Kirchner beruft, beweisen nicht das, was er beweisen will. Wir wollen uns nicht auf den Glauben des Herrn Kirchner und auf den Glauben an ihn verlassen, sondern wir wollen prüfen, sowohl das Material als die Lehren, die daraus zu ziehen sind. Wenn Herr Kirchner auch gestern wieder, wenn auch etwas milder, die Impfgegner als verbrecherisch und unvernünftig hingestellt hat, so bekenne ich mich zu dieser „verbrecherischen Unvernunft“. Ich kann es allerdings nicht für vernünftig halten, ein Kind durch Impfung krank zu machen, weil es sonst „vielleicht“ krank werden würde. Den verstorbenen Abgeordneten Webel nimmt Herr Kirchner ganz mit Unrecht für seine Ansicht in Anspruch; Webel war wohl ein Freund des Impfwesens, nie aber ein Anhänger des Impfwanges. Wie kann man auch für einen Zwang sein, wenn die Regierung selbst zugibt, daß Impfschäden nicht immer zu vermeiden sind. Wenn in einer paritätischen Kommission die Gründe für und gegen den Impfwang von Fachmännern erörtert werden, dann werden wir uns aus der Lesart des Kommissionsberichts ein Urteil bilden können. Kommen wir Gegner des Impfwanges dadurch zu einer anderen Meinung, so werden wir das offen erklären. Wie kann Geheimrat Kirchner sagen, der Wehrheitsbeschluß der Kommission unterstütze ein verdammenswürdiges Experiment! Er würde seiner Sache besser dienen, wenn er seine Zunge besser im Zaume hielte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Argumentation des Geheimrats Zimmer ist ganz unverständlich. Es steht doch fest, daß bei der Schaffung des Gesetzes

ein Impfwang nicht gewollt

wurde. Die Zwangsbestimmung ist doch ausdrücklich im Entwurf gestrichen worden. Es ist auch immer nicht bekannt, wie lange die Immunisierung durch das Impfen anhält. Auch Geheimrat Kirchner hat uns wirklich wissenschaftliche Feststellungen darüber nicht bringen können. Die Verantwortung für die Verlässlichkeit der Petition soll Herr Kirchner nur und ausschließlich übernehmen. Wer sich etwas Gerechtigkeitgefühl und Objektivität bewahrt hat, muß dem Kommissionsbeschluß zustimmen. Er bezweckt nicht die Aufhebung des Impfwanges, sondern eine Untersuchung darüber, ob der Impfwang notwendig, nützlich und vom Gesetz gewollt ist. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident des Reichsgesundheitsamts Baum:

Einige Äußerungen, die gestern gefallen sind, könnten so gedeutet werden, daß das kaiserliche Gesundheitsamt nicht mehr voll auf dem Boden des Impfgesetzes stehe. Deshalb will ich erklären, daß wir in diesem Gesetz nach wie vor ein bewährtes Schutzmittel sehen, um die schrecklichen Gefahren, die in früheren Zeiten die Völkerverheerung über Land und Leute gebracht hat, zu vermeiden. Wenn auch das Impfgesetz einen Impfwang nicht vorsehen sollte, so ist durch das Gesetz auch nichts dagegen gesagt, daß die Landesbehörden bei seiner Durchführung polizeilichen Zwang anwenden. Diesen Standpunkt teilt auch das preussische Oberverwaltungsgericht. Ich gebe zu, jede Zwangsimpfung ist unerwünscht und liefert den Impfgenern Material. Zunächst sollten in solchen Fällen immer die Mittel der Ueberzeugung und Aufklärung und nur im äußersten Falle als letztes Mittel der Zwang angewendet werden. Der Abg. Bod hat die Statistik des Gesundheitsamtes angegriffen. Viele Angriffe sind aber nicht zureichend und die Statistik ist inzwischen auch verbessert worden. Wenn Abg. Bod in seinen weiteren Ausführungen andeuten wollte, daß die Ärzte ein materielles Interesse an dem Impfwang hätten, so muß ich die Verzeihung gegen einen solchen Vorwurf entschieden in Schutz nehmen. (Beifall.) Bei den geringen Impfgeldern hätten die Ärzte eher ein materielles Interesse an der Aufhebung des Impfwanges. Ich habe schon früher in diesem Hause ausgeführt, daß man zunächst niemand eine Wohlthat aufzwingen sollte. Das hat aber seine Grenze da, wo der durch die Unterlassung angerichtete Schaden nicht nur denjenigen trifft, der die Gewissensklausel benutzt, sondern die Allgemeinheit. Die Gewissensklausel würde aber dazu führen, daß die große Zahl der Nichtgeimpften eine schwere Gefahr für die

früher bedeutet. In England ist nach Einführung der
Gemeinschaft der Zahl der Nichtgeimpften ganz erheblich
angewachsen. In den Orten, wo die Pocken einmal auftreten,
schwanden sofort die Geistesbedeutenden derjenigen, die vorher auf
Grund der Gemeinschaftsbestimmungen der Impfung entzogen haben. Das
beweisen Beispiele aus Mexiko und Würzburg. Rudolf
Virchow hat sich in England 1902 zur Impffrage gedreht und
gefragt, ob er die Einführung der Gemeinschaft nicht begreifen
könne und lächerlich finde. Das sind die Ansichten eines hoch-
angesehenen Arztes und Wissenschaftlers. (Hört! hört!)
Rebet dem Reichsgesundheitsamt befehlt doch der Reichs-
gesundheitsrat. Er hat einen eigenen Ausschuss zur Bekämpfung
der Pockenkrankheit. Diesem Ausschuss wurden von mir im Februar
dieses Jahres die Ausführungsbestimmungen des Impfgesetzes zur
Begutachtung vorgelegt und es wurden dazu auch sechs impf-
gegnerische Ärzte zugezogen. Die Herren kamen sich dort
gegenüber zur Impffrage ärgern. Es ist also nicht einzusehen,
warum für diese Frage noch eine besondere Kommission eingesetzt
werden soll. Ich würde auch in Verlegenheit kommen, die nötige
Zahl impfgegnerischer Ärzte zu finden. Es gibt gar nicht so viele.
Sprechen Sie sich nicht aus für eine Befreiung des Impfwanges,
denn damit erschütterten Sie die Grundlagen des Gesetzes.

Abg. Dr. Gerlach (3.):

Wer je eine Pockenepidemie mitgemacht hat, wird die Segnung
der Impfung nicht missen wollen. Daß die Impfung einen günstigen
Einfluß auf die Pockensterblichkeit der deutschen Bevölkerung gehabt
hat, kann gar nicht bezweifelt werden.

Abg. Dr. Neumann-Hofer:

Der Antrag der Kommission enthält gewissermaßen schon eine
Entscheidung der Frage. Es wäre aber eine Vermessenheit, wenn
der Reichstag jetzt schon eine solche Entscheidung treffen wollte. Für
die Einsetzung einer Kommission tritt ein Teil meiner Freunde auch
ein. Wenn die Gegner an einem Tisch zusammensitzen, wird mehr
herauskommen, als wenn sie in gegenseitigen Proklamationen
vorbeireden.

Geheimrat Dr. Kirchner:

Das Impfgesetz ist nicht, wie der Abg. Volz gestern behauptete,
mit 2 Stimmen Mehrheit, sondern mit 183 gegen 119 Stimmen
angenommen worden. Auch die Äußerung des Professors Gerlach,
die der Abg. Volz gestern zitierte, stellt dieser in Abrede, er ist ein
Anhänger der Impfung. Daß das Diphtherieerum etwas
Gutes ist, wird auch niemand bestritten können, der bedenkt, daß die
Diphtherieerkrankung seitdem von 60 000 auf 11 000 zurückgegangen
ist. Herrn Pfeiffer nehme ich sehr übel, daß er die Güte der
vom Staate gelieferten Impfung in Zweifel zieht. Herr Thiele
hat mich mißverständlich, er hätte besser zuhören sollen. (Unruhe bei
den Sozialdemokraten.) — Der Reichstag kann nur urteilen auf
der Grundlage, die die Wissenschaft liefert; nicht aber auf Grund
der Behauptungen der Impfgegner, die die Wissenschaft selbst
angreifen.

Abg. Graf v. Lippersdorff (wilt):

spricht sich für die Impfung und den Impfwang aus.

Vizepräsident Dove:

Es ist eine Interpellation Albrecht und Genossen ein-
gegangen, ob der Reichstag bereit ist, einen

Verfassungsentwurf für Mecklenburg

vorzulegen, durch den für Mecklenburg eine Volksvertretung,
bestehend aus dem allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahl-
recht eingeführt wird.

Abg. Graf v. Posadowsky (wilt):

In den Ländern, wo nicht energische Maßnahmen gegen die
Pocken ergriffen werden, entstehen immer neue Pockenepidemien.
Der Rückgang der Militärausgaben beruht auf den
schlechten Wohnungsverhältnissen und auf der Aus-
breitung der Syphilis sowie den Schäden des Alkoholismus.

Abg. Bernstein (Soz.):

Die Meinungen unserer Fraktion in der Impffrage sind geteilt,
es ist ja auch keine politische Frage. Um die Gegner des Impfwangs
zu beruhigen, wäre die Einsetzung einer Kommission gewiß
wünschenswert, aber sie muß aus wissenschaftlich vorgebildeten Sach-
verständigen bestehen. Natürlich könnten auch Vertreter der Impfgegner
zugezogen werden. Die vernünftigen Impfgegner müßten vor allem gegen
die Art der Agitation ihrer Anhänger mit verlogenen statistischen
Stellung nehmen. Durch die Verbreitung solcher Flugblätter wird
dem Volke ganz unmöglich gemacht, objektiv in dieser Frage zu
urteilen. Ich erinnere an die Zustände in Indien, wo die
Bekämpfung der Pest durch den Aberglauben des Volkes, der es
gegen alle hygienischen Maßnahmen mißtrauisch macht, fast unmöglich
gemacht wird. Den Segen der Impfung habe ich hier in Berlin
bei der Pockenepidemie in den 60er Jahren selbst erfahren. Bei der
heutigen Entwicklung der bakteriologischen Wissenschaft ist ein Zweifel
an der Wirksamkeit der Schutzimpfung gar nicht mehr möglich.
(Bravo!)

Abg. Dr. Pfeiffer (3.):

polemisiert gegen einzelne Äußerungen der Vorredner und betont
wiederholt, daß bei der Schaffung des Impfgesetzes ein Impfwang
nicht beabsichtigt gewesen sei.

Geheimrat Kirchner:

So wie hier würde es auch in einer paritätischen Kommission
gehen. Impfgegner und Impfreunde würden immer wieder ihren
gegenteiligen Standpunkt vertreten.

Damit schließt die Debatte.

Es läßt ein Antrag ein auf Uebergang zur Tages-
ordnung über die Petition. Er wird genügend unterstützt durch
Mitglieder der Nationalliberalen, der Volkspartei und einige
Sozialdemokraten.

Abg. Volz (Soz.):

bestreitet, den Ärzten materielle Gründe für ihre Stellungnahme
vorgezogen zu haben, er habe nur gesagt, daß bei einer Anzahl
Ärzte materielle Gründe nicht ganz unschuldig an ihrer impfreund-
lichen Stellungnahme seien.

Der Antrag Arnstedt (L.) die Petitionen, soweit sie sich auf
Einziehung einer Kommission zur Prüfung der rechtlichen und der
impfgegnerischen und wissenschaftlichen Grundlagen beziehen zur Be-
rücksichtigung, im übrigen zur Ermöglichung zu überweisen, wird
angenommen.

Ueber den Antrag Pfeiffer (3.) auf Einziehung einer parti-
tischen Kommission und Vorlegung einer Denkschrift bleibt die
Abstimmung zweifelhaft. Der Hammerspruch ergibt seine
Abweisung mit 119 gegen 119 Stimmen. (Große Heiterkeit.)

Abgelehnt wird auch der Antrag Volz (Soz.) auf Einziehung
einer paritätischen Kommission.

Der Haus verlegt sich. Nächste Sitzung: Donnerstag,
2 Uhr. Interpellation Albrecht (Soz.) über die mecklenburgische
Verfassung. Kleine Vorlagen, Etat des Auswärtigen Amtes.
Schluß 7 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

67. Sitzung, Mittwoch, den 29. April, vorm. 11 Uhr.
Am Ministerisch: Dr. Lenzke.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der

Nachtragsetat betreffend den Erwerb des Grundstücks
Königgräber Str. 121, Prinz-Albrecht-Str. 6.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Ich muß den Finanzminister bedauern, was für ein Zaubers-
Inkubus er hier fertiggebracht hat. Plötzlich sehen wir, daß drei

Millionen mehr, als bisher angenommen worden ist, aus den
vorhandenen Einnahmequellen gewonnen werden können. Sind
neue Taxen hervorgerufen, die die Regierung plötzlich zu dem
Optimismus veranlassen, 3 Millionen mehr herauszuschlagen zu
können, oder handelt es sich einfach um ein finanzpolitisches Kunst-
stück? Das politische Wichtige an der Vorlage ist aber etwas
anderes, nämlich, daß wir hier erneut, wie im Vorjahre mit einer
Angelegenheit beschäftigt werden, die als

Stenogramm unserer inneren Verwaltung

bezeichnet werden kann. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)
Inzwischen hat ja der Reichstag in schroffer Weise gegen die
Transaktionen und Teufelsmechaniken Front gemacht, die die
Reichsregierung mit Herrn v. Winterfeld unternommen hatte.
Vor allem interessiert uns an der Sache folgendes: Der Reichs-
tag hatte einen Beschluß angenommen, monoch er sich den Regere-
gen die an der ganzen Affäre schuldigen Beamten des Reiches
ausdrücklich vorbehalt, die in großer Mißachtung des Budget-
rechts des Reichstags gehandelt hatten, hinten herum für das Militär-
kabinett eine neue bequeme Wohnung schaffen zu können. Dies
budgetwidrige Verhalten der Reichsmilitärverwaltung gehört un-
mittelbar in diese Vorlage hinein. Im vorigen Jahre haben wir
erfahren, daß in dem Betrag von 6 Millionen, um den es sich
hier handelt, nicht weniger als 2 600 000 R. enthalten seien, die
Herrn v. Winterfeld als Entschädigung gezahlt werden
müßten, weil er in bezug auf das Grundstück in der Königgräber
Straße, auf das wir reflektieren, bereits Transaktionen über-
nommen hatte, so daß nur durch diesen Schadensersatz das Grund-
stück wieder für das Reich zurückerworben werden konnte, damit
dann die Veräußerung an den preussischen Staat erfolgen konnte.
Zweifellos stehen auch in diesem Jahre diese 2 600 000 R. darin,
obwohl die Reichsregierung das schamhaft verschwiegen hat.
Diese 2 600 000 R. sollen an Herrn v. Winterfeld doch vom
Reich, nicht von Preußen gezahlt werden. Sie bedeuten seine
Abfindung für die früheren Transaktionen. Diese Abfindung ist
aber nur infolge des budgetwidrigen Verhaltens der Reichsmilitär-
verwaltung zu zahlen und deshalb haben die schuldigen Reichs-
beamten den Betrag dem Deutschen Reiche im Regerege-
zu ersetzen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nun
fordert hier die preussische Regierung, daß das Abgeordnete-
haus diesen Betrag übernimmt. (Hört! hört! bei den Sozial-
demokraten.) Also der Regerege an die schuldigen Beamten soll
auf dem preussischen Staat abgewälzt werden. Das kann unter
keinen Umständen geduldet werden. Dieses Ansuchen der Regie-
rung an das Abgeordnetenhaus bedeutet eine außerordent-
lich starke Zumutung, die auf das energischste zurück-
gewiesen werden muß. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)
Diese Vorlage ist ein Unikum, ein Phänomen an rücksichtsloser
Zumutung gegenüber einem Parlament. (Sehr wahr! bei den
Sozialdemokraten.) Ich hoffe, daß die Budgetkommission Energie
genug besitzen wird, um die Vorlage in die Volkskammer zu
werfen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Finanzminister Dr. Lenzke:

Die Behauptung des Abg. Liebknecht, die Vorlage sei
lediglich gemacht, um den Regerege von den Beamten des Reichs
auf Preußen abzuwälzen, ist absolut unzutreffend. Für uns ist
allein maßgebend das preussische Interesse und der Kaufpreis
von 6 Millionen für die Grundstücke ist ein durchaus an-
gemessener. Der Verwendungszweck als solcher steht noch
nicht fest. Es ist angeordnet, daß eventl. das Finanzministerium
dahin verlegt werden kann. Aber das kann hinterher noch anders
gerichtet werden. Die Verhältnisse, die im Reich gespielt haben,
kommen für uns gar nicht in Betracht.

Abg. Frhr. v. Maltahn (L.):

Ich beantrage, die Vorlage der Budgetkommission zu über-
weisen. Wenn neulich in den Zeitungen gestanden hat, daß der
Nachtragsetat als erste Rate 3 Millionen zur Errichtung eines
Gartens für die Abgeordneten verlangt, so trägt die Schuld
daran die Begründung des Gesetzes, in der tatsächlich der Sach-
verhalt nicht richtig dargestellt ist. Die Kommission
war im vorigen Jahre fast einstimmig der Ansicht, daß nicht der
Garten für die Abgeordneten in den Vordergrund des Interesses
zu stellen ist, sondern allgemein preussische Staatszwecke,
das heißt der Bau eines Finanzministeriums. Die Begründung,
die die Regierung dem Entwurf gegeben hat, müssen wir mit aller
Entschiedenheit ablehnen.

Die Abgg. Schwebbing (3.), Fritsch (natl.), Biered (fl.) und
Dr. Schmeide (Sp.) schließen sich dieser Auffassung an.
Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz. — Zur Geschäftsordnung):

Der Minister hat behauptet, ich hätte gesagt, die Vorlage wäre
lediglich gemacht, um den Regerege von den schuldigen Reichs-
beamten abzuwälzen und auf Preußen zu übernehmen. Das
Wort „lediglich“ hätte ich nicht gebraucht, aber ich entnehme aus
diesen Worten des Finanzministers das Zugeständnis, daß auch
dieser Zweck in der Vorlage liegt.

Abg. Ab. Hoffmann (Soz.):

Ich bin durch den Schluß der Debatte leider nicht in der
Lage, nachzuweisen, daß tatsächlich der preussische Fiskus hier
2 600 000 R. für die Sünden des Reichs militär-
fiskus zahlen soll und ferner nachzuweisen, daß der Reichs-
militärfiskus nach wie vor gleiche Schiedungen macht,
wobei jetzt die Stadt Berlin in Mitleidenschaft gezogen wird. Ich
behalte mir vor, das bei der nächsten Besung nachzuholen.

Der Nachtragsetat geht an die Budgetkommission.

Der Kultusetat.

Präsident Graf Schwerin-Löwis

macht Mitteilung davon, daß noch Vereinbarung mit den Partei-
führern in diesem Jahre statt 10, 12 Tage für die Beratung des
Kultusetats vorgesehen seien, und behält sich vor, eventuell Abwen-
dungen anzubringen, damit der Kontingenzierungsplan ein-
gehalten werden kann.

Von den Vertretern verschiedener Fraktionen
wird gegen die Ueberweisung von Abendstunden protestiert.
Hierauf wird die Beratung des Kultusetats fortgesetzt beim
Kapitel

„Ausgaben für Kirchen, und Schulwerke“.

Abg. Cassel (Sp.):

begründet den von ihm und den Nationalliberalen gestellten Antrag
auf Staatsbeiträge für leistungsschwache Synagogengemeinden.

Abg. Biered (fl.):

ist mit der Tendenz dieses Antrags sehr einverstanden, befürchtet
aber, daß dann auch andere nichtchristliche Konfessionen Staats-
gelder verlangen könnten.

Abg. Ab. Hoffmann (Soz.):

Wir fordern, daß der Staat nicht weiter mit der Religion oder
den Religionen verwickelt werde, sondern, daß endlich einmal auch
Preußen die Trennung von Kirche und Staat nähertrifft.
Das englische Unterhaus hat erst kürzlich die Trennung von Kirche
und Staat in Wales beschlossen, und eine ganze Reihe anderer
Staaten bewegen sich auch auf diesem Bahn. Mindestens aber
müßten im Etat und in der Verwaltung Kultus und Unterricht
getrennt werden, damit wir Klarheit über die Ausgaben für die
beiden Ressorts erlangen. Auch in kirchlichen Anzügen tritt man da-
für ein; so hat sich der liberale Parochialverein dafür ausgesprochen,
heute werden Staatsgelder, die nicht nur von Christen, son-
dern auch von Altkatholiken, Freireligiösen, Baptisten, Juden usw. auf-
gebracht werden, für die Kirchen verwendet, und wenn die Vorredner
hierin etwas Bedauerliches gesehen haben, so müßte das bloße Ge-

äußern gar nichts. Es ist übrigens interessant, daß, während im
vorigen Jahre der Abgeordnete Windler noch für den Antrag
Cassel eingetreten ist, sein Parteigenosse Schenk zu Schwein-
berg ihn in diesem Jahre verworfen hat. Wie hoch ist denn eigent-
lich das Kirchenvermögen, zu dem der Staat alljährlich Millionen
Beiträge zahlt? Ich meine, wirklich fromme und vornehme Leute müßten
doch zu stolz sein, um ihre Kirchen und Pfarrer von Ungläubigen
erhalten zu lassen! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)
2,7 Millionen weist der Etat für Kirchenbauten auf, davon 1/2 Million
zur Versorgung der Deutschen in den ehemals polnischen Landes-
teilen mit Kirchenbauten, und dabei haben wir doch hier oft gehört,
wie gerade dadurch der religiöse Frieden im Osten ge-
fördert wird! Wir sind durchaus bereit, zuzustimmen, daß der Kirche
alles wiedergegeben wird, was sie jemals besessen hat (Abg. Ditt-
rich (3.) nicht zustimmend), aber nur mit der einen Bedingung,
daß die Kirche den rechtmäßigen Erwerb nachweisen
muß! (Große Heiterkeit.) Das ist doch durchaus logisch, natürlich
und auf unserem Rechtssystem aufgebaut! Selbst das kirchliche
Jahresbuch muß zugeben, daß irgendwelche Klarheit über das Ver-
mögen der Kirche und über die staatlichen Zuschüsse für sie nicht
besteht. Ich bin überzeugt, daß der Etat nicht nur, wie Abg. Dr.
Traub meint, 40 Millionen für die Kirche enthält, sondern,
wenn man alles herauszieht, sogar 50 Millionen. — Die

Trennung von Kultus und Unterricht

wurde auch auf der Leipziger Tagung des Reichsverbandes der
nationalliberalen Jugend gefordert; das ist jene Or-
ganisation, die noch immer nicht begreifen will, daß sie im Interesse
des Geldsacks die Pflicht hat, sich zu entleeren. (Sehr gut! bei den
Sozialdemokraten.) Auch Dr. Vorsch hat erklärt, daß die Kirche
nicht unter Polizeiaufsicht stehe, daß aber andererseits kein Bischof
den Stuhl besteigen kann, ohne staatliche Genehmigung. Wir
wünschen der Kirche Selbständigkeit und Selbstverwaltung, damit
sie ihr eigenes Geschick bestimmen kann; das wird sie aber nur
können, wenn Staat und Geldsack nicht mehr an der Kirche beteiligt
sind. Erst letzthin ist in der Schweiz wieder ein Beweis für die
Abhängigkeit der Kirche vom Kapital geliefert worden. Dort hat
eine Güte ihre Zuschüsse zur Kirche eingestellt, weil der Pfarrer
ein sozialdenkender Mann ist, und infolgedessen hat sein Gehalt
um die Hälfte gekürzt werden müssen. Hat die Kirche nicht alle
Ursache, unserer Forderung zuzustimmen? Allerdings ist sie ja noch
alljährlich in den Händen des hingenden Mammons. In Belgien
bedeutet die christliche Kirche in den Klöstern usw. Kinder in einer
Weise aus, wie sie schamlos kein Kapitalist betreiben könnte.
(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der anglikanische Bischof
Stalling hat denn auch in der schärfsten Weise die Abhängigkeit
der Kirche vom Kapital bargelegt und daraus die Entfremdung der
Arbeiter von der Kirche erklärt. Die neuen Kirchenbauten sind nicht
einmal notwendig, denn die alten Kirchen sind ja meist leer.
Die Krankenhäuser sind überfüllt, Siechenhäuser haben
wir zu wenig, an Kinderasylen, Säuglingsheimen
fehlt es. Aber die Kirchen stehen leer, und trotzdem kommt man
immer mit neuen Millionenforderungen für Kirchenbauten. Nach
den Zählungen eines Pfarrers über den Besuch von 3 Berliner
Kirchen an 4 Winterabenden hat sich herausgestellt, daß noch nicht
einmal 1/4 Proz. der Gemeindeglieder die Kirchen besuch.
(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Besucher bestehen meist aus
alten Männern und Frauen und Konfirmanden.
Würden die Kirchen aus eigenen Mitteln der Gemeinden gebaut
werden müssen, dann würden diese sich nach dem Bedürfnis richten
müssen. So aber wird das Geld der Steuerzahler bemüht, um
lediglich

küßliche Früchten für Pfarrer

zu schaffen. Man wird vielleicht sagen, der mangelhafte Kirchen-
besuch liegt an der Gottlosigkeit, die sich immer mehr breit macht.
Aber er ist nicht erst in den letzten Jahren oder gar infolge der
Ausdrückbewegung, sondern seit Jahrzehnten zu verzeichnen. Ich
bin durch diesen schlechten Kirchenbesuch zur freireligiösen Gemeinde
gekommen. Ich wurde als Lehrling von meinem katholischen Lehr-
herrn am zweiten Pfingstfesttag nachmittags in die evangelische
Kirche geschickt. Da war außer mir nur noch eine alte Frau
erfahren. Der Pfarrer forderte uns auf, in seine Wohnung zu
kommen, aber ich rief aus: (Heiterkeit.) Das nächste Mal, als
ich zur Kirche geschickt wurde, sah ich unterwegs das Schild: „Frei-
religiöse Gemeinde, Zutritt für jedermann.“ Ich ging hinein,
hörte den alten Schächer und der sprach im Gegenja zum Pfarrer
so, daß ich es verstehen konnte. Und von da ab ging ich immer,
wenn ich zur Kirche geschickt wurde, zur freireligiösen Gemeinde.
Nun wird man vielleicht sagen: das ist der Sündenpfuhl Berlin!
Aber auch auf dem Lande wird allgemein über den jämmerlichen
Kirchenbesuch geklagt. So schreibt die „Positive Union“ über Zu-
stände in der Altmark: In festlichen Zeiten ist der Besuch
der Kirchen erschreckend gering. Es ist vorgekommen, daß der
Pastor überhaupt keinen Besucher in der Kirche ge-
funden hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die höchste
Besuchsziffer ist 5—12 Leute.

Aus prinzipiellen Gründen können wir auch nicht für den
Antrag Cassel stimmen. Die Herren von der Mehrheit müßten ihn
allerdings konsequenterweise annehmen. Wir sagen, eine Kirche,
die Gottvertrauen hat, muß sich selber erhalten, sonst hat sie ihre
Ergänzung verloren. Die Trennung von Staat und Kirche
wird kommen. Sie mügen sich dagegen noch so sehr sträuben. Sie
handeln nur in Ihrem eigenen Interesse, wenn Sie sie vorbereiten
durch die Trennung von Kultus und Unterricht. (Bravo! bei den
Sozialdemokraten.)

Abg. Vetsche (L.)

beantragt Ueberweisung des Antrags Cassel an die Budget-
kommission.

Abg. Dittich (3.):

Wir schließen uns diesem Antrage an. Ich hoffe, daß sich
ein Weg finden wird, um dem berechtigten Wunsch des Antrags
entgegenzukommen. Der von Abg. Hoffmann verlangte Nach-
weis der Rechtmäßigkeit des Kirchenvermögens ist unmöglich.

Abg. Dr. v. Campe (natl.)

tritt für den Synagogenantrag ein und erklärt gegenüber Abg.
Hoffmann, daß die staatliche Unterstützung der Kirche auch im
Staatsinteresse liege.

Abg. Ab. Hoffmann (Soz.):

Dankbar erkenne ich an, daß Abg. Dittich erklärt hat, der
Nachweis des rechtmäßigen Erwerbs der Kirchengüter sei un-
möglich zu erbringen. Bei der Trennung von Staat und Kirche in
Frankreich hat ein katholischer Priester in öffentlicher Versammlung
erklärt, vier Fünftel der Kirchengüter seien unrechtmäßig
erworben und beim fünften Fünftel sei der rechtmäßige Erwerb
nicht nachzuweisen! — In der Toleranzkommission des
Reichstages wollte der liberale Schröder keine Trennung von Staat
und Kirche, weil sonst der Kirche das Rückgrat fehle. Wenn aber
Herr v. Campe hier erklärte, der Staat müsse die Kirche in seinem
Interesse unterstützen, so beweist dies, daß Sie die Kirche im
Interesse der Herrschenden unterstützen! (Sehr wahr!
bei den Sozialdemokraten.) — Unruhe bei den Nationalliberalen.)

Der Antrag Cassel geht an die Budgetkommission.

Evangelischer Oberkirchenrat.

Abg. Graue (Sp.)

geht auf den Fall Traub ein und fordert Wiederaufnahme des
Verfahrens durch den Oberkirchenrat und Rehabilitierung Traubs.
(Beifall links.)

Abg. Dr. v. Campe (natl.):

Der wunde Punkt im Verhalten des Oberkirchenrats liegt
darin, daß er im Gegensatz zur Vorlesung in Breslau nicht
eindeutige Motive beim Kollegen Traub angenommen hat. Die
Vorlesung hatte auf Grund des persönlichen Eindrucks, den Traub
auf sie gemacht hatte, so geurteilt, und es wäre Pflicht des Ober-
kirchenrats gewesen, von seinem Recht Gebrauch zu machen, eben-

falls Traub persönlich zu erscheinen. (Sehr richtig! links.) Man soll niemand verurteilen, bevor man ihn persönlich gesehen hat. Dieser alte Rechtsgrundsatz muß erst recht gelten, wenn es sich um die Beurteilung der persönlichen Verantwortlichkeit handelt. (Sehr wahr! links.) Der Oberkirchenrat muß jedenfalls alles kirchliche Strafrecht und der Erziehung des Tages sehen, wenn er allgemeines Vertrauen genießen will. Ich appelliere an seine Weisheit, daß er den Rat befolgt, den ihm Kollege Graue heute gegeben hat. (Bravo! links.)

Abg. H. Hoffmann (Soz.):

Wir müssen hier Millionen für die Kirche bewilligen, aber in solchen Fällen wie dem Fall Traub und andere der Minister immer, er hätte keinen Einfluß auf die Kirchenbehörde. Als Nachfolger des Pfarrers Traub ist bekanntlich der Pfarrer Fuchs nicht bestatigt worden. In dem Verlaufe auf einen Protest dagegen heißt es: „Der Oberkirchenrat hält fest, daß da ein Anspruch auf Nebenbesetzung und Anstellung eines Geistlichen nicht besteht, weder der Geistliche noch die Gemeinde über Verlegung eines Rechtes Beschwerde führen können.“ Dieser Satz ist sehr demeritenswert. Der Oberkirchenrat verlangt, wir sollen die Kirche von innen heraus reformieren, und hier stellt sich heraus, daß die Gemeinden gar kein wirkliches Recht haben. Die Fälle Traub, Jaiko und andere haben bewiesen, daß von einer Freiheit der evangelischen Geistlichen gar keine Rede sein kann. In einem anderen Falle hat sich der Oberkirchenrat allerdings als ungemein weisend erwiesen. In dem Dorfe Stahndorf bei Potsdam war ein Pfarrer Luther.

Er war in eine Verleumdung verwickelt, hat einen Rechtsanwalt befragt, die Sache wurde vor dem Schöffengericht verhandelt. Dr. Eckert wurde freigesprochen und auf seine Widerklage wurde der Pastor zu 150 R. Geldstrafe verurteilt. In dem Urteil heißt es wörtlich: „Solche Handlungsweise ist freilich, streng sogar an eine Behauptung wider besseres Wissen. Nur mit Rücksicht auf das Alter des Pfarrers und seine Gesundheit und auf das Geringfügige zwischen beiden ist von einer Gefängnisstrafe Abstand genommen. Das Landgericht hat das Urteil bestätigt. In diesem Urteil wird betont, daß Pastor Luther sich seiner Frau und anderen Personen gegenüber in der abfälligsten Weise über die christliche Religion geäußert habe. Die ganze christliche Religion und alles, was in der Bibel steht, sei Quatsch und Blödsinn, Gebet und häusliche Erbauung ebenfalls; sein vernünftiger Mensch, er am allerwenigsten, glaube an solche Dinge. Er sage seine Predigten aus Wahnern her nur deswegen, weil er sein Gehalt als Pastor bezahle. Die sogenannten christlichen Kreise beständen nur aus Schleichern, Heuchlern und Schufteln, ins Konfitorium kämen Halunken, die schon Proben von Diebstahl und Betrug abgelegt hätten, die ganze Heuchelei geschähe nur des Geldes wegen. Sein vorzüglicher Superintendent müßte auch schon Proben von Diebstahl abgelegt haben, sonst würde man ihm nicht die fetten Stellen in Teltow so nahe an Berlin gegeben haben. Die kirchlichen Kreise könnten ihm nichts anhaben, denn dabei würde nur ihre eigene Schande aufgedeckt.“ Das alles ist gerichtlich festgestellt und nun kommt das Wunderbare: dieser Pfarrer ist in Stahndorf wieder in sein Amt eingesetzt. (Hört! hört! links.) Das ist doch nach dem Fall Jaiko und Traub außerordentlich bezeichnend. (Sehr wahr! links.) Die Bauern in der Gemeinde haben dagegen eine Eingabe an den Oberkirchenrat gerichtet und um die Verweisung des Pfarrers gebeten. Die Antwort war eifriges Schweigen des Oberkirchenrats. (Hört! hört! links.) Wenn man der Ansicht ist, der Mann muß nicht richtig im Kopfe sein, dann gehört er doch recht nicht auf die Kanzel. (Sehr wahr! links.)

Solche Fälle verursachen so viel Kirchenaustritte, wie wir sie mit unseren besten Reden nicht fertig bekommen würden. Der Oberkirchenrat, der überall seine Späher hat, daß ja nicht ein Wort von der Kanzel gesagt wird, das etwa gegen die Vorschriften verstößt, hat andererseits keine Zeit darauf zu achten, daß die Pöbeler der Kirchen in Ordnung gehalten werden. Hier herrscht ein unglaublicher Wirrwarr und eine furchtbare Schlammei.

Leute, die lange tot sind oder seit vielen Jahren aus der Kirche ausgestiegen sind, bekommen die Aufforderung zur Zahlung der Kirchensteuer. Auch der Sekretär des Komitees Konfessionslos, der in der Austrittsbewegung seit Jahren tätig ist und vor 21 Jahren aus der Kirche ausgestiegen ist, hat jetzt die Aufforderung bekommen, seine Kirchensteuer zu zahlen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wird gegen eine solche Aufforderung nicht Einspruch erhoben, so wird der Betreffende gepfändet und hat unendliche Scherereien. Solche Leute werden natürlich die eifrigsten Agitatoren zu dem Austritt aus der Kirche. Man behauptet, die meisten aus der Kirche Austrittenden zahlen keine Kirchensteuer. Nun, dann ist doch bemerken, daß sie aus Idealismus austreten.

Abg. Dietrich forderte ein „Gegengift“ gegen die Austrittsbewegung. Nun, betätigen Sie wahres Christentum und reden Sie weniger davon — das wird das beste Gegengift sein. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Abg. Bieder hat die Kirchenaustrittsarten getadelt. Ich freue mich nicht sehr über diese Arien, denn auf allen ist das Bildnis des alten Fritz und stehen Sprüche von ihm, nach denen es in seinem Staat nur dann Toleranz gab, wenn er es gerade wollte. Aber man kann doch nicht ein Verbot von Ausprüchen Goethes, Schillers und Friedrich II. verlangen, wie das Herr Bieder gewissermaßen getan hat. Der alte Fritz hätte allerdings den Fall Jaiko anders beurteilt, denn auf eine Denunziation, daß ein Pfarrer nicht an die Kasse zur Zahlung glaube, schrieb er, daß dieser Pfarrer dann doch einfach bei der Auferstehung liegen bleiben sollte. (Heiterkeit.) Herr v. Jagow, der ja alles macht, hat auch einen Bericht über die Zahl der Kirchenaustritte erstattet, worin diese Zahl sehr verkleinert wird. Aber damit macht man gar keinen Eindruck, denn wir wissen, wie viele in Wahrheit ausgestiegen sind. Trennen Sie Staat und Kirche, dann wird die Austrittsbewegung aufhören. Warum fordert niemand zum Austritt aus der Heilsarmee, der Synagoge oder der Renonierten Kirche auf? Würden diese Konfessionen aber auch privilegiert, dann würde auch hier sofort die Austrittsbewegung einsehen. Uebrigens beweisen doch die Massenaustritte von Bauern und Bürgern in der katholischen Kirche und in dem evangelischen Bistum, daß auch dort Ursachen dafür vorhanden sein müssen und so erklärte auch der Pastor Kautz: Ehen-Weit, daß die evangelische Kirche noch zu viel Pastoren- und zu wenig Gemeindefürsorge sei. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Für die Austrittsbewegung wirken aber ganz besonders gewisse Erscheinungen, die man in einem christlichen Staat für unmöglich halten sollte. So hat die Presse berichtet, daß bei der Hinrichtung eines Bergmanns, der einen Polizeibeamten ermordet hatte, in der Hofkapelle nicht vollständig vom Rumpfe getrennt wurde und der Scharfrichter mit seinem Taschenmesser nachholte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In Ebing wurde der Invalide Heinrich auf dem Schafot noch einmal aufgeführt, um ihn das Holzbein abzuzeichnen, ehe er hingerichtet wurde, und in Gumbinnen sah man einem Dienstmädchen vor der Hinrichtung fast alle Kleider herab, so daß sie fast nackt zum Schafot geschleppt wurde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das geschieht in einem christlichen Staat, während das Gebot Gottes lautet: „Du sollst nicht töten, mein ist die Kasse!“ (Der Redner hat die letzten Worte in großer Erregung gesprochen, auf der rechten Hand lantes Schreien.) Daß Sie da lachen können, demüht eine Rohheit des Gemüts, die ich Ihnen nicht zugestehen hätte! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. v. Krause:

Eine solche Kritik steht Ihnen nicht zu. Ich bitte aber auch, nicht alles, was Sie für falsch halten, mit der Kirchenaustrittsbewegung in Verbindung zu bringen.

Abg. H. Hoffmann (fortfahrend):

Ich bin ziemlich zu Ende. (Abg. v. Pappenheim (L.): Gott sei Dank!) Den Einsprenger verzehe ich! (Heiterkeit links.) Leg-

ten wurde berichtet, daß ein Sekretär von 1870, ein Freigeistvereinsmitglied, ohne Erlaubnis auf einem Kirchhof zum Friedhof geführt wurde und wie ein Hund verächtet wurde, weil er es mit seinen kirchlichen Pflichten nicht genau genommen habe. Solche Dinge und ihre ganze Fäulnis lassen die Austrittsbewegung nur noch zunehmen, und da trügen auch die Wörden nichts über angeblich kirchliche Austrittsbewegungen. Wir brauchen uns da nur auf die Geistlichen, mit denen in diesen Versammlungen anständig und ruhig diskutiert wurde. Dem halten wir aber entgegen, daß in Ober-Schlesien und in Düsseldorf Kirchenaustrittsversammlungen von Aachen unter der Führung Geistlicher durch wüsten Skandal geführt wurden, z. B. indem man einem Hund immer wieder auf den Schwanz trat, damit er heule und die Redner läche. In Düsseldorf hat eine bürgerliche Rednerin, Fräulein Jannasch, den Geistlichen überhaupt zugerufen, daß das Christentum in 1000 Jahren keine Anhänger noch nicht hervorbringe, als die Arbeiterbewegung die letzten in 30 Jahren! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Mit solchen Mitteln gehen Sie nur immer mehr Del ins Feuer. Wollen Sie aber die Austrittsbewegung beistimmen, dann trennen Sie endlich Staat und Kirche, Kultus und Unterricht. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Auktionsminister v. Trost zu Solz:

Abg. Hoffmann teilt jedes Jahr als temperamentvoller Wagner der Kirche und fanatischer Verächter der Austrittsbewegung auf, was er übrigens auch draußen in umfangreicher Weise tut. Wenn ich ihm antworte, so nur, um einige seiner Angaben nicht unwidersprochen zu lassen. Der Pastor Luther ist disziplinarisch verurteilt worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Von einer weiteren Strafe wurde abgesehen, weil er zur Zeit seiner großen Verfehlungen schwer erkrankt war und daher nicht verantwortlich zu machen war. Bisher ist es auch Herr Hoffmann recht, daß er nun richtig orientiert ist und er berücksichtigt dies in Zukunft. Die Unregelmäßigkeiten in der Berliner Stadtkasse sind abgeklärt, es ist Remedur geschaffen, die Verhältnisse sind nun geordnet. Daß solche Verfehlungen bei dem vielen Simulieren und Herziehen der Einwohner vorkommen können, ist wohl nicht zu verwundern, aber es ist doch ein Widerspruch, zu behaupten, daß die Leute aus idealen Gründen aus der Kirche austreten und dann wieder den Austritt auf eine zu unrecht erfolgte Verurteilung zurückzuführen. Das sind wohl keine idealen Gründe und deshalb braucht man, selbst nach Ihrer Auffassung (zu den Sozialdemokraten), den ersten Schritt des Austritts aus der Kirche nicht zu tun. (Beifall rechts.)

Abg. v. Schand zu Schweinsberg (L.):

Die Schöge, die Abg. Hoffmann der Kirche vorlegt, sind keine Zuchtigung aus Liebe, sondern es soll damit ein Schauspiel gegeben werden. Von diesem schönen Postament will ich Herrn Hoffmann nicht herunterziehen. — Der Redner polemisiert dann gegen den Abg. Graue: bei Traub habe es sich nicht nur um die Lehre gehandelt, sondern Traub habe auch zu Mitteln gegriffen, die nicht zu billigen waren. Die von dem Abg. Traub geforderte nationale und kulturelle Grundlage kann die evangelische Kirche nicht haben, sondern sie hat ihre jetzige Grundlage beizubehalten.

Abg. Johannsen (ff.):

bittet den Minister, das Konfitorium in Aiel anzuweisen, daß die nordschleswigschen Geistlichen die dänischen Versammlungsstätten nicht besuchen und sich nicht in den Dienst der dänischen Agitation stellen sollen.

Auktionsminister v. Trost zu Solz:

Das habe ich den nordschleswigschen Geistlichen schon früher geraten. Sie können sich weder in den Dienst der deutschen Agitation, noch dürfen sie sich in den der dänischen Agitation stellen. Wo dagegen gefehlt wurde, hat das Konfitorium die Herren verwahrt. Der Besuch der dänischen Versammlungsstätten in den wenigen Geistlichen, die mein Vertrauen nicht erfüllt haben, nicht freigegeben worden.

Abg. Dr. Traub (Sp.):

belegt gegenüber dem Abg. v. Schand die Notwendigkeit eines Schutzes für die liberalen Religionslehrer, bespricht das Verfahren des Oberkirchenrats in verschiedenen Disziplinarangelegenheiten, wobei er namentlich tadelt, daß die Beschuldigten nicht mündlich vernommen werden, kritisiert die Nichtbeurteilung des Pfarrers Fuchs in Dortmund und fordert, daß die Pfarrer nicht zu Beamten herabgesetzt werden sollen. Im Fall Jaiko ist zweifellos ein Fehlurteil gefällt worden.

Auktionsminister v. Trost zu Solz

meint, daß ein interkonfessionelles Parlament kirchliche Angelegenheiten nicht erörtern solle, diese gehörten vor die Synoden. (Beifall rechts.)

Abg. Braun (Soz.):

Trennen Sie Staat und Kirche, wie wir fordern, dann kann die Kirche ihre Angelegenheiten selbständig erledigen. Solange wir aber hier die Kosten für die Kirche bewilligen müssen, haben wir auch das Recht, über ihre Angelegenheiten zu sprechen. (Sehr wahr! links.) Die geistige Rede des Abg. Hedenroth nötigt mich, auf die Tätigkeit des Pfarrers Rauberei in Königsberg-Land einzugehen. Dieser hat neben seiner umfangreichen Seelsorge noch Zeit und Gelegenheit, ein konservatives Blatt zu redigieren, das die Sozialdemokratie in der unerhörtesten Weise verleumdet. Vor einiger Zeit hatte der Pfarrer Rauberei gegen den Vorstand des sozialdemokratischen Vereins in Königsberg den Vorwurf erhoben, daß er einen „Banditenreich“ ausgeführt, Diebstahl und Raub an armen Witwen und Waisen verübt habe, daß die Obergewalt das Geld dieser Armen in die Tasche gesteckt hätten und dergleichen mehr. Gegen unsere sonstige Gepflogenheit wollten wir in diesem Fall einmal demonstrieren, wie wir von den konservativen Blättern verleumdet werden, und es wurde deshalb gegen Rauberei Klage angehängt. Rauberei hat die Fingerfertigkeit besessen, zwei Klassen zu konstruieren, wo nur eine vorhanden ist und daraus „bewies“, daß aus der einen Klasse Gelder für die andere, die parteipolitischen Zwecken dienen, genommen worden seien. Es kommt aber nur eine Klasse in Frage, die des sozialdemokratischen Vereins in Königsberg, der zum Zweck einer Sterbenerhebung für seine Mitglieder Erbschaften von 10 Pf. eingerichtet hat. Die Generalversammlung des Vereins beschließt regelmäßig, wie ein etwa vorhandener Leberschlag aus diesen Erbschaften über die ausgefallenen Sterbenerhebungen verwendet oder daß nötigenfalls ein Zuschuß zu der Sterbefällunterstützung gewährt wird, wenn dies nötig erscheint. Diese Abrechnung wird stets in der Generalversammlung vorgelesen, Herr Rauberei hat da gar nichts ans Licht gebracht, in der Presse wird aber die Generalversammlung stets ausfälschlich berichtet. Herr Rauberei aber hat diesen Vorgang zum Anlaß genommen, um gegen den Vorstand der Organisation in seinem Blatt in der unerhörtesten Weise vorzugehen. Er sprach da auch von Leichenschändern, Raub, Diebstahl, einem wahren Schandtag, sozialdemokratischen Freiwildern und Heuchlern, Halsabschneidern, Gaunern Europas“ usw. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das sind die

Ausdrücke eines Predigers des christlichen Auktionen!

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Vorstand hat, als die Angriffe in der „Christlichen Zeitung“ erschienen, dieser eine Verächtliche schickt, die auch abgelehnt wurde. Einige Wochen darauf aber verfaßte Rauberei seinen wüsten Satiristenschreiben, und was Gericht verurteilte er sich damit herauszubekommen, daß er nicht wisse, ob er diese Verächtliche gelesen habe. Dabei ist der von Rauberei redigierte „Halsabschneider“ ein Abdruck der „Christlichen Zeitung“, der viele Artikel aus ihr übernimmt. Auch diesen unwürdigen Artikel hat er aus ihr übernommen. Bei diesen engen Beziehungen der beiden Blätter

will aber Rauberei die Verächtliche nicht gelesen haben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dieser Ausrede hat er es zu verdanken, daß er nicht wegen verleumderischer Verleumdung, wegen Verleumdung wider besseres Wissen, sondern lediglich wegen formaler Verleumdung verurteilt worden ist. Auch das ist ja, namentlich bei solchen Verleumdungen, für einen Richter der christlichen Nächstenliebe bezeichnend genug. Es wurde aber vor Gericht auch nachgefragt, ob seine Behauptungen auch unwahr sind, und daß die Vereinsmitglieder ordnungsgemäß und auf Grund des Organisationsstatuts über ihre Gelder verfügt haben, und daß auch nur von einer Spur einer Schädigung der Mitglieder nicht die Rede sein kann. Wenn Rauberei nicht wegen Verleumdung verurteilt wurde, so hat er dies weiter nur dem zugunsten, daß ihm das Gericht den Schutz des § 183 des Strafgesetzbuches zugesprochen hat, in einer Weise, wie man das bei Sozialdemokraten nicht tut. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es wird ihm zugestimmt, daß er das Interesse der Witwen und Waisen der Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins zu vertreten gehabt habe; wenn ein sozialdemokratischer Redakteur nur die Hälfte davon gegen einen konservativen Pfarrer geschrieben hätte — ich möchte mal sehen, auf wieviel Monate der Sozialdemokrat dann ins Gefängnis gesteckt würde. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Es handelte sich also um eine rein persönliche Angelegenheit des sozialdemokratischen Vereins, die Rauberei gar nichts angeht, die er aber zum Vorwand nahm, um sein Schandstück zu betätigen. Uebrigens können uns die Konservativen die Verletzung der Witwen und Waisen unserer Parteigenossen ruhig überlassen und sollen sich lieber darum kümmern, daß die Interessen der Hinterbliebenen ihrer Anhänger nicht gefährdet werden, wie das in Tausenden von Fällen durch Unterschlagungen von Rente- und Pensionen usw. geschehen ist, welche Verbrechen von Geistlichen und sonstigen frommen Leuten begangen wurden. (Der Redner führt eine Anzahl solcher Fälle mit genannter Angabe der Namen und Orte an.) Wollen Sie also Witwen und Waisen vor Unrecht schützen, dann führen Sie vor der eigenen Tür! Unsere Angelegenheiten erledigen wir selbst. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Wenn man berücksichtigt, daß Traub nicht für würdig erachtet wird, die Lehre des Christentums von der Kanzel zu verkünden, während ein Mann wie Rauberei, der verleumdet und belächelt, im Amte bleibt, dann muß man sich wirklich wundern darüber, daß die Kirchenleitung nicht noch größer ist. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hedenroth (L.):

Ich kann mich heute auf die Begründung des Urteils gegen Pfarrer Rauberei beziehen. In der Begründung wird ausgedrückt, daß dem Pfarrer Rauberei der § 183 Str.G.B. zur Seite steht und daß er nur deshalb verurteilt ist, weil er in der Form zu scharr war. Es heißt ausdrücklich in der Begründung, daß Pfarrer Rauberei ein Recht hatte, das Verfahren der Sterbefälle zu kritisieren. Er hätte „unfalsch“ sagen können, aber nicht „unendlich“ sagen dürfen. Die Begründung sagt weiter, daß das Verfahren der Sterbefälle des sozialdemokratischen Vereins mit den Geboten der sozialdemokratischen Kirche in Widerspruch steht und sie wendet sich in den schärfsten Worten gegen die Verwendung der Mittel dieser Sterbefälle zu parteipolitischen Zwecken. Weiter habe ich auch gehört nichts gesagt. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. v. Trompschütz (Vole)

führt darüber Beschwerde, daß ein evangelischer Geistlicher in Posen die Polen unter Berufung auf ein Gebot des Verbands aufs schärfste angegriffen hat und erwidert den Minister, diesem Mann einen ruhigeren Posten zu besorgen, wo er für eine solche Blasphemie keinen Boden habe.

Minister v. Trost zu Solz:

Die Neuierungen auf polnischer Seite sind so zahlreich, daß die Herren Polen gar keinen Grund haben, sich über eine gelegentliche Entgleisung auf der anderen Seite zu entrüsten.

Abg. Rissen (Däne)

bestreitet die Wichtigkeit der von dem Abg. Johannsen vorgebrachten Angaben über dänische Agitation von Geistlichen Nordschleswigs.

Abg. Braun (Soz.):

Die Urteilsbegründung in dem Verleumdungsprozeß gegen Pfarrer Rauberei kann durchaus nicht als objektiv und unbefangen angesehen werden, denn daselbst Gericht, das so viele über die Verleumdungen und Verleumdungen des Pfarrers Rauberei geurteilt hat, hat kurz vorher einen Arbeiter wegen eines sehr leichten Vergehens bei einem Streik zu einer schweren Strafe und einen sozialdemokratischen Redakteur wegen einiger Ungehörlichkeiten in einem Bericht zu einer Geldstrafe von mehreren hundert Mark verurteilt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) So steht die objektive Tätigkeit dieses Gerichts aus! Über selbst dieses so wenig objektive Gericht hat festgestellt, daß von Unrechtmäßigkeiten keine Rede sein kann, während Pfarrer Rauberei doch von Diebstahl und Raub und ähnlichen Dingen gesprochen hatte. Es kann gar nicht davon gesprochen werden, daß Mittel, die für Witwen und Waisen bestimmt waren, für Parteizwecke verwendet worden sind. Es kann auch davon keine Rede sein, daß Witwen oder Waisen irgendwie geschädigt worden sind. Es ist genau nach dem Status verfahren worden. Im übrigen haben die Herren auf der rechten Seite keinen Grund, sich darüber aufzuregen, denn wie oft werden denn noch den Wahlen aus den Arbeitervereinen Hunderte von Mitgliedern ausgeschlossen und geben damit jahrelanger Rechte verlustig. (Lebhafter Beifall links.) Schließlich hat Herr Hedenroth gesagt, daß ganze Verfahren dieser Sterbefälle widerprüche allen sozialpolitischen Grundsätzen. Wir müssen ihm das Recht und das Verständnis abprechen, darüber ein Urteil abzugeben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Darüber, ob hier eine Verletzung aller sozialpolitischen Grundsätze vorliegt, hat einzig und allein die Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins Königsberg zu entscheiden und weiter niemand. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Die Besprechung schließt. In einer persönlichen Bemerkung erklärt

Abg. H. Hoffmann (Soz.):

Der Minister sagte, er wolle auf meine Ausführungen nicht eingehen. Das sagt man immer, wenn man Tatsachen nicht widerlegen kann. Die Kampfbeweise des Ministers ist sehr brav. Er hat gesagt, der betreffende Geistliche sei zur Zeit seiner Schimpfreden gekerkert gewesen. Präsident Graf Schwerin-Pöslitz: Der Minister hat Sie nicht persönlich genannt. Sie können darauf nicht persönlich eingehen. Doch Herr Präsident, der Minister hat persönlich meinen Namen genannt und hinzugefügt, ich würde doch so loyal sein, seine Gegenbemerkung zu berücksichtigen. Ich will das auch tun und kann allen Gotteslästerern nur empfehlen, künftig zu gelegener Zeit gekerkert zu sein. (Heiterkeit.) Die Richter in den Kirchenakten und in den Synoden sind noch nicht abgesetzt. Man macht mir den Vorwurf, ich hätte dies als Grund für den Kirchenaustritt angegeben. (Abg. v. Pappenheim tritt: Das ist doch nicht persönlich.) Ah, Herr v. Pappenheim, Sie haben den Präsidenten doch auch mit gewollt. Sie sollten ihn respektieren und Sie wissen doch, daß Sie nicht mehr Oberpräsident des Hauses sind. (Große Heiterkeit.) Nicht das Steueramt an sich habe ich als Grund für die Austrittsbewegung angegeben, sondern die jährlichen Geldstrafen und daß man längt Herzogtüme mit Steuergeheimen bestraft wurden. Das sind immer neue Agitationen für den Kirchenaustritt. Wenn der Minister nicht antworten will, so soll er das bleiben lassen, aber er soll nicht mißbelügen, was ich überhaupt nicht gesagt habe. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Das Kapitel wird bewilligt. Besprechung Donnerstag 11 Uhr. Schluß 6 1/2 Uhr.

Der italienische Parteitag.

(Zweiter Tag.)

Ancona, den 27. April.

Der gestrige Tag brachte nach dem Schluß der Verhandlungen noch einen Umzug der Organisationen der Provinz Ancona, in dem über 100 rote Fahnen zu sehen waren. Es folgte eine öffentliche Versammlung vor dem Präkturbau, in der unter anderem auch die Genossen Raimondo, Argentina Altobelli und Ellenbogen das Wort nahmen. Am Abend hatten dann der Parteivorstand und die Parlamentsfraktion die drei ausländischen Genossen Ellenbogen, Pittoni und Statula zu einem freundschaftlichen Bankett eingeladen, bei dem der Parteisekretär Vazzari und Ellenbogen in kurzen Worten die internationale Freundschaft und Brüderlichkeit feierten. Der arbeits- und ereignisreiche Tag endete mit einem Fest zugunsten des „Avanti“, das im Volkshaus von Ancona stattfand.

Die heutigen Verhandlungen begannen mit dem Rechenschaftsbericht der Parlamentsfraktion.

den Genosse Morgari gab. — Obwohl die Zahl der sozialistischen Abgeordneten 51 beträgt, haben nur 49 den Eid in der Kammer abgelegt, kommen also nur für die parlamentarischen Arbeiten in Betracht.

In der Diskussion kamen die alten Klagen über die Vernachlässigung der südlichen Provinzen wieder. Weiter wird eine bessere Arbeitsteilung innerhalb der Fraktion gefordert. Lebhaft applaudiert wird ein Genosse, der sagt, man solle nicht Zetischismus mit den Abgeordneten treiben und nicht alles von ihnen erwarten. Ein anderer wünscht, daß die Deputierten weniger in der Kammer als unter den Massen wirken. Auch in bezug auf ihre Haltung in der Eisenbahneragitation werden der Fraktion Vorwürfe gemacht.

In seinem Schlußwort erkennt Morgari die Berechtigung der meisten Kritiken, besonders der der südlichen Provinzen an, nicht aber die Vorwürfe über die Eisenbahnerfrage. Dann wird mit großer Mehrheit der Bericht der Parlamentsfraktion gutgeheißen.

Vor dem Schluß der Vormittagssitzung wird ein Begrüßungs-telegramm des Genossen Turati verlesen, der wegen Krankheit abwesend ist, das der Kongress mit stürmischen, lang andauerndem Beifall aufnimmt. Es sind weiter Telegramme der Sozialisten von Saloniki eingelaufen und vom Parteivorstand der Vereinigten Staaten Nordamerikas.

Nachmittagsitzung.

Die Sitzung wird mit der Verlesung eines Sympathie-telegramms der belgischen Sozialisten, unterzeichnet Vanderweide, eröffnet. Dann nimmt der Kongress den Vorschlag an, an erster Stelle die Frage

Sozialismus und Freimaurerorden

zu verhandeln.

Es wird vorgeschlagen, der Parteitag solle sich für inkompetent erklären und die Frage dem Internationalen Kongress überweisen. (Lebhafte Widerspruch.) Verda bekämpft diesen Vorschlag. Seit 2 Jahren seien die Freimaurer in der Partei als Genossen zweiter Ordnung verächtlich; sie könnten und müßten vom Parteitag verlangen, daß er in der Sache eine Entscheidung treffe. (Beifall.)

Nach den Referaten von Libordi und Poggi gegen und für die Vereinbarkeit von Sozialismus und Freimaurertum nimmt der Abg. Gen. Raimondo das Wort. Er bittet den Parteitag, sich einmal in die Seelenverfassung der Genossen hineinzuversetzen, die seit 20 Jahren und länger gleichzeitig der Partei und dem Freimaurerorden angehören und dabei mit sich und ihrem Gewissen im Reinen waren. Kann ein Sozialist einem Pajisttenverein, einem Freidenkerbund angehören? Organisationen, deren Gesichts- und Aktionskreis enger und feiner ist als der der Partei? Das wird ihm allgemein zugestanden. Warum nicht die Zugehörigkeit

zum Freimaurerorden? Redner polemisiert dann mit dem Referenten Libordi und erklärt, daß er sich jeder diskriminierenden Forderung beugen würde, die die Aktion betrifft, aber eine Disziplin des Gedankens für unwürdig halte. Er könne sich nicht von anderen vorschreiben lassen, was sich mit seinem sozialistischen Gewissen verträgt. Man richte ihn und die anderen Freimaurer nach ihrem Verhalten in der Partei.

Ruffolini befürwortet die Ausstößung der Freimaurer. Wenn etwa dadurch die Partei viele Mitglieder verlore, so dürfe uns das nicht im mindesten besorgt machen. Auch der Tod nimmt uns viele Genossen und die Partei bleibt darum ungeschwächt. (Beifall.) Wir müssen gegen die humanitäre Infiltration Stellung nehmen. Der Sozialismus ist nur insofern ein Menschheitsproblem, als das Proletariat der größte Teil der Menschheit ist. Der Sozialist in der Freimaurerloge erleidet eine Veränderung, wie ein Tier in einem Keller sein Fell verliert. (Beifall.) Der Redner schließt mit der Bemerkung, daß keine Rücksicht die Partei von der Ausstößung abhalten dürfe. (Andauernder Beifall.)

Verda dankt dem Vorredner dafür, die Sache klar gestellt und die Ausstößung gefordert zu haben. Unter dem heutigen Mikroskop läßt sich nicht in der Partei leben. Aber man dürfe nicht vergessen, daß die Wirklichkeit ihr Recht geltend macht: heute wird man die Freimaurer austreiben, morgen die Akademiker usw., immer im Dienst einer abstrakten Auffassung, in dem Streben nach einer absoluten Reinheit. Die Abtötung mag gut sein: es fragt sich, ob die Folgen der Sache des Proletariats dienen. Verda schließt seine Rede, in der er auf die mannigfaltigen Aufgaben der Partei hinweist, mit der Erklärung, daß die sozialistische Ueberzeugung nicht an die Mitgliedsliste der Partei gebunden ist und mit dem Rufe: Es lebe der Sozialismus!

Razoni spricht von dem verhängnisvollen Einfluß der Freimaurer auf die Partei, von allen möglichen geheimen Gebräuden, die nach seiner Ansicht in den Logen im Schwung sind. Eine Partei sei die Negation der persönlichen Freiheit. Man solle Politik treiben ohne Philosophie. Nicht Bildung tue den Massen not, sondern Massenbewußtsein.

Die namentliche Abstimmung ergibt: für die Ausstößung 27378; für die Aufforderung an die Freimaurer, auszutreten: 2296; dafür, daß die Frage die Partei nichts angeht: 2485; für die Vereinbarkeit von Freimaurertum und Partei: 1810.

Aus der Partei.

Freigabe des 1. Mai für die Angestellten der Kommune.

Man schreibt uns aus Brüssel: Der Brüsseler Gemeinderat hat auch heuer wieder auf Antrag des Genossen Maes den 1. Mai für sämtliche Angestellten der Kommune freigegeben, d. h. also sowohl für die Arbeiter und Angestellten der Kommune, wie für das Lehrpersonal. Es werden daher wieder sämtliche Gemeindefestlichkeiten sein. — Genosse Maes begründete kurz die Bedeutung des Maifeiertages für die Arbeitenden, und der Bürgermeister ließ, ohne die Debatte zu eröffnen — mit Rücksicht darauf, wie er sagte, daß die Meinungen über den Gegenstand feststehen — abstimmen. (Auch der liberale Bürgermeister behielt seine gegnerische Meinung bei.) Es stimmten 21 für die Freigabe, 15 dagegen. In der Versammlung vor dem Maison du Peuple, die sich an den Umzug anschließen wird, werden vom Ballon Vanderweide und Guymans Ansprachen halten.

Kampf gegen Maifeierplakate.

Die Polizei in Halle, die nicht nur den Maifeiertag, sondern auch einen Umzug der Kinder um das Festlokal verboten hat, kann des Ruhmes offenbar nicht genug kriegen. Sie verbietet jetzt auch einen Umzug des — Jesus Sartassant! Im Volkspark waren

die Maifeierplakate angeklebt, diese Plakate mußten auf Anordnung der Polizei entfernt werden. Auch in Schaufenstern darf das Plakat nicht mehr ausgehängt werden.

Schließliche Praxiken.

Am 19. März wurden in Odra bei Tangi nach einem überaus heftigen Wahlkampf die Genossen Brill und Orsiheid als Gemeindevertreter der dritten Abteilung gewählt. Sie erhielten 281, die Gegner 246 Stimmen. Die bürgerlichen Gemeindevertreter haben mit 14 gegen 2 Stimmen die Wahl unserer Genossen als ungültig erklärt. Nicht etwa, weil bei der Wahl Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind — sie fanden unter persönlicher Leitung des Gemeindevorstehers statt — sondern weil sie unter jedem Preis den Führer der Odraer Arbeiter, den Gewerkschaftsbeamten Brill von der Gemeindevertretung fernhalten wollen. Was als Protestgrund angeführt wurde, war an den Haaren herbeigezogen. So soll z. B. die Wählerliste falsch aufgestellt sein. Leute, die in die dritte Abteilung gehören, seien in die zweite gekommen. Die Liste sei überhaupt so aufgestellt, daß die Sozialdemokraten siegen mußten. Nun hat aber die Wählerliste, die heute falsch sein soll, ordnungsgemäß öffentlich ausgelegt. Ohne daß sie beanstandet wäre und dieselben Leute, die heute auf Grund der angeblichen unrichtigen Wählerliste die Wahl unserer Genossen als ungültig erklärten, haben die Liste feinerzeit genehmigt.

In der Gemeinde Odra ist allerlei vorgekommen, was das Tageslicht zu scheuen hat. Ein Beispiel von vielen: Der Amtsführer Reichste, Kastellan und Gefangenenaufseher im Odraer Polizeigefängnis, hat seit Jahren Gefangene mit Privatarbeiten beschäftigt und sie entlassen, wenn es ihm paßte. Leute, die drei Tage Haft verbüßen sollten, haben in Wirklichkeit nur einen Tag verbüßt. Andere durften ihre Strafe in Raten abtun und konnten allmählich nach Hause gehen. Manche Häftlinge erhielten im Gefängnis Schnaps und Zigarren, andere dagegen Prügel. Reichste ist am 1. April seines Amtes als Kastellan entbunden, eine Untersuchung wegen Amtsverbrechens ist gegen ihn im Gange. In der Gemeindevertretersitzung aber fürchtet man, daß der unbedarftige Brill die Dinge, die sich in Odra abspielten, beim rechten Namen nennt. So kam man zur Ungültigkeitserklärung. Unsere Genossen werden selbstverständlich gegen den durch nichts gerechtfertigten Beschluß der Klagenabteilung beschreiten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

„Der Teufel in der Wählurne.“

So lautet der Titel eines kleinen Scherzspiels für Arbeiter-Dilettantenbühnen. Daß dieser „Teufel in der Wählurne“ aber auch sonst noch allerschand Unheil anrichten kann, zeigt die Gerichtsverhandlung vor dem Raugener Landgericht, die am Mittwoch gegen den verantwortlichen Redakteur der Jittauer „Volkzeitung“, Genossen Kau, stattfand. Die Jittauer „Volkzeitung“ hatte im Sommer 1912, als der Stadtrat zu Jittau und die Kreisbauhauptmannschaft Saugen die Aufführung jenes Scherzspiels wegen seines „aufreizenden“ Inhalts verbot, einen satirischen Artikel gebracht, der eine Beleidigung der Kreisbauhauptmannschaft enthalten sollte. Es wurde eine Staatsaktion aus der Affäre. Bei Kau sowohl wie bei dem Abgeordneten des ersten sächsischen Kreises, dem Genossen Edmund Fischer, den man in dem Verdacht der Verfälschung hatte, wurde gehandelt und über beide Genossen die Briefsperrverhängung. Im August 1913 fand schließlich gegen Kau allein Verhandlung statt — auf eine Anklage gegen Fischer mußte man verzichten —, aber das Landgericht Saugen sprach den Angeklagten frei, weil Verjährung eingetreten sei. Auf eingeleitete Revision verwies das Reichsgericht die Sache an das Raugener Landgericht zurück, das nunmehr den Genossen Kau zu 750 R. Geldstrafe wegen Beleidigung verurteilte.

Nichts anzuziehen?



Dem ist leicht abzuhelfen, denn bei uns können Sie für Mark 43.— Ihren Bedarf für den Sommer decken

tagsüber wird ein elegantes Kostüm wie das nebenstehende allen Ansprüchen genügen. Aus gutem blauen oder grünen Hammgarn-Twill ganz modern verarbeitet, fehlen ihm natürlich nicht die Blusenfassung und die Tunika. Aber auch sonst durch die schöne weisse Weste, reizende Zierknöpfe, aparte Aermel-Aufschläge wirkt es elegant und schick. Auf Seide, aber trotzdem nur 24.—

des abends und für Ausflüge etc. brauchen Sie dann noch diesen wirklich schönen und praktischen Popelin-Paletot, der mit seinem reizend gemusterten Seidenkragen, den sehr aparten Schlössern und dem neuartigen, glockigfallenden Volant den Neid all Ihrer Freundinnen erwecken wird. Sie bekommen ihn bei uns in schönen dezenten Farben für nur 19.—



Königstrasse 33
am Bahnhof Alexanderplatz.
Chausseestr. 113
beim Stettiner Bahnhof.

Sonntags geschlossen.